

Beginn: 10:01 Uhr

Präsident André Kuper: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiße Sie alle herzlich willkommen zu unserer heutigen, 51. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt auch den Gästen auf der Besuchertribüne, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den Medien und den Zuschauerinnen und Zuschauern an den Bildschirmen.

Für die heutige Sitzung haben sich **13 Abgeordnete entschuldigt**; die Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung: Die Fraktion der AfD hat mit Schreiben vom 12. Dezember ihren Antrag mit dem Titel „Tatort 4.0: Ein virtueller Tatort für die moderne digitale Forensik in Nordrhein-Westfalen“, Drucksache 18/7208, zurückgenommen. Ich verweise diesbezüglich auch auf die Unterrichtung in Drucksache 18/7399. Damit entfällt der ursprüngliche Tagesordnungspunkt 10. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten können, muss ich noch zwei nichtförmliche Rügen aussprechen.

Die erste nichtförmliche Rüge betrifft den Abgeordneten Bakum von der SPD. Herr Abgeordneter, Sie haben sich in Ihrem Redebeitrag zu Tagesordnungspunkt 3 der 50. Plenarsitzung am 1. Dezember unparlamentarisch gegenüber dem Abgeordneten Esser von der Fraktion der AfD geäußert. Das ist der Würde des Hauses nicht angemessen. Ich werde die Äußerung auch nicht wiederholen. Aber ich ermahne Sie und fordere Sie auf, derartige Äußerungen zu unterlassen.

Eine weitere nichtförmliche Rüge betrifft Herrn Abgeordneten Mostofizadeh von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Er hat sich in der Rede zu Tagesordnungspunkt 5 bei der 50. Sitzung am 1. Dezember unparlamentarisch gegenüber dem Abgeordneten Loose von der Fraktion der AfD geäußert. Das entspricht nicht der Würde des Parlaments. Ich werde die Äußerung nicht wiederholen, aber ermahne Sie, derartige Wortwendungen künftig zu unterlassen.

Damit sind wir bei:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5000
Drucksache 18/6500 – Ergänzung
Beschlussempfehlungen

des Haushalts- und
Finanzausschusses
Drucksache 18/7200

dritte Lesung

In Verbindung mit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2024 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2024 – GFG 2024)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5800
Drucksache 18/6500 – Ergänzung

Beschlussempfehlung
des Haushalts-
und Finanzausschusses
Drucksache 18/7201

dritte Lesung

Änderungsanträge
der Fraktion der FDP
Drucksachen 18/7330 bis 18/7367

Änderungsanträge
der Fraktion der SPD
Drucksachen 18/7368 bis 18/7383

Änderungsanträge
der Fraktion der AfD
Drucksachen 18/7400 bis 18/7408

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/7414

Ich weise darauf hin, dass die Fraktionen im Ältestenrat vereinbart haben, dass während des gesamten Tagesordnungspunktes Zwischenfragen sowie Kurzinterventionen nicht zulässig sind. – Ich sehe hiergegen aktuell keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so.

Damit eröffne ich die Aussprache. – Für die SPD spricht als Erster ihr Fraktionsvorsitzender, Herr Ott.

(Beifall von der SPD und Henning Höne [FDP])

Jochen Ott (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dass sich Geschichte nicht wiederholt, ist längst nicht erwiesen. Dass sich ihre Epochen oft gleichen, ist aber ganz gewiss. Wir leben wieder in einer Zeit, von der Charles Dickens einmal schrieb – ich zitiere –, es sei die beste aller Zeiten und die schlimmste, eine Zeit unvorstellbar großen Wissens und unvorstellbarer Dummheit, eine Zeit des Lichts und eine Zeit der Finsternis.

Russland hat den Krieg nach Europa zurückgebracht. Mit dem Krieg kamen die Inflation, die Energiekrise und 1 Million Flüchtlinge. Viele Menschen in unserem Land glauben, Deutschland sei aufgrund der Krisen so schwach wie nie. Und doch war unser Land stark genug, um die schlimmsten Folgen von Putins Angriff abzuwehren.

Es gab keine Massenarbeitslosigkeit, kein Blackout, keine sozialen Verwerfungen. Der Bund hat 300 Milliarden Euro gegen die Krisen mobilisiert. Was für ein Kraftakt, was für ein Erfolg, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Die Inflation sinkt, die Reallöhne steigen wieder. Das sind die direkten Erfolge der Politik der Ampel. Das sind die Erfolge einer Politik, zu der diese schwarz-grüne Landesregierung übrigens nichts beitragen wollte und nachweislich nichts beigetragen hat.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Millionen andere in Nordrhein-Westfalen haben ihren Beitrag geleistet: in den Betrieben, in den Kommunen, bei ihnen zu Hause – durch Sparsamkeit und Entbehrungen genauso wie durch Innovation und neue Ideen. Putin wollte uns ökonomisch brechen. Aber er ist gescheitert. Wir mögen uns schwach fühlen, und doch sind wir unglaublich stark – vielleicht stärker denn je.

Es gibt gewiss gute Gründe, um sorgenvoll in die Zukunft zu schauen. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt tausend gute Gründe mehr, um mit Mut und Zuversicht ihr entgegenzugehen.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Die Probleme unserer Zeit sind groß und zahlreich; die Lösungen sind es auch. Wir wissen genau, was zu tun ist gegen die Klimakrise, gegen die Bildungskatastrophe, gegen die Wohnungsnot und zu niedrige Löhne. Wir wissen genau, was notwendig ist, damit wir auch morgen noch eine der führenden Wirtschaftsnationen dieser Welt sein können – mit sicheren Arbeitsplätzen, guten Einkommen, mit Wohlstand für 80 Millionen. Das ist alles kein Geheimnis. Wenn wir es wollen, dann ist die Zukunft pink.

(Beifall von der SPD)

Und doch finden wir gerade nicht den Mut, das Richtige zu tun. Wir haben alles und nichts vor uns, schrieb Charles Dickens, wir steuern alle unmittelbar dem Himmel zu, und alle unmittelbar in die entgegengesetzte Richtung.

(Unruhe – Glocke)

Nie gab es mehr Wissen und Knowhow, um die Probleme unserer Zeit zu lösen. Und nie hatte die Dummheit leichteres Spiel. Die Dummheit, zu behaupten, dass sich nichts ändern muss, die schier ungläub-

liche Dummheit, zu glauben, dass Verbesserung nichts kosten darf, oder die geradezu obszöne Dummheit, zu verlangen, dass Veränderung nur auf Kosten von Armen und Arbeitnehmern geschehen darf – das ist die Dummheit der Rechtsradikalen und Populisten.

(Beifall von der SPD)

Es ist aber leider auch die Dummheit sich selbst radikalisierender Konservativer, die uns die Chance auf eine bessere Zukunft rauben. Schlimmer noch: Es besteht die Gefahr, dass wir den größten Triumph der Nachkriegszeit verspielen.

Der größte Triumph nach dem Krieg, so sagte Ronald Reagan, bestand darin, dass die Menschen Westeuropas trotz all des Chaos, der Armut und des Unglücks dem Ruf neuer Tyrannen widerstanden haben. Sie entschieden sich für die Freiheit, den Traum, den die Faschisten nicht zerstören konnten. – Das sagte Ronald Reagan am 8. Mai 1985 in Straßburg. Das ist fast 40 Jahre her.

Seitdem ist Europa noch freier, noch toleranter, noch liberaler geworden. Nie war unsere Freiheit größer als heute, und nie seit dem Krieg waren die rechten Feinde der Freiheit stärker. Dies ist deshalb die beste aller Zeiten und gleichzeitig die schlimmste. Niemand sollte mehr Egoismus mit Selbstbestimmung verwechseln. Individualismus muss mehr denn je solidarischer Individualismus sein, denn nur Solidarität schützt unsere Freiheit.

(Beifall von der SPD)

Noch sind die Dinge in der Schwebel. Doch schon bald wird sich entscheiden, welchen Weg unser Land gehen wird. Nutzen wir unsere Kraft und unser Wissen und gehen die Herausforderung an. Zeigen wir, was Demokratie leisten kann, oder weichen wir zurück? Da drüben – ganz rechts außen – sitzen die Feinde der Demokratie. Sie feixen und pöbeln und setzen alles daran, dass wir scheitern mögen, aber da draußen im Land, da will die große Mehrheit, dass sich die Dinge zum Guten wenden.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Die große Mehrheit in unserem Land will unsere Welt vor den Folgen des Klimawandels bewahren. Die Mehrheit will, dass wir in sichere Arbeitsplätze investieren, dass wir unser Bildungssystem erneuern und dass wir neue Wohnungen bauen. Die demokratische Mitte in Nordrhein-Westfalen will nicht zurück ins letzte Jahrhundert, sie will Fortschritt für ihr Leben.

(Beifall von der SPD)

Vor allem will sie einen funktionierenden Staat. Sie will gute Schulen, die guten Unterricht geben. Sie will Kitas, die geöffnet sind. Sie will Brücken, die man

sicher überqueren kann, und sie will Wohnungen, die sich Familien in unserem Land leisten können.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Nichts davon, nichts ist zu viel verlangt. Andere Länder können das ja auch. Wir müssen nur bereit sein, in unsere Zukunft zu investieren.

Was also würde uns eine bessere Zukunft kosten? Das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft schätzt den öffentlichen Investitionsbedarf in Deutschland auf 450 Milliarden Euro zusätzlich in den nächsten zehn Jahren. Für Nordrhein-Westfalen kommt eine Studie des Deutschen Gewerkschaftsbunds auf 150 Milliarden bis 2035. Es geht um öffentliche Investitionen von Bund, Land und Gemeinden, finanziert über gerechte Steuern, über Subventionsabbau, staatliche Unternehmen und Kredite. Schon ein Teil dieser Summe würde reichen, echte Fortschritte zu machen.

(Beifall von der SPD)

Mit diesem Geld könnten wir die Bildungskatastrophe in NRW beenden, Kitas, Schulen und Berufskollegs auf die Höhe der Zeit bringen. Wir könnten endlich anfangen, die schlimmste Wohnungsnot seit 60 Jahren zu bekämpfen. Wir könnten unsere Straßen und Brücken reparieren, in Digitalisierung investieren und unsere Klimaschutzziele erreichen. Das ist der Preis für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft, für sichere Arbeitsplätze, für dauerhaft billige Energie aus Sonne, Wind und Wasserstoff.

Mit einer Reform der Erbschaftsteuer für Millionen- und Milliardenvermögen – übrigens eine reine Landessteuer – könnten die Länder einen Bildungsfonds finanzieren, der den Investitionsstau auflöst, Erzieherinnen besser bezahlt und alle Kinder von Bildungsgebühren freistellt. Bessere Bildung und echte Chancengleichheit sind möglich.

(Beifall von der SPD)

Ich lade Sie ein: Lassen Sie uns gemeinsam eine Bildungsinitiative im Bundesrat dazu starten. Wem das alles zu teuer ist, der soll auch von Kinder-, Familien- und Generationengerechtigkeit schweigen, denn zu ihrer Zukunft haben die Ideologen eines schwachen Staates nichts beizutragen außer Abstieg und Zweitklassigkeit. Wir vererben unseren Kindern doch nicht in erster Linie einen Kontostand. Wir vererben ihnen die Luft, die sie atmen müssen, wir vererben ihnen die Wirtschaft, von der sie leben müssen, und wir vererben ihnen die Sicherheit und die Freiheit, die ihnen genauso zusteht wie den Generationen davor.

(Beifall von der SPD)

Was sind denn das für Schulden, die wir unseren Kindern auf keinen Fall hinterlassen dürfen? Eine schlechte Bildung, eine schwache Wirtschaft, eine

kaputte Umwelt? Das sind die schlimmsten Schulden von allen.

(Beifall von der SPD)

Andere Länder haben das längst begriffen. Sie investieren in den letzten Jahren fast doppelt so viel wie die Deutschen in Bildung, in Infrastruktur oder in Arbeitsplätze. Deshalb haben sie auch ein höheres Wachstum als wir. Deshalb können ihre Kinder auch besser lesen, rechnen und schreiben. Und sie sind uns in der Digitalisierung voraus. Niemand muss dort Angst haben, über eine Brücke zu fahren. Es wird dringend Zeit, dass wir aufholen!

(Beifall von der SPD)

Wie bestellt gibt es auch eine gute Nachricht zu den Staatsfinanzen: Der Haushaltsstreit im Bund ist beendet, wichtige Zukunftsinvestitionen in unsere Industrie, in die Infrastruktur und in den Klimaschutz werden kommen, Arbeitsplätze werden gesichert, und der Sozialstaat wird nicht abgebaut. Das bedeutet Fortschritt für Deutschland.

(Beifall von der SPD)

Trotzdem müssen wir endlich einsehen, dass wir um eine Reform der Schuldenbremse nicht herumkommen. Wir dürfen nicht länger an einer überkommenen Regel festhalten. Dieser Starrsinn wird uns Einkommen und Arbeitsplätze kosten. Da dürfen wir uns nichts vormachen. Die klugen Menschen in der CDU wissen das natürlich. Sie wissen, dass die Schuldenbremse reformiert werden muss. Die Klugen und Mutigen sagen das auch. Das Problem ist nur, dass die klugen Menschen in der CDU leider keinen Einfluss mehr haben.

(Beifall von der SPD)

Die CDU wird von einer radikalen Clique um Friedrich Merz in Berlin geführt, die bereit ist, dem Land zu schaden, damit sie der Bundesregierung schaden kann – Verantwortungslosigkeit allenthalben.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Klaus Vosssem [CDU])

Deshalb sage ich sehr klar: Friedrich Merz, Jens Spahn und Carsten Linnemann – übrigens alle aus der NRW-CDU – wollen das Bürgergeld kürzen

(Klaus Vosssem [CDU]: Zu Recht!)

und gleichzeitig den Solidaritätszuschlag für die oberen 10 % abschaffen.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der SPD: Pfui!)

Sie wollen die Steuern für Reiche senken und Geringverdiener gegen Arme aufwiegeln. Sie wollen Millionen Menschen zu den Tafeln schicken.

(Zuruf von Gregor Golland [CDU])

Denn genau das wird passieren, wenn der Inflationsausgleich nicht kommt. Jeder weiß das – auch die Führung der Union. Denn es ist eben Absicht: Allein-erziehende Frauen, Aufstocker und Hunderttausende Kinder sollen zu Bittstellern an den Tafeln gemacht werden. Das ist pure Boshaftigkeit.

(Beifall von der SPD – Gregor Golland [CDU]:
Lächerlich! – Zuruf von Klaus Vossemer [CDU] –
Weitere Zurufe von der CDU)

Es ist ein massiver Angriff auf den Sozialstaat.

(Zuruf von Gregor Golland [CDU])

Es ist ein Angriff aus Niedertracht, geführt mit falschen Zahlen und mit falschen Behauptungen. Sie alle sollten sich für Ihren Vorsitzenden schämen.

(Beifall von der SPD – Widerspruch von der
CDU)

Es war in diesem Land mal Konsens, dass Mildtätigkeit keine sozialen Rechte ersetzt.

(Zuruf von Raphael Tigges [CDU] – Weitere
Zurufe von der CDU)

Die Caritas, die Tafeln oder der Verein Der Sack e.V. leisten großartige Arbeit. Sie sind sehr, sehr wichtig. Ich selbst bin stark durch die Arbeit meines Pastors Franz Meurer in Höhenberg und Vingst geprägt worden, der CDU-Mitglied ist, und bin mir mit ihm einig: Würde begründet Rechte.

(Zuruf von Gregor Golland [CDU])

Der moderne Sozialstaat beruht auf sozialen Rechten und nicht auf Almosen. Das Existenzminimum ist ein soziales Recht, und das wird die SPD verteidigen.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Jochen Klenner [CDU] – Weitere Zurufe von der CDU)

Wir können auch mit Unterstützung aus Teilen der CDU rechnen. Ich weiß doch, dass es viele in der CDU genauso sehen wie ich und sich tatsächlich für ihren Vorsitzenden schämen.

(Zurufe von der CDU: Ah!)

Die Stellungnahme der CDA zum Bürgergeld spricht doch Bände.

(Zuruf von Dr. Ralf Nolten [CDU])

Erinnern Sie sich bitte alle gemeinsam an die Rede unseres Ministers Karl-Josef Laumann an dieser Stelle. Der Arbeitsminister war erschüttert und berührt, also er über die Folgen von Armut für Familien sprach. Es war eine gute Rede,

(Zurufe von der CDU: Ja!)

es war eine wichtige Rede, aber es war eine Rede ohne Folgen. Denn der Minister hat in seiner eigenen, der schwarz-grünen Koalition überhaupt keine Verbündeten in der Sozialpolitik.

(Widerspruch von der CDU)

CDU und Grüne schicken Herrn Laumann gerne an ein Rednerpult, wenn es um Symbolpolitik geht. Aber in der Sache unterstützen sie ihn nicht.

(Beifall von der SPD – Christian Dahm [SPD]:
Nur wenige! – Zuruf von der SPD: Genau!)

Wie viel Euro haben Sie denn in Ihrem Haushalt zur Armutsbekämpfung zusätzlich eingestellt? Ich kann es Ihnen sagen: keinen Cent! Kostenloses Mittagessen für Kinder? Abgelehnt! Echte Lehrmittelfreiheit? Abgelehnt! Schwarz-Grün hat alles abgelehnt, was armen Familien in der Krise helfen könnte.

(Beifall von der SPD)

Wo ist denn die Initiative zum Mindestlohn von 14 Euro im Bundesrat? Die gibt es nicht. Wie ist das mit einem Tariftreugesetz, das seinen Namen verdient? Auch da: nichts!

(Zuruf von Gregor Golland [CDU])

Für alles, was dem Arbeitsminister wichtig ist, hat er in seiner eigenen Regierung keine Unterstützung.

(Beifall von der SPD)

Ja, Karl-Josef Laumann ist ein guter Mann.

(Beifall von der SPD und der CDU – Zurufe
von der CDU: Ja! – Christian Dahm [SPD]:
Mehr ging heute Morgen nicht! – Heiterkeit
von der SPD)

Aber Karl-Josef Laumann ist auch ein einsamer Mann.

(Beifall von der SPD – Sven Wolf [SPD]:
Genau! – Widerspruch von der CDU)

Während die Merz-CDU ...

(Weitere Zurufe und Lachen von der CDU)

– Herr Präsident, Ich brauche eine Minute länger, bis die sich ausgelacht haben.

(Zuruf von der SPD: Rührend! – Fortgesetzt
Zurufe – Glocke)

Wir halten fest: Oppositionsführer erreicht die Herzen der regierungstragenden Fraktion.

(Beifall und Heiterkeit von der SPD – Widerspruch von der CDU und den GRÜNEN –
Sven Wolf [SPD]: Die Regierungsfractionen
trösten sich gegenseitig)

Während also die CDU ihren Angriff auf den Sozialstaat fährt, steht Hendrik Wüst daneben und weiß nicht so recht, ob er applaudieren darf, sich schämen muss oder sich wegducken soll. Im Zweifel macht er alles gleichzeitig.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Gegen Mittag wird er hier das Wort ergreifen. Dann wird binnen Minuten der ganze Plenarsaal bis zur Decke voller Floskelwolken hängen, und uns allen wird vor lauter Plattitüden ganz schummrig werden.

(Zuruf von der SPD: Jawoll! – Zuruf von Gregor Golland [CDU] – Weitere Zurufe von der CDU)

Alles wie immer, könnte man meinen. Aber ich habe noch eine Bitte, Herr Ministerpräsident: Ersparen Sie uns Ihren Weihnachtskitsch über Zusammenhalt, Gemeinschaft und Plätzchen für Alleinerziehende! Lassen Sie das einfach. Solange Sie sich nicht klar zur Erhöhung von Mindestlohn und Bürgergeld bekennen, wäre jeder Satz nur ein Ausweis von Scheinheiligkeit.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Jule Wenzel [GRÜNE])

Ein Ministerpräsident, der Feuerwehrluten an die Rente will, hat keinen Respekt vor Rettungskräften.

(Widerspruch von der CDU)

Entschuldigen Sie sich bei den Feuerwehrluten für die Unsicherheit, die Ihre Regierung selbst geschaffen hat, und stellen Sie klar: Die 60 bleibt!

(Beifall von der SPD und der FDP)

Das wäre der Respekt, den die Rettungskräfte verdienen, statt über Respekt vor Sicherheits- und Rettungskräften zu fabulieren.

Herr Ministerpräsident, wir leben in einer hochpolitischen Zeit, in der viel auf dem Spiel steht und in der Schwebelust ist, in der aber ehrgeizige Männer und Frauen sehr viel bewegen könnten. Ich kann bei Ihnen beim besten Willen überhaupt keinen Ehrgeiz für irgendeine Sache erkennen. Es gibt kein NRW-Projekt, das mit Ihrem Namen verbunden wäre.

(Beifall von Andreas Bialas [SPD] – Rainer Schmeltzer [SPD]: Doch, die Rahmedetalbrücke!)

Es gibt keine Reform, die das Zeug hätte, als Meilenstein in die Landesgeschichte einzugehen. Da ist nichts. Nichts ist Chefsache, nichts hat Priorität.

So sieht auch der Haushalt aus, den Sie uns vorgelegt haben: keine Schwerpunkte, keine Prioritäten, sondern routiniertes Verwalten des Mangels. Ein Ministerpräsident, der nicht regieren will, bereitet mir allerdings große Sorgen, denn er schadet unserem Land.

(Zuruf von Christina Schulze Föcking [CDU])

Herr Wüst, Sie wännen sich doch eigentlich längst auf dem Weg in die Bundespolitik. Das Amt des Ministerpräsidenten ist für Sie eine Karrierestation, von der außer dem Insta-Account nichts in Erinnerung bleiben soll.

(Widerspruch von der CDU)

Und tatsächlich: Wenn Sie und Ihre Koalition so weitermachen, dann werden Sie nichts hinterlassen außer maroden Schulen, geschlossenen Kitas und die schlimmste Wohnungsnot seit Jahrzehnten.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Dieser Politikstil erinnert mich an irgendetwas. Sie erinnern mich an einen ehemals sehr populären Bundesminister: erst tolle Fotos und eine tolle Show, dann schlechte Entscheidungen und fatale Versäumnisse. Am Ende war die Bundeswehr ein Sanierungsfall. Herr Wüst, kann es sein, dass Sie der Herr Guttenberg von Nordrhein-Westfalen sind?

(Beifall von der SPD – Widerspruch von der CDU – Zuruf von Hendrik Schmitz [CDU])

Um das klarzumachen: Sie führen eine Regierung der Verleugnung von Problemen und der Verleugnung von Verantwortung. Für keinen Missstand fühlen sich CDU und Grüne verantwortlich. Bei jedem Problem zeigen Sie nach Berlin. Selbst im Kernbereich der Landespolitik stehen Sie nicht zu ihrer Verantwortung.

Bestes Beispiel ist Bildung: Keine Investition wirft höhere Renditen ab als die Investition in Kitas, Schulen und Berufskollegs, aber kein Bundesland gibt pro Kopf weniger Geld für Schülerinnen und Schüler aus als Nordrhein-Westfalen. Mit fatalen Folgen: Unsere Kinder können nicht gut lesen, rechnen und schreiben. Der Unterrichtsausfall wird immer schlimmer, der Zustand unserer Schulen immer schlechter.

Wer trägt dafür die Verantwortung? Das ist diese Landesregierung, niemand anders!

(Beifall von der SPD, Henning Höne [FDP] und Marcel Hafke [FDP] – Zuruf von Klaus Vosssem [CDU])

Mit der IGLU-Studie, den IQB-Bildungstrends und der jüngsten PISA-Studie liegen nun drei empirische Erhebungen vor, die zeigen, wie schlecht es um die Bildung in unserem Land bestellt ist. Wir erleben eine Bildungskatastrophe – nicht weniger.

(Vereinzelter Beifall von der SPD)

Was sagt die Schulministerin dazu? Die schlechtesten Ergebnisse seien – Zitat – „nicht hinnehmbar“. Das ist aber nur eine tote Phrase. Sie nehmen die Bildungskatastrophe jeden Tag hin, Frau Feller. „Innovation“ und „Mut“ sind für Sie Fremdwörter. Sie werden nichts verbessern. Ganz im Gegenteil: Sie kündigen ja sogar öffentlich an, zum Beispiel beim Städtetag, dass die kommenden Bildungsstudien noch schlechter ausfallen werden. Die übernächste wird abermals schlechter. Sie betreiben nur noch Schuldvermeidung in eigener Sache.

Es gibt in dieser Regierung überhaupt keinen Ehrgeiz, irgendein Problem im Bildungsbereich zu lösen. Der Haushalt belegt das übrigens: Der Anteil der

Bildungsausgaben am Haushalt sinkt sogar. Schwarz-Grün gibt im Vergleich zu 2020 fast 5 Milliarden Euro zu wenig aus. Dabei müssten die Ausgaben deutlich steigen, schließlich steigen die Schülerinnenzahlen um 72.000. Wie reagieren Sie? Mit 1.000 Lehramtsanwärterinnen weniger als im vergangenen Jahr. Erzählen Sie uns also bitte nicht, Kinder und Bildung hätten bei Ihnen Priorität. Es stimmt schlichtweg nicht!

(Beifall von der SPD und der FDP)

Die Lehrerinnen und Lehrer wissen das. Die Eltern wissen das. Die Erzieherinnen und Erzieher wissen das auch. 22.000 Menschen haben im Oktober gegen Ihre Politik protestiert. Es war der größte Protest gegen eine Landesregierung in Nordrhein-Westfalen seit 20 Jahren. Und warum? Weil CDU und Grüne nicht bereit sind, Kitas und Ganztagschulen ausreichend zu finanzieren!

Auch das hat fatale Folgen: Im Oktober war jede vierte Kita – jede vierte Kita! – von Angebotsreduzierung, Gruppen- und Teilschließungen betroffen. Geschlossene Kitas bedeuten weniger Bildung für die Kleinsten, und sie bedeuten Chaos und Unsicherheit für Familien. Wer Kinder hat, insbesondere wer mehrere Kinder hat und das Familienmanagement in einer solchen Situation hinbekommen soll, der kommt wirklich an die Grenze der Möglichkeiten.

Dieses Chaos für Familien bedeutet für Frauen, insbesondere für Alleinerziehende, eine absolute Katastrophe. Ihre Kita-Politik geht auf Kosten der Unabhängigkeit und des Lebensstandards von Frauen in unserem Land.

(Beifall von der SPD, Henning Höne [FDP] und Marcel Hafke [FDP])

Unter einer grünen Familien- und Frauenministerin droht der schlimmste Rückfall in die 50er-Jahre, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Das ist nicht die Absicht von Frau Paul. Das ist mir schon klar. Natürlich wollten Sie etwas anderes, Frau Ministerin, aber wo ist denn Ihr Reformeifer aus Oppositionszeiten geblieben? Sie wirken wie in Bürokratie eingemauert und erstarrt. Wollen Sie nicht mehr erreichen, oder können Sie es einfach nicht? In jedem Fall geht Ihre Politik zulasten von Kindern, Familien und Frauen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Nächstes Beispiel ist die Wirtschaftspolitik. Ohne den Klima- und Transformationsfonds des Bundes steht die Landesregierung mit leeren Händen da. Hendrik Wüst und Mona Neubaur, die so gerne auf den Bund schimpfen, wollen die Milliarden aus Berlin als eigenen Beitrag zur Transformation ausgeben.

Jetzt ist die Not natürlich groß, denn es stellt sich heraus: Es gibt überhaupt keine eigenständige NRW-Wirtschaftspolitik mehr – allen warmen Worten der Ministerin zum Trotz. Von wegen „erste klimaneutrale Wirtschaftsregion Europas“: Sprechblasen ersetzen weder Konzepte noch Kompetenz. An beiden mangelt es leider erheblich.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Für viele Unternehmen im Mittelstand, in der Grundstoffchemie oder im Stahl gibt es keinen Weg der kleinen Schritte durch die Transformation. Wandel ist nur durch den kompletten Ersatz von alten durch neue Produktionsprozesse möglich. Der Investitionsbedarf und das Investitionsrisiko sind aber derart hoch, dass nicht nur Mittelständler überfordert werden.

Doch die schwarz-grüne Koalition hat keine eigenen Instrumente entwickelt, um unseren Unternehmen systematisch bei der ökologischen Modernisierung zu helfen. Andere Länder haben das getan, Nordrhein-Westfalen nicht. Warum? Es ist ganz klar: weil diese Koalition nicht regiert und weil diese Koalition die Verantwortung immer nur bei anderen sucht.

(Lachen von Verena Schäffer [GRÜNE])

„Taktieren statt Regieren“ – das müsste eigentlich auf Ihrem Koalitionsvertrag stehen.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Dass die Beschäftigten allen Grund zur Sorge haben, zeigt die Unterrichtung der Landesregierung zur Leitentscheidung im Rheinischen Revier. Als es um die Zukunft von 14.000 Arbeitsplätzen ging, sprach die Ministerin lieber über die Zukunft von Weilern und Feldhöfen, besonders ausführlich über den Eggerather Hof. Das ist der Horizont von schwarz-grüner Wirtschaftspolitik: ein Bauernhof.

(Beifall von der SPD und der FDP – Zuruf)

Diese Regierung hat 14 Milliarden Euro – ich wiederhole: 14 Milliarden Euro – für aktiven Strukturwandel zur Verfügung, aber die Ministerin kann nicht ein einziges Projekt nennen, das nennenswerte Wertschöpfung und Arbeitsplätze schafft. – Herr Wüst, Frau Neubaur, ich spreche aus, was alle denken: Die Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen sind bei Ihnen nicht in guten Händen.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Ein besonders trauriges Kapitel der Regierung Wüst ist ein anderer Kernbereich der Landespolitik, nämlich der Wohnungsbau. In Nordrhein-Westfalen leben über 10 Millionen Menschen zur Miete. Frau Scharrenbach hat deren Schutzrechte geschliffen, wo sie nur konnte. Die Mieten sind so stark gestiegen wie seit Jahrzehnten nicht. Gute und bezahlbare Neubauwohnungen gibt es für die Familien von Normalverdienern faktisch nicht mehr.

50.000 neue Wohnungen müssten jedes Jahr gebaut werden, um den Wohnungsmangel zu beheben. Für nicht einmal die Hälfte liegen Baugenehmigungen vor. Ob sie tatsächlich gebaut werden, ist fraglich. Der Verband der Wohnungswirtschaft in NRW rechnet mit einem Einbruch des Wohnungsneubaus um 80 %. Sicher ist, dass seit dem Regierungswechsel von 2017 die Zahl der Neubauwohnungen mit Mietpreisbindung um 60 % eingebrochen ist. Jedes Jahr fallen 10.000 Wohnungen aus der Sozialbindung.

Das ist die Bilanz von Frau Scharrenbach: ein beispielloser Niedergang des Wohnungsbaus in Nordrhein-Westfalen –

(Beifall von der SPD)

ein Niedergang, der lange vor dem Ukraine-Krieg und lange vor dem Material- und Arbeitskräftemangel begann; ein Niedergang, ausgelöst durch falsche Förder- und Investitionspolitik dieser Landesregierung und dieser Ministerin.

Das ist übrigens die gleiche Ministerin, die die Kommunalfinanzen zu verantworten hat. 20 Milliarden Euro Schulden drücken unsere Städte und Gemeinden offiziell. In Wahrheit sind es zwischen 6 und 10 Milliarden Euro mehr, weil die Landesregierung den Kommunen in der Coronapandemie nicht mit Geld helfen wollte, sondern sie zu Bilanztricks gezwungen hat. Hätten wir in der Niedrigzinsphase eine Altschuldenlösung gefunden, wie das andere Bundesländer getan haben,

(Zuruf von der SPD)

wären die Kommunen jetzt stark genug, um ohne Steuererhöhungen und Leistungskürzungen durch die Krise zu kommen.

(Beifall von der SPD)

Es gab aber keine Altschuldenlösung. Die Chance war da, aber Hendrik Wüst und Ina Scharrenbach waren leider zu arrogant und vielleicht auch nicht schlau genug, um sie zu ergreifen. Mit diesem Scheitern werden sie in die Geschichte eingehen.

Es wäre dringend notwendig, den Verbundsatz für die Kommunen zu erhöhen, doch die Koalition will den Kommunen noch immer nicht helfen.

(Zuruf von der CDU)

Sie will die Kommunen wieder zu Bilanztricks nötigen, um irgendwie über die Kommunalwahl zu kommen.

(Zuruf von Dr. Ralf Nolten [CDU])

Das ist durchsichtig, unseriös und einfach schlecht gemacht.

(Beifall von der SPD)

Deshalb wird die Hälfte aller Gemeinden ihren Haushalt für 2024 nicht ausgleichen können. Fast alle

werden Leistungen kürzen und Steuern erhöhen. In manchen Städten steigt der Hebesatz bei der Grundsteuer auf über 1.000 Punkte, auf 1.300 Punkte, ja sogar auf 1.800 Punkte. Um es klar zu sagen: Das sind die Steuern von CDU und Grünen. Das sind Hendrik-Wüst-Steuern.

(Beifall von der SPD und Henning Höne [FDP])

Aber immerhin: Damit wäre zumindest ein Projekt in NRW mit Ihrem Namen verbunden.

(Heiterkeit von Kirsten Stich [SPD])

Die kommunalen Kürzungen bei Schulen, Vereinen und Infrastruktur würde ich als Ina-Scharrenbach-Kürzungen benennen. Frau Ministerin, der Wohnungsbau liegt am Boden, die Kommunalfinanzen sind zerrüttet. Wenn das Leistungsprinzip in Ihrer Partei noch irgendetwas zählt,

(Zuruf von Gregor Golland [CDU])

dann ist klar, Sie werden kein weiteres Regierungsamt mehr übernehmen können, erst recht kein höheres Regierungsamt.

(Beifall von der SPD)

Aber das gilt ja für viele Kolleginnen und Kollegen des Kabinetts. Sie können noch so oft nach Berlin zeigen, das kann nicht darüber hinwegtäuschen, wie schlecht das schwarz-grüne Regierungsmanagement in Düsseldorf ist.

Erst war es der Finanzminister, der vor einem Jahr das größte Haushaltsloch in der jüngeren Geschichte des Landes angerichtet hatte und der sich für seine Entscheidung nun vor dem Verfassungsgerichtshof verantworten muss. Dann war es die Schulministerin, die nicht in der Lage war, ganz normale Abiturprüfungen zu organisieren und Nordrhein-Westfalen zum Gespött der ganzen Republik gemacht hat. Und Ihrem Justizminister hat das Verwaltungsgericht Münster attestiert, das Besetzungsverfahren für das Präsidentenamt desselben Gerichts manipuliert zu haben. Manipuliert – ein ungeheuerliches Urteil, einmalig in der Geschichte des Landes.

(Lachen von Dr. Benjamin Limbach, Minister der Justiz)

Dass Herr Limbach noch immer auf der Regierungsbank sitzt, ist übrigens der Skandal nach dem Skandal,

(Beifall von der SPD und der FDP)

aber das spricht auch Bände über die Compliance-Kultur der Koalition. Keine Regierung, wirklich keine Regierung bisher hatte die Kontrolle so nötig wie Ihre, Herr Ministerpräsident.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

In den letzten Wochen waren es vor allen Dingen die Grünen, die sich durch die Kontrolle der Opposition besonders gestört und bedroht gefühlt haben. Ihre

gereizten Kommentare lassen mich zwar innerlich schmunzeln, sie zeigen aber, wie nötig die neue Regierungspartei – insbesondere die neue Regierungspartei – Kontrolle hat. Ich kann den Grünen nur raten: Gewöhnt euch dran. Das ist Demokratie, und wir sind darin ziemlich gut.

(Beifall von der SPD und Henning Höne [FDP] –
Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

In keinem Kernbereich der Landespolitik hat diese Regierung Erfolge vorzuweisen: nicht in der Bildungspolitik, nicht in der Wirtschaftspolitik und nicht im Wohnungsbau. Es gibt kein Vorzeigeprojekt, es gibt auch keine ehrgeizigen Reformen. Nordrhein-Westfalen ist für nichts und für niemanden Vorbild. Dieser Haushalt wird daran auch nichts ändern, und deshalb werden wir ihn ablehnen.

Ich bin mir aber sehr sicher, dass unser Land ein Vorbild sein könnte. Eigentlich hat Nordrhein-Westfalen die Kraft dazu, und wir haben in unserem Land auch das Wissen. In Nordrhein-Westfalen gibt es Millionen Menschen, die nur darauf warten, endlich anzupacken und die Dinge zum Guten zu wenden. Diese Menschen bilden die soziale Mitte in unserem Land. Ihre Liebe zu ihrer Heimat und ihr Sinn für Verantwortung sind leise, aber sehr tief. Es sind Menschen, die schon heute sagen: Gebt mir eine Herausforderung, und ich löse sie mit Freude und Leidenschaft – im Betrieb, in der Schule und in der Nachbarschaft.

Also geben wir diesen Menschen doch die Möglichkeit, das zu tun. Gründen wir über die NRW.BANK einen Transformationsfonds für Mittelstand und Industrie, damit unsere Facharbeiterinnen und Handwerkerinnen aus dem ökologischen Wandel einen Erfolg machen können.

(Beifall von der SPD)

Legen wir ein Rettungsprogramm für unsere Kitas und für unsere Offenen Ganztagschulen auf. Sichern wir die Betreuung und stellen das System endlich auf ein stabiles Fundament. Die Bildungskatastrophe ist da, aber sie ist doch nicht unumkehrbar. Lassen Sie uns endlich die richtigen Schlüsse aus der PISA-Katastrophe ziehen.

(Beifall von der SPD)

Die SPD ist jederzeit bereit, den Schulkonsens zu erneuern. Lassen Sie uns ein Investitionsprogramm „Bildung“ beschließen. Sanieren wir endlich unsere Schulen. Vertrauen wir unseren Lehrerinnen und Lehrern und den Schulleitungen. Reformieren und entschlacken wir die Lehrpläne. Beginnen wir eine Ausbildungs- und Fortbildungsoffensive für Lehrkräfte und alle Beschäftigten in der Schule. Führen wir Arbeitszeitkonten und Brennpunktboni ein. Andere Länder zeigen doch, dass das geht. Bessere Bildung ist möglich. Wir können das auch.

(Beifall von der SPD)

Wir können auch die Wohnungsnot beenden. Stärken wir wieder den Mieterschutz. Reformieren wir unsere Förderprogramme. Gründen wir eine öffentliche Wohnungsbaugesellschaft und statten sie mit ausreichend Kapital aus.

(Beifall von der SPD)

Wir können genug Wohnraum schaffen, damit sich eine Durchschnittsfamilie in Köln, Münster oder Dortmund Wohnen wieder leisten kann.

Das waren nur drei Beispiele dafür, was ehrgeizige Landespolitik alles schaffen könnte. Einfach wird das nicht. Die Demokratie steht unter Druck; denn da draußen toben furchtbare Stürme: der Krieg in der Ukraine, der Krieg in Israel, die Klimakrise, die Flüchtlingskrise, die Wohnungsnot, die Bildungskatastrophe. Wir alle wissen, wie groß die Probleme sind, aber wir kennen auch die Lösungen.

Nichts ist einfach, und nichts ist unmöglich. Ich sage es frei nach Jean-Paul Sartre: Es gibt sicher bessere Zeiten, aber dies ist unsere Zeit. – Von unserer Zeit wollen wir nichts versäumen. Wir haben keine Zeit zu verschenken und keinen Tag zu verlieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein besseres Morgen für Nordrhein-Westfalen ist möglich. – Herzlichen Dank und Glück auf für Nordrhein-Westfalen.

(Anhaltender Beifall von der SPD und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. Herr Kollege. – Für die CDU spricht ihr Fraktionsvorsitzender Herr Schick.

Thorsten Schick (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ott, ich musste mich zwischendurch, als ich die Augen zugemacht hatte, erst mal vergewissern, dass ich nicht auf dem SPD-Parteitagsgelände in Berlin bin.

(Lisa-Kristin Kapteinat [SPD]: Schön, dass Sie davon träumen! – Sven Wolf [SPD]: Tolle Träume!)

So wie Sie das hier vorgetragen haben, war das eine Parteitagsrede und keine Haushaltsrede für die Menschen in Nordrhein-Westfalen, die Antworten in herausfordernden Zeiten erwarten.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Herr Ott, das Problem Deutschlands sind nicht das Bundesverfassungsgericht oder die Opposition. Das Problem Deutschlands ist der Kanzler, das Problem Deutschlands ist Olaf Scholz.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)

Ihre Rede hatte zwischendurch karnevalistische Züge, als es hieß: Karl-Josef Laumann ist ein einsamer Mann.

(Heiterkeit von der CDU)

Wissen Sie, wer der einsamste Mann zu dem Zeitpunkt war? Sie. Ihre eigene Fraktion hat sich doch verschämt weggedreht, als Sie diese Äußerung getätigt haben.

(Beifall von der CDU – Heiterkeit von der SPD – Elisabeth Müller-Witt [SPD]: Dann waren Sie blind!)

Wie einsam Karl-Josef Laumann ist, das sollten Sie sich mal bei Gewerkschaftstagen angucken. Da sind die Gewerkschafter um ihn herum. Er hat bei allen Gewerkschaften mehr Rückhalt als Ihre gesamte Fraktion. Das ist die Wahrheit.

(Lebhafter Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)

Sehr geehrter Herr Ott, mit der Lautstärke steigt nicht automatisch das Haushaltsvolumen. Im Gegenteil, in herausfordernden Zeiten sind es häufig die leisen Töne, die zur Lösung beitragen. Es sind ruhige und verlässliche Botschaften, die in der Bevölkerung Vertrauen schaffen. Sie machen das Gegenteil. Wenn die Spielräume im Haushalt offensichtlich kleiner werden, dann müssen Ihre Schlagzeilen immer größer werden. Sie machen das Gegenteil von seriöser Politik. Was Sie machen, ist Populismus.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Sie streuen den Menschen Sand in die Augen, statt seriöse Vorschläge zu machen. Das ist die Wahrheit.

(Beifall von der CDU – Zuruf von der SPD: Unverschämtheit!)

Ich habe Ihren kommunalpolitischen Forderungskatalog mal mit einem Preisschild versehen, um das Ganze etwas plastischer zu machen.

Erhöhung GFG-Verbundsatz von 23 auf 24 %: knapp 700 Millionen Euro pro Jahr mehr.

(Andreas Bialas [SPD]: Sehr gut!)

Altschuldenlösung – natürlich ausschließlich mit Mitteln des Landes –, abhängig von der Ausgestaltung: 300 Millionen Euro, und das für ganz, ganz viele Jahre.

Stärkungspakt II, analog zum Stärkungspakt I: 400 Millionen Euro zusätzlich im Jahr.

„Gute Schule 2030“, analog zu „Gute Schule 2020“: 500 Millionen Euro mehr im Jahr.

(Zuruf von Andreas Bialas [SPD])

Wenn ich allein darunter einen Strich mache, stelle ich fest, es handelt sich um Mehrausgaben von knapp 2 Milliarden Euro, und das jährlich. Darin sind

die Auswirkungen Ihres mit viel Tamtam in den Raum gestellten 5-Milliarden-Euro-Investitionsprogramms noch gar nicht enthalten.

(Zuruf von der SPD)

Mit dieser Politik macht die SPD im Haushalts- und Finanzausschuss weiter: 2 Millionen Euro extra für Kinos, 10 Millionen Euro für eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Die baut aber keine einzige Wohnung. Das ist doch das Problem. Damit werden keine Wohnungen gebaut, sondern maximal Pöstchen geschaffen. Das ist das, was Sie hier in den Raum gestellt haben.

(Beifall von der CDU – Christian Dahm [SPD]: Bayern macht es vor! Bayern kann das!)

Weitere Beispiele des Wunsch-dir-Was: 1 Million Euro für die Nachwuchsförderung Karneval, 30 Millionen Euro für Kleingärten und noch mal 3,5 Millionen Euro für Klubs.

Ich stelle mir die Frage: Sind das die Prioritäten, die die Menschen in diesen herausfordernden Zeiten erwarten? Ich glaube, die Antwort lautet Nein.

(Beifall von der CDU – Christian Dahm [SPD]: So ein Quatsch! Wirklich!)

Was mich allerdings an der finanzpolitischen Seriosität der Kolleginnen und Kollegen der SPD wirklich zweifeln lässt: Kein einziger Änderungsvorschlag ist solide gegenfinanziert.

(Christian Dahm [SPD]: Natürlich! – Zuruf von der SPD: Das ist Lüge!)

Ein Vorschlag lautet, 120 Millionen Euro bei den Stellen in der Landesverwaltung zu sparen. Abgesehen davon, dass dann immer noch Milliarden fehlen, lieber Herr Ott, sind wir uns doch einig, dass wir einen handlungsfähigen Staat brauchen. Die Gesamtausgaben für das Personal in den Ministerien betragen gerade einmal 480 Millionen Euro. Es müsste also jede vierte Stelle gestrichen werden. Das können Sie doch nicht ernsthaft wollen.

Dass die Krankenhausreform im Gesundheitsministerium aufgrund eines Stellenabbaus zum Erliegen kommt, dass das Wirtschaftsministerium wichtige Bereiche einstellt, weil wir auch da Stellen sparen müssen, und das mitten in einer Rezession, dass den Kommunen in der Flüchtlingskrise wichtige Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner im Ministerium fehlen, sind das Ihre Ideen von einem funktionierenden Staat?

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Ich wiederhole: Ihre Vorschläge sind auf der Ausgaben- und Einnahmeseite nicht seriös. Seriös ist, was CDU und Grüne im Haushaltsverfahren gemacht haben.

(Zuruf von der SPD: Unseriös!)

CDU und Grüne priorisieren. CDU und Grüne schichten mit Bedacht um. CDU und Grüne arbeiten finanzpolitisch seriös. Wir setzen die richtigen Prioritäten.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Lisa-Kristin Kapteinat [SPD]: Der Beifall kommt aber zögerlich!)

Unsere Prioritäten sind Kinder, Familie, Bildung,

(Widerspruch von der SPD)

Wohlstand und Arbeitsplätze und Sicherheit. Die SPD hingegen bestellt Freibier für alle. Die SPD macht Haushaltspolitik nach dem Gießkannenprinzip. In Zeiten wie diesen ist das ein Zeichen mangelnder Selbstverantwortung. Das ist – ich sagte es bereits, Herr Ott – populistisch.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Christian Dahm [SPD]: Das war aber ein Zitat! „Freibier“ hat Bodo Löttgen gesagt!)

Wir brauchen aber keinen Populismus, wir brauchen Verantwortung. Die finanzielle Lage des Landes ist kritisch wie selten zuvor. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind schwierig und eigentlich allen bekannt.

Der Krieg in der Ukraine hat einen Preisschock bei Energie, bei Lebensmitteln, bei Preisen aller Art ausgelöst. Das spüren die Verbraucherinnen und Verbraucher, das spüren besonders die in Nordrhein-Westfalen heimischen energieintensiven Unternehmen. Das haben auch wir in den Haushaltsplanberatungen gespürt.

Als wenn das nicht genug wäre, kommen auch noch der Bundesfinanzminister und der Bundeskanzler und greifen den Ländern ganz tief in die Tasche. An ihren Händen bleiben jedes Jahr mehr als 4 Milliarden Euro kleben. Das sind die 4 Milliarden Euro, die wir für den sogenannten Doppel-Wumms zur Verfügung stellen. Das ist die Beteiligung der Bundesländer und der Kommunen. Dass Sie das hier verschweigen, ist unanständig.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Entweder gestehen Sie zu, dass uns 4 Milliarden Euro aus der Tasche gezogen werden, oder Sie machen deutlich, dass sich Nordrhein-Westfalen mit den Kommunen in dieser Form beteiligt. Sie verschweigen das eine und prangern das andere an. Das ist unanständig, denn es ist Geld, das uns in den Kommunen und im Landeshaushalt fehlt – Geld, das wir gut gebrauchen könnten für Kinder, für Familien, für Bildung, für Wohlstand und Arbeitsplätze und für Sicherheit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Das Gebot der Stunde ist deshalb Sparsamkeit: Es kann nur ausgegeben werden, was da ist. In diesem Zusammenhang danke ich stellvertretend für das gesamte Landeskabinett dem Minister der Finanzen

und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für das gesamte Haushaltsverfahren. Vielen Dank, lieber Marcus Optendrenk.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Ich danke den Ministerinnen und Ministern, die sparen mussten, für ihre Solidarität – Solidarität für Kinder, für Familien, für Bildung, für Wohlstand und Arbeitsplätze und für Sicherheit.

Um es klarzumachen: Die Priorisierung führte auch in meiner Fraktion zu schwierigen Entscheidungen. Mehr Geld ausgeben geht zugegebenermaßen schnell, weniger ausgeben dauert länger.

(Zuruf von der SPD: Priorisierung?)

Wir hätten gerne mehr Geld beispielsweise für den Sport ausgegeben. Es musste auch bei der Heimatförderung gekürzt werden. Ich kann sagen, dass das für meine Fraktion schmerzhaft war. Wir hätten auch gerne mehr Geld in den Kulturbereich gesteckt und ihn erhöht, aber die Zukunftskoalition von CDU und Grünen ist keine Wunsch-dir-was-Koalition, sondern eine Koalition für schwierige Zeiten, so wie wir sie im Augenblick haben, eine Koalition, die sich der Verantwortung stellt.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Ich weiß auch, wie in der Fraktion der Grünen um den richtigen Kurs gerungen wurde. Daher danke ich dem Koalitionspartner für die konstruktiven Gespräche bei der Beratung der Haushaltsanträge. Wir machen mit der guten und vertrauensvollen Zusammenarbeit und Diskussionskultur weiter, die diese Koalition seit Beginn praktiziert,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Aber nicht mit dem Rest des Parlaments!)

weil wir das Gegenteil der Berliner Politik sein wollen.

(Elisabeth Müller-Witt [SPD]: Aber Sie sind doch auch in Berlin dabei!)

Unter Olaf Scholz macht die Regierung ihre Probleme zu den Problemen der Menschen. Wir machen die Sorgen der Menschen zu unseren, und wir lösen sie. Das ist der Unterschied zwischen Berlin und Düsseldorf.

(Zuruf von der SPD)

Die Menschen – das merken Sie doch in den Umfragen – nehmen das dankbar auf.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Unglaublich!)

Der Haushalt 2024 ist ein Haushalt ohne neue Schulden. CDU und Grüne waren in der Lage, einen Haushalt im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben aufzustellen; auch das ist ein Unterschied zwischen Berlin und Düsseldorf. Es ist das richtige Signal an die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler von heute wie

von morgen: CDU und Grüne stellen keine ungedeckten Schecks auf die Zukunft aus. Das ist vernünftig, das ist anständig, und das ist der Anspruch, den auch die Menschen an die Politik haben.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Denn, liebe SPD, niemand kann doch heute seriös sagen, ob kommende Generationen in der Lage sein werden, Ihr Wunsch-dir-Was zu bezahlen. Deswegen, glaube ich, ist es richtig, diesen Weg zu gehen, den wir gehen. Der Staat kann einfach nicht alle Probleme lösen. Der Staat muss auch nicht alle Probleme lösen.

(Zuruf von der SPD)

Er kann nicht jede Vereinskasse retten. Wer das Gegenteil behauptet, setzt das Vertrauen der Menschen aufs Spiel.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Widerspruch von Kirsten Stich [SPD])

Eine Studie des Deutschen Beamtenbundes aus diesem Jahr zeigt: Über 70 % der Befragten halten den Staat für überfordert. Sie haben kein Vertrauen mehr in die Handlungsfähigkeit des Staates. Die Ergebnisse dieser Studie besorgen mich und sollten sie alle hier im Saal sorgenvoll stimmen. Die Analyse darf uns als Demokratinnen und Demokraten aber nicht lähmen, sondern sie muss uns vielmehr motivieren, weiterhin das zu machen, worauf es ankommt.

Damit kommen wir zum Kern der Gestaltungskompetenz des Staates, die sich im Haushalt abbildet. Ich möchte Ihnen sechs Bereiche nennen, wie CDU und Grüne mit dem Haushalt 2024 die Handlungsfähigkeit des Staates sichern.

Noch nie war eine Landesregierung so kommunalunfreundlich wie diese. Wir wissen um die Bedeutung von Städten, Gemeinden und Landkreisen.

(Lebhafter Beifall von der CDU – Lachen von der SPD – Zurufe von Christian Dahm [SPD] und Jochen Ott [SPD])

– Herr Ott, ich werde die Zahlen gleich präsentieren.

Wir sichern die Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger. Die Kommunen sind verantwortlich für die Kindertagesstätten,

(Sven Wolf [SPD]: Eben!)

genauso wie für die Straßenreinigung, die Schwimmbäder, die Stadtbibliotheken, die Museen und die Spielplätze. Es sind die Kommunen, in denen sich die Handlungsfähigkeit des Staates zeigt.

(Sven Wolf [SPD]: Genau! Die Kommunen gehen einfach unter, und ihr tut nichts!)

Für meine Fraktion kann ich sagen: Wir sind 76 Abgeordnete, die ein offenes Ohr für die Kommunen haben. Viele meiner Fraktionskolleginnen und

Fraktionskollegen sind selbst im Rat oder im Kreistag. CDU und Grüne stehen fest an der Seite der Kommunen. Auch hier zeigt sich der Unterschied zwischen Berlin und Düsseldorf.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Ich kann es Ihnen, liebe SPD, nicht ersparen – Sie haben genauso viele kommunalpolitisch verantwortliche Kolleginnen und Kollegen in Ihrer Fraktion –:

(Sarah Philipp [SPD]: Ja, jetzt bin ich gespannt!)

Es ist ihr Parteifreund, es ist Ihr Bundeskanzler, der den Kommunen in die Tasche greift, den Sie am Wochenende noch so auf dem Parteitag gefeiert haben. Allein das Steuerentlastungsgesetz schlägt ein Loch von 600 Millionen Euro in die kommunalen Haushalte.

(Zuruf von Dr. Dennis Maelzer [SPD])

– Ja, das tut weh, aber ich werde noch weitere Beispiele nennen.

Mit dem Inflationsausgleichsgesetz sind es noch einmal rund 200 Millionen Euro Miese. Und das Chancenwachstumsgesetz des Bundes, wenn es so kommt – wir werden heute erfahren, wie es weitergeht –, reißt ein weiteres Loch von 400 Millionen Euro in die kommunalen Kassen. Das ist die Realität, die Ihr Bundeskanzler auf den Weg bringt. Mehr als 1 Milliarde Euro weniger allein in den Kassen der Kommunen in Nordrhein-Westfalen – das ist das eigentliche kommunale Problem.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Ich frage Sie nach Ihrer kommunalpolitischen Verantwortung. Herr Ott, Sie haben hier mehrfach laut aufgeschrien. Wo war der Aufschrei in Richtung Berlin, als diese Entscheidungen getroffen worden sind?

(Zuruf von Jochen Ott [SPD])

Da hätten Sie einmal aufschreien und deutlich machen können, dass diese Politik den Kommunen das Rückgrat bricht.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

CDU und Grüne stehen an der Seite der Kommunen. Ich nenne einige Beispiele:

Zur Finanzierung der Unterbringung und der Integration von Flüchtlingen erhalten die Kommunen dreimal mehr Mittel vom Land, als der Bund gibt. Wir haben die Unterbringungsplätze in den Landesunterkünften verdoppelt,

(Christian Dahm [SPD]: Ui!)

und wir schaffen Anfang des Jahres weitere 3.000 Plätze.

(Christian Dahm [SPD]: Na endlich!)

Der Bundeskanzlerkandidat Olaf Scholz verspricht eine Altschuldenlösung, an die sich der Bundeskanzler Olaf Scholz nicht mehr erinnern kann. Aber wir wissen ja, wie es mit den Erinnerungslücken des Kanzlers ist.

(Beifall von der CDU – Christian Dahm [SPD]:
Peinlich, Ihr Beitrag!)

Nur am Rande: Sobald der Vorschlag der Altschuldenlösung auf dem Tisch lag, hatte Finanzminister Lindner nichts Eiligeres zu tun, als diesen abzulehnen.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Das hat 15 Minuten gedauert. So schnell erreichen Sie normalerweise nicht einmal sein Vorzimmer.

(Zuruf von Henning Höne [FDP] – Christian Dahm [SPD]: Das spricht aber von der Qualität!)

CDU und Grüne erinnern sich allerdings an ihre Zusagen.

In diesem Haushalt geht mehr als jeder dritte Euro an die Kommunen. Das sind in diesem Jahr insgesamt 36 Milliarden Euro.

CDU und Grüne leisten heute und in Zukunft ihren Beitrag zur Handlungsfähigkeit der Kommunen. Das ist versprochen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Handlungsfähigkeit beweisen CDU und Grüne auch beim Thema „innere Sicherheit“. Der Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober hat die Lage noch einmal verschärft. Der Nahostkonflikt ist bei uns angekommen. Wir haben Demonstrationen in Köln, in Düsseldorf und in Essen erlebt – Demonstrationen, bei denen viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer voller Hass gegen Israel waren.

Umso richtiger ist es, dass CDU und Grüne den Schutz jüdischer Einrichtungen mit diesem Haushalt noch einmal deutlich verstärkt haben. Ich danke SPD und FDP, die den Änderungsantrag mittragen und unterstützen, auch für ihre staatspolitische Verantwortung. In diesen Zeiten ist es wichtig, dass Demokraten bei dem Thema zusammenstehen. Dafür vielen Dank an SPD, FDP und Grüne.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Ich habe vor sieben Wochen klar gesagt, dass die Sicherheit Israels deutsche Staatsräson ist. Aber auch die Sicherheit unserer jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger muss das sein. Niemand darf wegen seines Glaubens und seiner Nationalität in Nordrhein-Westfalen Angst haben. „Nie wieder!“ ist jetzt, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Dass die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl der Menschen in Nordrhein-Westfalen auf die Probe gestellt werden, ist kein abstraktes Schreckgespenst.

Am vergangenen Wochenende hat ein Islamist in Paris zwei deutsche Touristen angegriffen; einer verstarb noch vor Ort.

Die Polizei konnte einen 15-jährigen Islamisten aus Nordrhein-Westfalen festnehmen, bevor er einen Anschlag auf den Weihnachtsmarkt in Leverkusen verüben konnte.

In der vergangenen Woche warnte der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Thomas Haldenwang, vor islamistischen Terroranschlägen in Deutschland. Besondere für weiche Ziele wie öffentliche Veranstaltungen sieht er eine Gefährdung.

Die Fußballeuropameisterschaft steht vor der Tür – ein sportliches Großereignis mit Hunderttausenden Gästen aus der ganzen Welt. Sie kommen mit großem Vertrauen in die Sicherheit in unserem Land. Umso wichtiger ist es, dass CDU und Grüne bei der Sicherheit nicht sparen. Es bleibt bei unserer Maxime: Jede und jeder muss sich zu jeder Zeit an jedem Ort sicher fühlen, auf der Straße wie im Internet. Es bleibt bei unserem Leitgedanken: null Toleranz für Kriminalität.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Diese Politik hat die volle Rückendeckung, sie hat auch die volle Zustimmung der Menschen in unserem Land.

(Zuruf von der SPD: Hä?)

Es gibt ausreichend Geld für 3.000 künftige Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter pro Jahr, genug Geld für optimale Schutzausrüstung, genug Geld für neue Streifenwagen und innovative Technik.

(Ralf Witzel [FDP]: Nicht für den Taser!)

CDU und Grüne sichern somit das Vertrauen in den Staat. Wir sichern die Handlungsfähigkeit des Staates im Bereich der inneren Sicherheit. Das ist es, was die Menschen angesichts der Herausforderungen von uns erwarten.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Sicherheit ist für die Menschen aber nicht nur mit der Polizei verbunden. Sicherheit geht weiter. Grüne und CDU sorgen gemeinsam für Sicherheit bei der medizinischen Versorgung. Das gilt für die Stadt genauso wie auf dem Land. Daher sichern wir die Mittel für die Landarztquote ab. Das hohe Interesse der Studentinnen und Studenten zeigt, dass wir auch hier auf dem richtigen Weg sind. Die Studienanfänger von heute sind die Landärztinnen und Landärzte von morgen.

Gerade Corona hat gezeigt, wie wichtig ein wohnortnahes und qualitativ hochwertiges Krankenhaus-

angebot ist. Mit unserer Krankenhausplanung, die bundesweit beispielgebend ist, sichern wir dies ab. Das ist uns in dieser Wahlperiode mehr als 2,5 Milliarden Euro wert. So stärken wir das Vertrauen der Menschen in die Handlungsfähigkeit des Staates. Wer in Nordrhein-Westfalen krank ist, muss sich auf die beste medizinische Versorgung verlassen können. Dafür arbeiten wir.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Kinder stehen im Mittelpunkt unserer Politik. Das ist die Handlungsmaxime der Koalition; das ist unsere Priorisierung. Das zeigt sich in diesem Haushalt in ganz konkreten Zahlen.

Am Ende der ersten Wahlperiode, die ich hier im Landtag sein durfte, hat das KiBiz die Grenze von 1 Milliarde Euro gerade geknackt. Im Jahr 2024 werden es über 5 Milliarden Euro sein. Das bedeutet Verlässlichkeit für Träger, für die Kräfte, die in den Kindertagesstätten arbeiten, für Eltern und für Kinder. Das ist die Politik von CDU und Grünen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Zuruf von Henning Höne [FDP])

Gerade die Tarifabschlüsse haben die Kita-Träger vor große Herausforderungen gestellt. Damit vor allem die freien Träger die Gehälter weiter zahlen können, hat das Land ein Maßnahmenpaket mit mehr als 550 Millionen Euro auf den Weg gebracht.

(Marcel Hafke [FDP]: Das ist doch falsch! Echt!)

Das Land unterstützt die Kitas mit einer Anhebung der KiBiz-Pauschalen zum kommenden Jahr um 10 %,

(Zurufe von Marcel Hafke [FDP] und Dr. Dennis Maelzer [SPD])

und den freien Trägern bauen wir mit zusätzlichen 100 Millionen Euro eine Brücke. Das ist ein Kraftakt, aber das ist richtig eingesetztes Geld für unsere Jüngsten.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Für das Kita-Helfer-Programm wurden den Trägern seit Corona zusätzliche Landesmittel in Höhe von mehr als 500 Millionen Euro überwiesen. Das ist eine freiwillige Leistung des Landes, und es ist eine Kraftanstrengung, auch dieses Programm zu verstetigen. Dafür geben wir jährlich rund 140 Millionen Euro aus.

(Zuruf von Dr. Dennis Maelzer [SPD])

Meine Fraktion und ich sind sehr froh, dass wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner den Kitas und den Eltern diese Verlässlichkeit bieten können. Das macht man, wenn Kinder Priorität haben.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Die Bildung unserer Kinder steht für uns an erster Stelle. Das macht auch der Haushalt klar. Der Schulhaushalt wird auch im kommenden Jahr steigen und bleibt der größte Einzeletat der Landesregierung. In den Haushaltsgesprächen haben wir ganz bewusst den Schuletat von Einsparungen ausgenommen.

Wenn Kinder in der Grundschule nicht verstehen, was die Lehrerinnen und Lehrer sagen, dann ist Bildung am Ende, bevor sie richtig begonnen hat. Deshalb haben wir die Finanzierung der Sprach-Kitas sichergestellt, nachdem sich die SPD-geführte Bundesregierung völlig unverständlicherweise aus der Finanzierung herausgezogen hat. Offenbar scheint dem Kanzler und dem Finanzminister der Zusammenhang zwischen Spracherwerb und Bildungschancen als einzigen in diesem Land nicht klar zu sein.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Wir setzen alles daran, dass an den Grundschulen die Besetzung der Lehrerstellen besser wird. Wir sorgen für eine faire Bezahlung unserer Lehrerinnen und Lehrer, und wir sorgen dafür, dass Lehrerinnen und Lehrer an Grundschulen, Realschulen und Hauptschulen künftig das gleiche Gehalt bekommen wie ihre Kolleginnen und Kollegen an Gymnasien. Damit machen wir den Lehrerberuf gerade im Grundschulbereich attraktiver. Dafür planen wir im Haushalt im Jahr 2024 rund 75 Millionen Euro zusätzlich ein, rund 900 Millionen Euro nehmen wir dafür in dieser Wahlperiode in die Hand. Es ist gut investiertes Geld.

Lesen, Schreiben und Rechnen sind die Basiskompetenzen, die jedes Kind in unserem Land haben muss. Das haben zugegebenermaßen Bildungsministerinnen und Bildungsminister aller Parteien in den vergangenen Jahren viel zu sehr vernachlässigt. Mit Programmen wie „Schreiben nach Gehör“ wurde zudem zusätzliche Verunsicherung geschaffen.

Wir sorgen jetzt dafür, dass die Basiskompetenzen wieder gestärkt werden. Für die neu eingeführte Leszeit von dreimal 20 Minuten stellt das Schulministerium den Lehrkräften umfangreiches Unterrichts- und Begleitmaterial zur Verfügung. Lesen ist die Basiskompetenz für alle Fächer. Deshalb erfolgt hier ganz bewusst eine Schwerpunktsetzung.

Außerdem haben wir die Fachoffensiven für Fächer wie Deutsch und Mathematik auf den Weg gebracht. Hierzu setzen wir zusätzliche finanzielle Mittel in Höhe von 8 Millionen Euro ein.

Zur Stärkung der Inklusion sind ebenfalls weitere 67 Millionen Euro vorgesehen.

Seit 2019 steigen die Schülerzahlen kontinuierlich an, gleichzeitig geht die Babyboomer-Generation in Pension. Wir stellen immer mehr Lehrerinnen und Lehrer, Schulsozialarbeiter und Schulpsychologen

ein, damit weniger Unterricht ausfällt und die Klassen kleiner werden. Im Vergleich zum vergangenen Schuljahr sind das über 3.900 zusätzliche Kolleginnen und Kollegen an unseren Schulen. Es sind 3.900 Personen, die zusätzlich in den Klassenräumen stehen. Das ist gute Bildungspolitik.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Außerdem stellen wir sicher, dass die Gymnasien die Umstellung von G8 auf G9 schaffen. Den vorübergehenden Mehrbedarf decken wir durch 3.000 zusätzliche Stellen vor allen Dingen in den Mangelfächern ab. Um die Lehrkräfte von organisatorischem Aufwand zu entlasten, haben wir die ersten von rund 400 Alltagshelferinnen und Alltagshelfern eingestellt.

(Kirsten Stich [SPD]: Aber nur befristet!)

Lehrkräfte sollen sich auf ihre Kernaufgabe, das Unterrichten, konzentrieren können und nicht Formulare ausfüllen.

Der Bund hat das Gesetz zum Rechtsanspruch auf den Offenen Ganzttag erlassen. Das Problem ist: Er hat nicht für eine ausreichende Finanzierung des Rechtsanspruchs gesorgt. Das haben wir immer wieder angemahnt.

Richtig ist: Die konkrete Ausgestaltung und der bedarfsgerechte Ausbau liegen in der Zuständigkeit der Kommunen. Aber auch als Land bauen wir den Ganzttag aus. Seit 2010 hat sich die Zahl der OGS-Plätze fast verdoppelt; seit 2016 haben wir die Zahl der OGS-Plätze um 30 % steigern können.

Mit dem Haushalt 2024 schaffen wir 38.000 zusätzliche Plätze im Offenen Ganzttag und finanzieren im Schuljahr 2024/2025 insgesamt 430.000 OGS-Plätze. Rund 780 Millionen Euro werden wir im kommenden Jahr in den Ganzttag investieren. Wir sind also auf einem guten Weg, den Rechtsanspruch umzusetzen, und wir arbeiten weiter daran, dass wir dieses Ziel erreichen. CDU und Grüne machen ihre Hausaufgaben, weil wir keine Lust haben, nachzusitzen wie die Politik in Berlin.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Nordrhein-Westfalen ist die fünftgrößte Volkswirtschaft in Europa und die sechzehntgrößte der Welt. Wir sind das Industrieland Nummer eins in Deutschland.

(Christin Siebel [SPD]: Noch!)

Aber von diesen Titeln kann man sich nichts kaufen. Wichtig ist, was dahintersteckt; wichtig sind die Gründe. Das ist ganz sicher der Fleiß der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch die klugen Entscheidungen der Unternehmerinnen und Unternehmer tragen dazu bei. Und nicht zu vergessen: Es sind die richtigen Rahmenbedingungen.

Die Zukunftscoalition von CDU und Grünen beweist, wie man auch im Haushalt Weichenstellungen vornehmen kann. So haben wir die Investitionsquote des Landes auf 10,8 % gesteigert, in zwei Jahren wird sie über 11 % liegen. „Vorfahrt für Investitionen“ nenne ich das, und das ist das Gegenteil von dem, was Sie, Herr Ott, immer behaupten.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Zuruf von Christin Siebel [SPD])

Seit dem Bundesverfassungsgerichtsurteil blicken wir in leere Gesichter in Berlin und hören eine Regierungserklärung des Bundeskanzlers im Deutschen Bundestag, die bei den Zuhörerinnen und Zuhörern nur eines hinterlässt: Ratlosigkeit. Passend dazu nenne ich aus der Vielzahl der Kommentare nur einen: Statt Einsicht lieferte der Kanzler wieder einmal nur Besserwisserei.

Heute kommt der zweite Versuch; hoffentlich kommen heute die richtigen Signale. Die bisherigen Reaktionen aus der Wirtschaft sind besorgniserregend.

Wie man zusammen mit der Wirtschaft gute Politik macht, kann man sich hier in Nordrhein-Westfalen anschauen. Wie man es richtig macht, sieht man etwa am Beispiel von thyssenkrupp: 700 Millionen Euro gibt das Land für die künftige Produktion von grünem Stahl aus.

(Zuruf von Lena Teschlade [SPD])

Grüner Stahl ist für die Wertschöpfungsketten in ganz Nordrhein-Westfalen unverzichtbar – für Werkzeuge und Waschmaschinen genauso wie für Autos, Schienen oder Brücken.

700 Millionen Euro sind die größte Einzelförderung in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen. CDU und Grüne zeigen, dass solche Investitionen auch ohne Fantasiebuchungen funktionieren. Es funktioniert in einem Haushalt, der Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit in gleichem Maße unterbringt.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Man muss nur die richtigen Prioritäten setzen. Genau das tun wir, und wir tun es an den richtigen Stellen.

Die Herausforderungen in unserem Land sind groß. Die Verantwortung, die die Politik für das Land trägt, ist ebenso groß. Umso wichtiger ist es, Entscheidungen zu treffen, die einem klaren Kompass folgen. Der Kompass von CDU und Grünen weist in Richtung von Kindern, Familie, Bildung, Wohlstand, Arbeitsplätzen und Sicherheit.

Wenn die Kassen leer sind, dann muss man Prioritäten setzen. Wir haben das in diesem Haushalt getan. Daher appelliere ich erneut an alle Fraktionen in diesem Hohen Haus: Lassen Sie uns in der Sache streiten, über diese Prioritäten, über die großen Linien

genauso wie über die Einzelheiten, aber lassen Sie uns nicht streiten um des Streitens willen.

Bleiben wir in der Sache ehrlich, und streuen wir den Menschen keinen Sand in die Augen. Die großen Herausforderungen in der Geschichte des Landes wurden immer dann am besten gemeistert, wenn alle Parteien und Fraktionen ihren Beitrag geleistet haben. Wir sind es den Menschen in Nordrhein-Westfalen schuldig, sie gut durch diese schwierigen Zeiten zu bringen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Ich lade alle demokratischen Fraktionen ein, hierbei mitzuwirken.

Lassen Sie mich mit den besten Wünschen schließen: Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr!

(Langanhaltender Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Schick. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt deren Abgeordneter und Vorsitzender Henning Höne.

Henning Höne (FDP): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Einige Abgeordnete verlassen den Plenarsaal.)

– Dem Drittel der CDU-Fraktion guten Appetit bei einem frühen Mittagessen!

„Krisenmodus“ ist das Wort des Jahres 2023. Das ist einerseits nachvollziehbar, aber auch beunruhigend, weil sich viele Menschen in diesem Land fragen: Wird das eigentlich der neue Normalzustand?

Viele Menschen in unserem Land sind verunsichert, haben Sorgen und Zukunftsangst. Die Gründe dafür sind vielfältig: die Pandemie ist nicht lange vorbei, Krieg vor den Türen Europas, Terror, Rezession, Inflation. Die wirtschaftlichen Sorgen, die Zukunftssorgen reichen bis weit in die Mitte der Gesellschaft.

Werden es meine Kinder besser haben als ich? Wenn diese Frage nicht mehr eindeutig mit Ja beantwortet werden kann, dann beginnen Fliehkräfte in der Gesellschaft zu wirken. Darum ist es eine große Aufgabe für alle, die insbesondere in der Politik Verantwortung tragen, mit dieser Situation umzugehen.

Wird also die Krise der neue Normalzustand? Die Antwort ist nicht gottgegeben. Politik darf dieses Problem auch nicht einfach nur bewundern. Die Antwort darauf liegt vielmehr in unserer Hand.

Haushaltsberatungen sind ein guter Anlass, genau darüber zu sprechen, weil sie immer ein bisschen Bilanz, ein bisschen Blick auf den Status quo und ein bisschen Ausblick auf das, was kommt, sind. Also, diskutieren wir darüber, welche Antworten die Landesregierung eigentlich geben möchte – unter herausfordernden Bedingungen: Kriege habe ich angesprochen, Krisen, interne Herausforderungen und seit dem 15. November – weil wir über den Haushalt sprechen – auch eine enge Auslegung der Schuldenbremse des Grundgesetzes.

Vor dem Gericht in Karlsruhe hat die Bundesregierung verloren. Der gewählte Finanzierungsweg im Bund war grundgesetzwidrig, und damit war er ein Fehler. Die Freien Demokraten gehen damit angemessen um. Demut ist angezeigt.

(Beifall von Dr. Ralf Nolten [CDU])

Demut forderte Finanzminister Optendrenk in der Debatte am 29.11. dann auch an dieser Stelle ein.

Das finde ich wiederum bemerkenswert. Herr Finanzminister, das ist erstens bemerkenswert, weil unter der Bundeskanzlerin Angela Merkel das sogenannte Frontloading erfunden wurde, also das, wogegen die Unionsfraktion jetzt geklagt hat. Das ist bemerkenswert, weil Ihr Haushaltschaos zum Beginn der Legislatur einen bleibenden Platz im Haus der Landesgeschichte erhalten hat. Und Sie wollten ja genau den Weg gehen, den der Bund gegangen ist und mit dem er in Karlsruhe gescheitert ist.

Zu Ihrem Kurswechsel hat dann aber nicht eine kritische Selbstreflexion und nicht das Nachdenken geführt. Zu Ihrem Kurswechsel in letzter Sekunde hat eine massive Kritik des Landesrechnungshofes und der Opposition geführt. Insofern: Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Abgesehen von der Frage, wer jetzt eigentlich in Karlsruhe gewonnen bzw. wer verloren hat, kann ich sagen: Inhaltlich begrüße ich, begrüßen wir die Stärkung der Schuldenbremse. Sie schützt vor Inflation und schützt zukünftige Generationen vor der Bequemlichkeit der Politik der Gegenwart.

Die Schuldenbremse trägt auch keine Schuld dafür, dass Investitionen unterbleiben.

(Zuruf von der SPD: Doch!)

In diesen Tagen ist immer wieder zu hören: Wir können nicht in Bildung und nicht in Infrastruktur investieren wegen der Schuldenbremse.

(Tim Achtermeyer [GRÜNE]: Ja, so ist es! – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Wer das sagt, dem fehlt der Mut, Ausgaben und Aufgaben des Staates zu priorisieren.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Tim Achtermeyer [GRÜNE])

Wer das sagt, streut den Menschen Sand ins Gesicht. Der Bund hat 50 % mehr Einnahmen als vor 10 Jahren. Das Land hat rund doppelt so viele Einnahmen wie vor 10 Jahren. Die Schuldenbremse bremst nicht die nötigen Investitionen in diesem Land, sondern die unnötigen Ausgaben. Der Staat hat kein Einnahmenproblem, er hat ein Ausgabenproblem. Gäbe es die Schuldenbremse nicht, müssten wir sie heute erfinden.

(Beifall von der FDP – Zurufe von Tim Achtermeyer [GRÜNE] und Dr. Ralf Nolten [CDU])

Egal, wie man die Schuldenbremse findet, sie steht im Grundgesetz und gilt auch für das Land Nordrhein-Westfalen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Vielleicht sollte man mal das Institut der deutschen Wirtschaft dazu lesen!)

Herr Finanzminister, meine Damen und Herren, formal halten Sie die Schuldenbremse ein. Schaut man aber etwas näher hin, sieht das schon etwas anders aus mit Ihrer Haushaltspolitik. Sie tricksen beim Ukraine-Sondervermögen und leben im kommenden Jahr von Einmaleffekten.

Kritik daran äußert nicht nur die Opposition, nicht nur die FDP, auch der Rechnungshof fragt sich – ich zitiere –, „ob die Aufstellung eines soliden, nachhaltigen und generationengerechten Haushalts in der erforderlichen Stringenz gelungen ist“. Der Landesrechnungshof zweifelt daran, ich teile diese Zweifel.

Ich nenne Ihnen drei Beispiele.

Erstes Beispiel, erster Trick: der Pensionsfonds. Sie entziehen dem Pensionsfonds Geld. Der Bestand wird faktisch eingefroren. Ab 2024 gibt es keine neuen Zuführungen.

Ich darf noch mal den Rechnungshof zitieren: „Hierdurch werden zu Lasten einer generationengerechten Vorsorge finanzielle Spielräume im Haushalt geschaffen.“

Hier sitzt ein Finanzminister, der nach dem Motto „Was kümmert mich die Zukunft?“ arbeitet.

(Beifall von der FDP)

Trick Nummer zwei: das Sondervermögen Ukraine. Es ist am Ende genau das passiert, was die Opposition vermutet und befürchtet hat, als Sie es eingesetzt haben. Sie haben einen Nebenhaushalt geschaffen, um an anderen Stellen die Möglichkeit zu haben, schwarz-grüne Wahlversprechen abzuschern.

Was haben Sie daraus finanziert? Sie haben für über 1 Million Euro 350 Diensthandy und 150 Satellitentelefone gekauft. Sie haben für über eine Viertel-

million Euro die Schwangerschaftskonfliktberatung gestärkt. Sie haben mit knapp 130.000 Euro die Integrationsagenturen unterstützt. Sie haben über 700.000 Euro in die Ladeinfrastruktur für E-Autos investiert. Sie haben Mittel in Höhe von 3,3 Millionen Euro für PV-Anlagen und für Batteriespeicher eingestellt.

Da mag ja im Einzelfall etwas Sinnvolles dabei gewesen sein,

(Dagmar Hanses [GRÜNE]: Bei allem!)

begrüßenswerte Projekte. Aber um den Zusammenhang, Kollegin Hanses, dieser Projekte mit den Folgen des Ukraine-Krieges für Nordrhein-Westfalen herzustellen, braucht es verdammt viel schwarz-grüne Fantasie. Tarnen, tricksen, täuschen: Das ist das Motto.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Ich bin auch sicher, Herr Finanzminister: Ohne das Urteil aus Karlsruhe hätten Sie das Geld auch in die nächsten Jahre mitgenommen. Denn der Sinneswandel, dass das jetzt auf einmal nicht mehr geht, kam ja dann doch relativ plötzlich.

Wenn Sie ihn sehen, Herr Finanzminister, fragen Sie doch bitte mal den Oppositionspolitiker Marcus Op-
tendrenk, wie er diese Tricks bewertet.

(Heiterkeit von Jochen Ott [SPD])

Ich würde es wirklich sehr gerne wissen.

Trick Nummer drei: Selbstbewirtschaftungsmittel – ein großartiges Wort der Haushälter. Diese Mittel gelten mit der Zuweisung als verausgabt und stehen dann unbegrenzt in der Zukunft zur Verfügung. Sie sind in den Titeln der Nebenverwaltung zusammengefasst. 8,5 Milliarden Euro, also 8 % des gesamten Haushaltsvolumens, standen dort Anfang dieses Jahres. Jetzt wollen Sie 860 Millionen Euro zugunsten des Haushalts 2024 umbuchen. Dieser Betrag soll also mindestens übrig sein.

Wir haben gefragt: Wie viel ist denn insgesamt übrig? Wie viel könnte eigentlich umgebucht werden? Und vor allem: Bei welchen Projekten wurde denn das Geld überhaupt nicht genutzt? Wo haben Sie eigentlich Geld, das das Parlament für ein bestimmtes Projekt zur Verfügung gestellt hat, gar nicht gebraucht, und wo parken Sie dieses Geld?

Meine Damen und Herren, innerhalb von vier Wochen müssen bzw. sollen Kleine Anfragen aus dem Parlament von der Landesregierung beantwortet werden, und innerhalb von vier Wochen wissen Sie nicht, wo die Reste von 8,5 Milliarden Euro geblieben sind. Wenn ich 8,5 Milliarden Euro hätte, Herr Finanzminister, wüsste ich relativ klar, wo sie sind, wie viel übrig ist und was ich ausgegeben habe. Sie sind ein haushaltspolitischer Hütchenspieler, und Sie sollten mehr Transparenz an den Tag legen.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland ist ernst, und die wirtschaftliche Lage in Nordrhein-Westfalen ist ernster. Wir erleben im Moment genau das grüne Wirtschaftswunder, das Frau Neubaur ja im Wahlkampf versprochen hat: eine Rezession, Platz 14 bei der wirtschaftlichen Entwicklung im Bundesländervergleich, Produktion bei der Industrie im Sinkflug, Export im Sinkflug, Zahl der Baugenehmigungen eingebrochen.

Wie reagiert eigentlich diese Landesregierung mit diesem Haushalt darauf?

(Zuruf von Tim Achtermeyer [GRÜNE])

Schauen wir erst einmal, was es nicht gibt. Es gibt keine Fortschritte beim Bürokratieabbau. Es gibt keine echten Fortschritte bei der Planungsbeschleunigung und bei der Digitalisierung. Es gibt auch kein Wachstumschancengesetz.

Kollege Schick ist eben darauf eingegangen. Kollege Schick, 20 Jahre lang macht die Union Wahlkampf mit dem Versprechen: „Wir senken Steuern, damit wir mehr wirtschaftliche Dynamik entfesseln können“, und Sie haben in fünf Minuten aufgezählt, warum all das nicht gehen darf.

(Thorsten Schick [CDU]: Nein! So habe ich das nicht gesagt!)

Deshalb kommt es mit der Union im Ergebnis auch immer nur zu Steuererhöhungen.

(Beifall von der FDP)

Die Unionsfraktion hat im Deutschen Bundestag gesagt: Das Wachstumschancengesetz ist zu klein. Wir müssten viel mehr machen, um wirtschaftliche Dynamik zu entfesseln. – Die Ministerpräsidenten der Union haben gesagt: Dieses Gesetz ist viel zu groß. So geht das alles gar nicht. – Im Ergebnis passiert in dieser wirtschaftlichen Situation dank der Union gar nichts in diesem Land. Und das ist die schlechteste Botschaft für die Wirtschaft.

(Beifall von der FDP)

Was es allerdings bei dieser Regierung gibt, ist wie immer der Fingerzeig nach Berlin; diese Handhaltung haben Sie eingeübt.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Es gibt neue Abgaben, beispielsweise mit der Kiesteuer. Weil die Baukosten noch nicht genug explodiert sind und die Bauwirtschaft noch nicht genug am Boden liegt, wollen Sie da noch nachtreten.

Und es gibt den Ruf nach Subventionen. Ganz anschaulich ist das gerade bei der Energiepolitik dieser Landesregierung. Der Bedarf an Energie wird steigen, insbesondere in Form von Strom. Auf die Rekordenergiepreise und auf steigenden Strombedarf hat diese Landesregierung mit dem vorgezogenen Ausstieg aus der Braunkohle geantwortet. Das Angebot

sinkt schneller, und der Preis steigt schneller. Das wird das Ergebnis sein.

Montags verursachen Sie durch Ihr politisches Handeln steigende Energiepreise, und dienstags fordern Sie dann prominent den Industriestrompreis, also eine neue Subvention. Bei jeder Gelegenheit haben Sie das gemacht. Bei der Ministerpräsidentenkonferenz in Brüssel war das der Fall. Die Energieministerin hat das zusammen mit ihrem Bundeskollegen die ganze Zeit getan. Die Koalition hat extra einen Antrag dazu beschlossen.

Im Ergebnis, obwohl es die Ministerpräsidentenkonferenz, der Bundeswirtschaftsminister, die Landeswirtschaftsministerin und diese Koalition wollten, kommt es überhaupt nicht. Es kommt zum Glück gar nicht zu einer Subvention nur für einige wenige energieintensive Betriebe, sondern es kommt zu einer Abgabensenkung, einer Senkung der Stromsteuer.

Ich erwähne das hier noch einmal, Frau Ministerin Neubaur, weil Sie sehr bemerkenswert darauf reagiert haben. Sie haben nämlich nach dieser Einigung getwittert, dass Ihre eigene Entschlossenheit und Hartnäckigkeit sich ausgezahlt habe.

(Heiterkeit von der FDP)

Frau Neubaur, inhaltlich ist es ja richtig, dass es zu dieser Lösung gekommen ist. Aber Ihre politische Kommunikation war unehrlich.

Die Wahrheit ist: Die NRW-Wirtschaftsministerin hat keinen Einfluss auf die Wirtschaftspolitik im Bund. – Das sind schlechte Nachrichten für das Industrieland Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Die Geschichte Ihrer Energiepolitik geht ja noch weiter. Sie ziehen also den Kohleausstieg vor. Im Ergebnis brauchen wir sechs – andere sagen: acht – neue Gaskraftwerke, die wasserstofffähig sind. Und jetzt forderte der Ministerpräsident am 7. Dezember 2023 bezüglich der Energiepolitik – ich zitiere Sie, Herr Wüst –:

„Versorgungssicherheit und Verlässlichkeit müssen in einem Industrieland jederzeit gewährleistet sein.“

Sie haben das im Zusammenhang damit gesagt, dass der Bund jetzt schnell die Kraftwerksstrategie vorlegen solle, damit diese Gaskraftwerke auf den Weg gebracht werden könnten.

Ich frage mich: War das eigentlich nicht Teil Ihres Hinterzimmer-RWE-Deals, Frau Neubaur?

(Zuruf von Mona Neubaur, Ministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie)

Das frage ich mich wirklich, weil Sie ja bis heute nicht sagen wollen, was Sie da genau mit wem und wann

besprochen haben. Dann könnten wir es doch ganz anders diskutieren.

CDU und Grüne haben den Kohleausstieg hier vorgezogen, entgegen dem Kohlekompromiss. Das ist eine Energiepolitik im Blindflug.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Jetzt soll es der Bund richten. Das ist die Methode Wüst und die Methode Schwarz-Grün: Sollen sich doch andere um die Folgen meiner eigenen Politik kümmern!

Ihre Energie- und Wirtschaftspolitik ist ein Angriff auf Wohlstand und Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Der Haushaltsentwurf spiegelt genau diesen Politikstil wider: kein Mut, keine Ideen, bloß nicht von der Realität beeindruckt lassen; um die Folgen meiner Politik können sich dann andere kümmern.

Das geht besser, und das hat dieses Land auch besser verdient. Wir haben zahlreiche Änderungsvorschläge im laufenden Beratungsverfahren gemacht und legen heute noch einmal Änderungsvorschläge vor, die es besser machen, gegenfinanziert und ohne neue Schulden. Ich möchte auf ein paar davon eingehen.

Ich beginne mit der inneren Sicherheit. Innenminister Reul ist immer für einen guten Spruch zu haben. Aber man fragt sich, was eigentlich von dem umgesetzt wird, was er so macht. Kann er eigentlich noch so arbeiten, wie er gerne möchte? Mein Gefühl ist: nein. Mein Gefühl ist: tagsüber schwarzer Sheriff, abends grüner Bettverleger.

(Beifall von der FDP und der SPD – Zuruf von Thorsten Schick [CDU])

Während die Kriminalität in Nordrhein-Westfalen unter Schwarz-Grün um fast 14 % gestiegen ist, debattieren die beiden Koalitionspartner über den Begriff „Clankriminalität“. Nach einem Jahr wurde das Lagebild „Clankriminalität“ wieder vorgestellt. Man dachte, okay, Sie haben sich geeinigt, jetzt kann es wieder in die inhaltliche Debatte gehen – aber zu früh gefreut. Es wird jetzt wahrscheinlich ein weiteres andauerndes Symposium zum Begriff „Clankriminalität“ geben.

Meine Damen und Herren, wir brauchen keine Begriffsdebatten. Wir brauchen entschlossene Politik, ein entschlossenes Handeln gegen Clankriminalität.

(Beifall von der FDP)

Wenn es um schöne Bilder zum Beispiel bei der Verteidigung neuer Polizistinnen und Polizisten geht, so schnell können Sie gar nicht schauen, da ist der

Ministerpräsident vor Ort. Aber es kommt doch auf das konkrete Regierungshandeln an, nicht auf die schönen Bilder. Sie gehen aber im konkreten Handeln an das Pensionsalter der Feuerwehr. Wir müssen über die bestmögliche Ausstattung der Polizei debattieren; denn ob ein Polizist oder eine Polizistin in diesem Land wirklich die bestmögliche Ausstattung erhält, hängt von einer relativ einfachen Zeitrechnung ab: „v G“ und „n G“, vor Regierungsbeteiligung der Grünen und nach Regierungsbeteiligung der Grünen. Ich meine die Ausstattung mit Tasern.

(Zuruf von Thorsten Schick [CDU])

Herr Kollege Schick, Sie haben eben gesagt, Sie würden alles für die beste Ausstattung machen. Dann freue ich mich auf Ihre Zustimmung zu unserem Änderungsantrag; denn das Ausrollen der Taser haben Sie gestoppt. Sie verstecken sich hinter dem Argument, man müsse das noch testen. „Testen“ – das muss man aus der schwarz-grünen Politiksprache in eine Sprache übersetzen, die alle verstehen – heißt hier: Die Grünen haben sich durchgesetzt. Sie waren nämlich schon immer gegen die Taser.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD – Zuruf von Christian Dahm [SPD])

Die CDU macht das mit. Sie macht mit, dass die Frage, ob ein Polizist die bestmögliche Ausstattung hat oder nicht, von der Frage des Dienstortes abhängt. Gregor Golland hat am 16.06. an diesem Platz gesagt: Zwischen CDU und Grüne passt kein Blatt Papier. – Schön für die Koalition, schlecht für die Polizistinnen und Polizisten in diesem Land.

(Beifall von der FDP – Gregor Golland [CDU]: Auf das Zitat habe ich gewartet!)

Dieses Land hätte den finanziellen Spielraum. Dieses Land muss mehr für die bestmögliche Ausstattung der Polizisten machen. Darum beantragen wir heute noch einmal 5 Millionen Euro mehr für die flächendeckende Ausstattung der Polizei mit Tasern. CDU und Grüne haben Nordrhein-Westfalen unsicherer gemacht. Kehren Sie um! Zeigen Sie auch im konkreten Regierungshandeln endlich den Respekt, den die Einsatzkräfte verdienen! Es fängt mit der bestmöglichen Ausstattung an.

Herr Ministerpräsident, Einsatzkräfte sind keine Requisiten für Ihren Instagram-Kanal. Sie verdienen mehr Respekt.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Zur inneren Sicherheit gehört natürlich auch die Justiz. Über eine Viertelmillion offene Ermittlungsverfahren zeigen, da ist viel zu tun. Herr Justizminister, das Problem ist, Sie sind mit ganz anderen Dingen beschäftigt. Der Justizminister hat Einfluss auf die Besetzung der Präsidentenstelle beim Oberverwaltungsgericht genommen und hat dafür extra eine Überbeurteilung für eine Duzfreundin geschrieben.

Er riet im Verfahren anderen Bewerbern dazu, ihre eigene Bewerbung zu überdenken. Dabei behaupten Sie bis heute, Sie hätten gar keinen Einfluss auf dieses Verfahren genommen.

In der letzten Plenarwoche haben Sie hier noch behauptet – der Justizminister genauso wie die Koalition –, dass solche Gespräche bei solchen Ämtern vorkämen, sei vollkommen normal. In der WAZ am 10. Dezember stehen eine ganze Menge an Stimmen aus der Justiz, die sagen, das sei alles andere als normal. Ihre Amtsvorgänger hätten auch einen weiten Bogen um genau solche Gespräche gemacht, um nicht den Anschein zu erwecken, dass die Politik hier Einfluss nimmt.

Herr Justizminister, ich weiß schon gar nicht mehr, wie oft Sie Ihre Aussagen gegenüber dem Parlament schon korrigieren mussten. Aber ich glaube, das wird so weitergehen, weil Sie sich zu Beginn dieser Affäre für die Salamtaktik entschieden haben und jetzt gar nicht mehr dort herauskommen. Sie werden sich immer und immer wieder korrigieren müssen, immer und immer wieder werden neue Dinge ans Licht kommen, zu denen Sie dann Stellung nehmen müssen.

Die Koalition von CDU und Grünen verteidigt diese Strategie dann auch noch ohne eigenes Unrechtsbewusstsein. Auch hier passt kein Blatt zwischen CDU und Grüne. Julia Höller und Gregor Golland haben in einer gemeinsamen Pressemitteilung festgestellt, sie seien überzeugt davon, der Justizminister habe nach Recht und Gesetz gehandelt. Meine Damen und Herren, das Problem ist, dass Verwaltungsgerichte in diesem Land das ganz anders sehen.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Das Verwaltungsgericht Münster hat zum Verfahren ein Urteil gesprochen. Ich nenne einfach einmal vier Wörter aus dem Urteil und aus der Begründung: fehlerhaft, unzulässig, manipulativ, rechtswidrig. – Noch nie in der Geschichte des Landes hat ein Justizminister eine solche Klatsche vor Gericht erlitten wie Benjamin Limbach.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Am 10. Oktober – so lange läuft das schon – hat der Ministerpräsident übrigens zu der Frage, ob Herr Limbach zurücktreten müsse, in einer Pressekonferenz gesagt – ich zitiere –: „Ich habe mir diese Frage bisher nicht stellen müssen.“ – Hat sich das eigentlich geändert, Herr Ministerpräsident? Haben Sie sich diese Frage stellen müssen? Oder wollen Sie vielleicht auch gar keinen Einfluss auf das Verfahren nehmen, ähnlich wie das der Justizminister auch nicht macht? Dann könnten Sie ganz im Sinne des Justizministers einfach einmal das Gespräch mit Herrn Limbach suchen und ihn bitten, seinen Verbleib im Amt zu überdenken. Damit die Menschen

Vertrauen in die Justiz haben können, muss sie über jeden Zweifel erhaben sein.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Das gilt auch für den Justizminister. Herr Limbach, ich sage in aller Deutlichkeit: Sie sind nicht mehr über jeden Zweifel erhaben. Sie sind falsch auf diesem Platz und in diesem Amt.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Meine Damen und Herren, Menschen, die sich etwas aufbauen wollen, die etwas erreichen wollen, verdienen unseren Respekt und unsere Unterstützung. Das gilt auch beim Eigentumserwerb. 80 % der Menschen in Deutschland wollen gerne in den eigenen vier Wänden leben, Deutschland ist allerdings bei der Wohneigentumsquote in Europa auf dem vorletzten Platz. Das zeigt, wie groß die Aufgabe ist.

Die Baukosten sind allein in den letzten zwei Jahren um rund 30 % gestiegen. Die Baugenehmigungen sind in den letzten Wochen und Monaten eingebrochen.

An welchen Hebeln setzt diese Landesregierung an? Wie wird der Haushalt 2024 genutzt, um den Menschen den Traum vom Eigenheim zu erfüllen und um gegen diese Kostensteigerungen anzuarbeiten? Da habe ich leider keine guten Nachrichten. Bei der Grundsteuer setzen Sie das teure Chaos fort, bei den Erschließungsbeiträgen verlängern Sie Fristen zugunsten der Kämmerer und zulasten der Menschen. Abwassergebühren werden teurer. Eine Kies-Steuer soll in dieser schwierigen wirtschaftlichen Lage neu eingeführt werden. Und das Förderprogramm Wohneigentum haben Sie mir nichts, dir nichts eingestampft.

Im ersten Jahr nach der Regierungsübernahme haben CDU und Grüne im Durchschnitt alle acht Wochen eine Entscheidung getroffen, die das Wohnen für Menschen in Nordrhein-Westfalen teurer macht. Mir wird angst und bange um den Rest der Legislaturperiode.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wer sich in diesem Land etwas aufbauen möchte, hat von dieser Koalition wirklich gar nichts zu erwarten. Hier wird nicht gebaut, hier werden Steine in den Weg gelegt. Darum machen wir Ihnen nach Jahren der Baukostensteigerung heute einen ganz konkreten Vorschlag für eine Trendwende: einen Gesetzentwurf und einen Haushaltsänderungsantrag zur Senkung der Grunderwerbsteuer auf 5 %. Man könnte damit die letzte Erhöhung von Januar 2015 wieder zurücknehmen.

Die Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer sind seitdem übrigens um 50 % gestiegen. Der Staat hat an den steigenden Immobilienpreisen kräftig mitverdient. Die Senkung der Steuer wäre ein Beitrag zur

Entlastung beim Immobilienerwerb für diejenigen, die noch Eigentümer werden wollen, wäre aber mittelbar auch eine Entlastung für Mieterinnen und Mieter. Es wäre ein Signal an die Baukonjunktur, von der mittelbar auch ganz viele andere Branchen profitieren könnten.

Dieses Land hätte den finanziellen Spielraum. Dieses Land muss den Menschen den Weg in die eigenen vier Wände leichter machen. Die Grunderwerbsteuer muss gesenkt werden.

(Beifall von der FDP)

Die Flüchtlingspolitik bleibt ein bestimmendes Thema. Ich habe es schon öfter gesagt und bleibe dabei: Das Problem sind nicht die Menschen, die zu uns kommen, sondern das Problem ist die Art und Weise, wie wir Flüchtlingspolitik organisieren. Und das gilt für alle politischen Ebenen.

Die Wahrheit ist: Seit 2015 hat sich substanziell in der deutschen Flüchtlingspolitik zu wenig geändert. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat gesagt: „Wir schaffen das“, hat aber nie gesagt, wie wir das eigentlich genau schaffen sollen.

Der Ministerpräsident hat sich im Jahr 2022 hier an diesem Pult in die Tradition von Frau Merkel gestellt, kurz vor der Verleihung des NRW-Staatspreises. Sie sagten an dieser Stelle auch: Wir schaffen das. – Und er steht damit eins zu eins in der Tradition von Frau Merkel, denn auch er hat seitdem die Frage nicht beantwortet, wie wir das eigentlich genau schaffen.

Ich halte es da mit dem ehemaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck. Er hat gesagt: Das Herz ist weit, die Aufnahmefähigkeit ist begrenzt. – Und daran müssen wir auf allen politischen Ebenen arbeiten, auch beim Land.

Das Land hatte mal rund 80.000 Plätze zur Unterbringung von Flüchtlingen. Jetzt haben Sie keine 35.000. Ich kann mich gut an die Debatten erinnern, in denen es immer hieß: Wir wollen keine Unterbringung in Turnhallen. Deshalb gibt es die Plätze nicht. – Ich habe eine Nachricht für Sie, meine Damen und Herren von CDU und Grünen: Die Turnhallen müssen dank Ihrer Politik jetzt trotzdem geschlossen werden. Sie haben es auf die Kommunen abgewälzt und lassen sie damit alleine.

(Beifall von der FDP und der SPD)

So viel zum Thema, das sei die kommunalfreundlichste Regierung aller Zeiten, Kollege Schick.

(Zuruf von Dr. Ralf Nolten [CDU])

In Rheinland-Pfalz braucht es vier Monate, um vor Gericht einen Widerspruch gegen einen Asylbescheid zu verhandeln, weil alle Verfahren auf ein Verwaltungsgericht konzentriert wurden. In Nordrhein-Westfalen sind es 21 Monate. Wir sollten aber im

besten Falle von anderen Bundesländern lernen – so ist zumindest der Föderalismus gedacht.

Dazu haben Sie aber keine Lust. Sie verschließen hier die Augen. Sie wälzen es auf die Kommunen ab. Sie zeigen nach Berlin. Das ist in diesem wichtigen Bereich Arbeitsverweigerung – schon so lange. Viele Forderungen übrigens, die wir im Plenum debattiert haben, die wir seitens der Freien Demokraten aufgestellt haben, sind übrigens unlängst von der Ministerpräsidentenkonferenz beschlossen worden – bis hin zum Thema „Bezahlkarte statt Bargeld“.

Die Koalition hat das hier im Hause brüsk abgelehnt, das sei eine Unverschämtheit. Kurze Zeit später taucht der Ministerpräsident in Berlin auf und fordert genau das. Wir haben schon öfter in der Politik darüber diskutiert: Wer ist eigentlich Koch, und wer ist Kellner? – Der Ministerpräsident mag ja die Kochschürze und auch die dazugehörige Mütze tragen; aber ich habe das Gefühl, Herr Wüst, das ist manchmal so wie in dem Film „Ratatouille“: Nur weil man die Kochmütze aufhat, heißt das noch lange nicht, dass man Herr der eigenen Worte und Handlungen ist.

(Beifall von der FDP)

Der Ministerpräsident fordert in Berlin, die Grünen bestimmen in Düsseldorf – das scheint das Geheimrezept für das geräuschlose Regieren zu sein.

(Beifall von der FDP)

Ich möchte zum Sport kommen. Sport ist unverzichtbar für die Gesundheit, aber auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, bindet ganz viel Ehrenamt, bildet gerade auch Kinder und Jugendliche aus, ein Teamgefühl zu entwickeln und zusammenzuarbeiten. Und da werden Bestleistungen erzielt.

Um eine Sportart richtig ausüben zu können, um sich da auch ausprobieren zu können, braucht es jedoch eine vernünftige Infrastruktur. Die Vorgängerregierung hat das Programm „Moderne Sportstätte 2022“ auf den Weg gebracht: 300 Millionen Euro Landesmittel, ergänzt durch Mittel der Kommunen und der Vereine. Damit konnten extrem viele Sportstätten wieder auf Vordermann gebracht werden.

Alle Akteure in der Sportfamilie halten das Programm für einen großen Erfolg, wollen eine Fortsetzung. Und das ist dringend notwendig, weil Trainingskapazitäten fehlen, weil neue Mitglieder von Vereinen zum Teil abgelehnt werden müssen. Die Landesregierung aber vertröstet die Vereine. Sie will das Programm noch evaluieren. Ich frage mich: Wie lange noch?

Wir machen Ihnen einen konkreten Vorschlag. Das Programm „Moderne Sportstätte 2022“ sollte im kommenden Jahr fortgesetzt werden. Das Land hätte den finanziellen Spielraum für den Sport.

Dieses Land muss mehr für die Sportfamilie in Nordrhein-Westfalen tun.

(Beifall von der FDP)

Die Kitas sind in dieser Debatte schon angesprochen worden. Dort wird das Fundament gelegt für eine erfolgreiche Bildungskarriere, für ein erfolgreiches Leben. Dort wird ganz wichtige Bildungs- und Erziehungsarbeit geleistet. Sie sind der Garant für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Die Herausforderungen sind vielfältig: Plätze müssen weiter ausgebaut werden, den Trägern fehlen Fachkräfte, Inflation, steigende Energiekosten, die Tarifabschlüsse – da ist eine solide Finanzierung dringend gefragt.

Die Koalition hat in diesem Jahr zahlreiche Warnungen ignoriert. Sie hat Probleme abgestritten, hat sich darin wiedergefunden, die Opposition zu beschimpfen. Jetzt wollen Sie springen, aber viel zu kurz, und Sie versuchen auch noch, das irgendwie mit einer roten Schleife zu garnieren. Herr Kollege Schick, diese Landesregierung gibt den Kitas nicht 550 Millionen Euro zusätzlich.

(Christian Dahm [SPD]: Das kann er nicht wissen!)

450 Millionen davon sind gesetzlich ohnehin vorgeschrieben. Sie mobilisieren aus 100 Milliarden Euro Haushalt 100 Millionen zusätzlich für die Kitas, und die Träger sagen, das reiche bis April. 22.000 Menschen sind der Meinung, Ihre Kitapolitik sei falsch und so gehe das nicht weiter, und Sie stellen sich hier hin und sagen: Alles wunderbar, alle sind dankbar für diese Mittel. – Ein Rendezvous mit der Realität täte Ihnen gut.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Es geht hier um die Zukunft unserer Kinder, der Kleinsten. Sie wollen eine Erhöhung der KiBiz-Pauschalen, Sie wollen die Sondermittel, die Pauschalen wollen Sie aber erst im August anheben. Wir machen Ihnen heute noch einmal einen anderen Vorschlag. Wir schlagen Ihnen vor: Erhöhen Sie die Pauschalen ab Januar. Tun Sie etwas für die Kleinsten im Land. Das Land hätte die Spielräume, mehr für die Kitas zu tun. Das Land muss mehr für die Kinder in diesem Land machen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wir haben morgen noch die Aktuelle Stunde zur aktuellen Bildungspolitik, aber auf das eine oder andere will ich jetzt schon einmal eingehen.

Die neuesten PISA-Ergebnisse dürfen uns nicht ruhen lassen. Das ist ein Weckruf. Die niedrigsten Werte wurden bei den Schülerinnen und Schülern in Deutschland gemessen, und zwar niedriger als jemals zuvor. Daran hängen große Fragen, und dazu

bräuchte es große Antworten. Aber die Landesregierung liefert auch hier nichts. Sie verheddert sich im Klein-Klein, es wird mit den Lehrerinnen und Lehrern über Versetzungen und über die Erschwerung von Teilzeit gestritten. Aber um den Kern des Problems wird ein großer Bogen gemacht. Da zeigt sich der Politikstil von Schwarz-Grün. Selbst beim landespolitischen Kernthema Bildung ist das Erste, was der Schulministerin nach den PISA-Ergebnissen einfiel, in Richtung Berlin zu zeigen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall bei der SPD – Jochen Ott [SPD]: So ist es!)

Sie haben eingefordert, es müsse beim Startchancen-Programm und beim Digitalpakt ganz schnell etwas passieren. Was Sie uns verheimlicht haben, ist: Was will diese Landesregierung eigentlich? Was wollen Sie denn eigentlich tun? Wie steht es eigentlich um Ihre Verantwortung? Das Startchancen-Programm ist für den Bund das, was die Talentschulen für Nordrhein-Westfalen sind. Wie wollen Sie eigentlich mit den Talentschulen in Nordrhein-Westfalen umgehen? Dazu habe ich nichts gehört. Wie wollen Sie eigentlich mit dem auslaufenden Schulkonsens umgehen? Dazu hört man von der CDU und den Grünen nichts. Ich teile ganz viele bildungspolitische Ideen von Jochen Ott nicht, aber zumindest über einen NRW-Pakt Bildung zu sprechen, würde sich doch lohnen.

(Zuruf von Jochen Ott [SPD])

Aber allein dieser Gedanke, allein dieser Vorschlag hat die Koalition schon in Wallung gebracht. Da wurde mit dem Vorwurf reagiert, hier solle ein Schulkrieg angezettelt werden.

Meine Damen und Herren von CDU und Grünen, wer so redet, der hat Angst vor einer politischen Debatte und vor der eigenen Ideenlosigkeit in diesem wichtigen Feld.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Auch hier empfehle ich ein Rendezvous mit der Realität. In den nächsten zehn Jahren gehen über 10.000 Lehrkräfte in Pension. Wir haben allein in diesem Jahr 800 Kündigungen von aus dem Schuldienst ausgeschiedenen Lehrkräften gesehen. Und da stellt sich der Kollege Schick hier hin und sagt: Mit diesem Haushalt machen wir die Schulklassen kleiner.

(Heiterkeit von der SPD)

Fragen Sie mal die Menschen vor Ort, wie groß die Chance ist, dass Sie das wirklich schaffen. Die Wahrheit ist: Es geht bei dieser Regierung um die Reduzierung von Ausfall, und so wünschenswert es wäre, kleinere Klassen wird diese Landesregierung nicht erreichen, schon gar nicht mit dieser Ideenlosigkeit.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Obwohl uns so viele Lehrkräfte fehlen, scheitern Sie ja schon bei der technischen Ausstattung der vorhandenen Lehrkräfte. Raus aus der Kreidezeit, Nutzung der Chancen der digitalen Bildung – unser Antrag soll das heute noch einmal sicherstellen, damit auch wirklich alle Lehrkräfte die bestmögliche Ausstattung haben, um ihren Job zu machen. Das Land hätte für bessere digitale Bildung die finanziellen Spielräume, und das Land muss die Schulen bestmöglich ausstatten. Es ist eine politische Entscheidung von CDU und Grünen, das nicht zu tun.

Es ist übrigens auch eine politische Entscheidung dieser Koalition, eine wichtige Chance zu verpassen, die Erinnerungskultur in diesem Land zu erhalten und weiterzuentwickeln. Wir haben in den letzten Wochen und Monaten bei Demonstrationen und im Netz offenen Antisemitismus gesehen. Umfragen und Studien zeigen, wie groß die Aufgabe dort ist.

Ein wichtiger Baustein, dagegen etwas zu tun – davon bin ich zutiefst überzeugt –, sind Schulfahrten zu KZ-Gedenkstätten. Im Jahr 2022 gab es 255 vom Land geförderte Fahrten. Mich stellt das nicht zufrieden. Wir beantragen darum heute, die zur Verfügung stehenden Mittel im Sinne weiterer Fahrten zu KZ-Gedenkstätten um ein Drittel, um eine Million Euro, zu erhöhen. Dieses Land hat die finanziellen Spielräume, mehr für die Erinnerungskultur zu tun. Wir sollten alles dafür tun, dass jeder Schüler, der in Nordrhein-Westfalen die Schule verlässt, vor dem Abschluss eine Gedenkstätte besucht hat.

(Beifall von der FDP und der SPD)

NRW wird weiterhin eigentlich nicht regiert, es wird repräsentiert. Das gehört dazu, aber die Anteile sollten Sie noch einmal überdenken. Es gibt viele schöne Bilder, aber wenig Substanz. Sie loben sich immerhin noch selbst für geräuschloses Regieren, aber mit welchem Ergebnis? Kürzungen bei der Kultur, Krankenhäusern droht die Pleitewelle, Kitas droht das Aus, Kommunen werden bei der Flüchtlingspolitik im Stich gelassen, Altschuldenlösungen für die Kommunen werden präsentiert, aber noch schneller wieder kassiert. NRW wird unsicherer, und das Vertrauen in die Justiz schwindet.

An einer Stelle geht es in diesem Land nach oben, und das sind die Beliebtheitswerte des Ministerpräsidenten, und darum lässt er den Rest so laufen.

Föderalismus ist aber als Wettbewerb um die beste Idee und nicht als jahrelange Kampagne für eine Kanzlerkandidatur gedacht.

Über Hannelore Kraft stand mal die Überschrift „Sie will: nichts“ in der Zeitung. Es war nach dieser Pressekonzferenz, die dem einen oder anderen noch in Erinnerung ist, wo ein Zettel nicht gefunden werden konnte. In der Zeile drunter stand: „Wie sie sich klein macht – und Politik verweigert.“ So eine Überschrift würde Hendrik Wüst natürlich nicht passieren. Dafür

ist er zu gut vorbereitet. Er macht sich ja auch nicht klein. Aber Sie verweigern sich weiterhin der Politik und den Debatten hier im Haus, Herr Ministerpräsident. Sie gehen dem aus dem Weg. Sie nehmen ja schon die Redezeiten der Landesregierung nach Ihren eigenen Unterrichtungen nicht in Anspruch, sondern nutzen das hier als eine Art „Notarvorlesestunde“. Sie setzen voll auf die Repräsentation und auf die Wohlfühltermine.

Hohe Beliebtheitswerte nutzen einer Person im Land, die Politik, die hier gemacht wird, muss aber allen Menschen im Land nutzen. Darum braucht es dringend eine Korrektur dieser schwarz-grünen Politik.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Aus Ihren Wohlfühlterminen und aus den schönen Bildern kann keine Zukunft für 18 Millionen Menschen in diesem Land entstehen. Diese Koalition mag geräuschlos sein, sie ist aber vor allen Dingen ideenlos und mutlos. Dieses Land hat mehr als das verdient.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Herr Kollege Höne. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt ihre Vorsitzende Schäffer.

Verena Schäffer* (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Kinderchor der Yitzhak-Rabin-Grundschule in Düsseldorf hat uns beim Chanukkafest am Montagabend im Landtag alle sehr berührt – dieses Leuchten in den Augen der Kinder, dieser Stolz und dieses Selbstbewusstsein, mit dem sie uns auf das Entzünden der Chanukkakerzen eingestimmt haben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, genau für sie machen wir doch Politik: für Kinder und Jugendliche, für eine gute Zukunft in Demokratie und Freiheit für sie.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Ich spreche gerne mit jungen Menschen und bin immer wieder beeindruckt von ihren Plänen für ihre Zukunft. Sie wollen eine Zukunft in Frieden, eine lebenswerte Zukunft auf einem gesunden Planeten, in einer gerechten und diskriminierungsfreien Gesellschaft, und sie wollen diese Zukunft mitgestalten.

Wir alle wissen: Die Zeiten sind schwierig und von Krisen geprägt. Aber trotzdem tun wir alles dafür, dass diese Zukunftspläne wahr werden können. Noch mehr: Gerade weil die Zeiten schwierig sind, tun wir alles dafür, damit diese Zukunftspläne wahr werden können. Als schwarz-grüne Koalition arbeiten wir an einer gerechten, gesunden und friedlichen Zukunft für alle Menschen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Es ist unsere Verantwortung als Politikerinnen und Politiker, die Herausforderungen unserer Zeit anzunehmen und an Lösungen zu arbeiten. In dieser schwierigen Haushaltsslage sind die Kleinsten unsere größte Priorität. Deshalb erhöhen wir die Mittel für Schulen und Kitas. Wir investieren weiterhin in den Klimaschutz, um unsere Lebensgrundlagen und die unserer Kinder zu erhalten. Wir sorgen mit den höchsten Einstellungszahlen bei der Polizei für Sicherheit. Wir kämpfen für mehr Gerechtigkeit und für bezahlbare Mobilität.

Wir werden auch das Wahlalter auf 16 Jahre senken, denn junge Menschen wollen sich politisch einbringen, und wir wollen ihnen die Möglichkeiten dafür geben. Junge Menschen haben eine überdurchschnittlich positive Einstellung zur Demokratie. Mir macht das Mut –

(Beifall von Matthias Kerkhoff [CDU] und Thorsten Schick [CDU])

Mut in einer Zeit, in der demokratische Staaten brutal überfallen werden, in der rechtsextreme und antidemokratische Kräfte Hass und Hetze verbreiten und weltweit an Zustimmung gewinnen.

„Wehret den Anfängen!“, haben wir immer gesagt. Doch die Anfänge liegen bereits hinter uns. Unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat zu verteidigen, die Menschenwürde als Leitbild jedes politischen Handelns, die Freiheit auch für zukünftige Generationen zu erhalten – darum geht es in diesen Zeiten.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Deshalb bin ich auch dankbar dafür, dass wir heute über diesen Haushalt streiten dürfen. Denn das macht Demokratie und Freiheit aus. Deshalb muss ich auch gar nicht alles teilen, was Herr Ott oder Herr Höne hier sagen. Das Ringen um Lösungen – darum geht es in einer Demokratie. Dieser Haushalt stellt in schwierigen Zeiten eine stabile Grundlage für Lösungen dar.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Die Menschenwürde zu schützen, bedeutet, dass wir Hass gegen Minderheiten niemals zulassen dürfen. Wir wissen aber: Dieser Hass ist da. Er macht sich in Form von verletzenden Worten, von Diskriminierung und Benachteiligung bis hin zu Gewalt breit. Dass Jüdinnen und Juden in Deutschland Angst haben müssen, ist zutiefst beschämend. Wir erhöhen deshalb die Mittel für Sicherheitsmaßnahmen an jüdischen Einrichtungen.

Bauliche Maßnahmen und Sicherheitspersonal sind wichtig, unser Ziel ist es aber, dass Jüdinnen und Juden an jedem Tag und an jedem Ort in Nordrhein-Westfalen sicher sind. Deshalb stärken wir die Maßnahmen zur Antisemitismusprävention.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Mich bedrückt es sehr, wenn mir jüdische Gemeinden berichten, dass Eltern in den Tagen nach dem terroristischen Angriff der Hamas auf Israel Sorge hatten, ihre Kinder zur Schule zu schicken. Die Kinder der Yitzhak-Rabin-Grundschule sollen ohne Diskriminierung und Anfeindungen in Deutschland aufwachsen können. Muslimische Kinder und alle Kinder in Deutschland sollen ohne Diskriminierung und Anfeindungen aufwachsen können. Auch deshalb bereitet mir die deutliche Zunahme von antimuslimischem Rassismus große Sorgen. Wir verstärken die Mittel für die Beratungsstelle SABRA und für die schulische Bildung. Wir legen ein neues Programm der politischen Bildungsarbeit für die Auseinandersetzung mit Antisemitismus und Rassismus auf.

Auch wenn wir hier den Fokus auf junge Menschen legen, wissen wir alle, dass menschenfeindliche Einstellungen in der gesamten Gesellschaft, aller Milieus und aller Altersgruppen ein Problem sind. Ein Angriff auf Angehörige einer Minderheit ist immer auch ein Angriff auf unsere Demokratie, auf unsere gesamte Gesellschaft. Deshalb sind wir alle immer gefordert, uns Antisemitismus, Rassismus, Hass und Hetze entgegenzustellen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU –
einzeln Beifall von SPD und FDP)

Kitas und Schulen sind wichtige Orte unserer Demokratie – Orte, an denen jedes Kind, jede und jeder Jugendliche sich sicher fühlen, gehört und gesehen werden sollte; Orte, an denen Werte von Freiheit und Demokratie vermittelt werden; Orte, an denen Demokratie und Mitbestimmung gelebt werden.

Damit diese Orte für unsere Kinder und Jugendlichen gestärkt werden, haben wir, die schwarz-grüne Koalition, schon bei der Haushaltsaufstellung eine wichtige Grundsatzentscheidung getroffen. Alle Ressorts müssen aufgrund der schwierigen Haushaltsslage sparen. Den Schuletat haben wir bewusst ausgenommen, außerdem wird der Bereich der frühkindlichen Bildung um 550 Millionen Euro aufwachsen.

(Marcel Hafke [FDP]: Keine eigene Leistung!)

Ich bin überzeugt davon, dass das die richtige Entscheidung war, auch – das gehört zur Wahrheit dazu – wenn es zulasten aller anderen Etats geht.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP] – Gegenruf von
Tim Achtermeyer [GRÜNE])

Denn Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Zukunft, in die Bildungschancen der künftigen Generationen, in die Chancen unserer Kinder und Jugendlichen, ihr Leben und die Welt selbstbestimmt nach ihren Vorstellungen gestalten zu können.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Dabei kommt es auf den Anfang an. Die gute Arbeit der Fachkräfte in den Kitas ist entscheidend dafür, dass Kinder gerechte Bildungschancen bekommen

und ihren Weg in unserer Gesellschaft gehen können. Ich bin deshalb froh, dass wir die Sprach-Kitas in die Landesförderung übernehmen und absichern konnten, dass wir das Programm der Kita-Alltagshelferinnen und -helfer verstetigen konnten.

Mir ist aber auch bewusst, wie schwierig die finanzielle Situation für die Kita-Träger ist. Deshalb ist es gut, dass über die Dynamisierung zum neuen Kita-Jahr die Pauschalen um rund 10 % ansteigen werden. Um bis dahin die finanziellen Auswirkungen des Tarifabschlusses abzufedern, haben wir in einem Kraftakt für die freien Träger eine Überbrückungshilfe von 100 Millionen Euro auf den Weg gebracht.

Trotzdem bleiben die Herausforderungen im Bereich der Kitas groß. Wir brauchen starke Kitas. Die Kitas entlasten nicht nur berufstätige Eltern und leisten damit einen entscheidenden Beitrag zur Gleichberechtigung, vor allem sind sie eine wichtige Bildungsinstitution, die den Grundstein für gelingende Bildungsbiografien legt. Die frühkindliche Bildung ist für unsere schwarz-grüne Koalition ein zentrales Anliegen. Wir wollen den Kleinsten die größten Startmöglichkeiten geben.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Den Schuletat haben wir nicht nur von Kürzungen ausgenommen, wir haben auch noch draufgelegt. Insgesamt wächst der Etat des Schulministeriums um über 400 Millionen Euro an. Wir stellen zusätzliche Mittel für 38.000 neue Plätze im Offenen Ganztag zur Verfügung. Die Landesregierung arbeitet an dem Rahmen zur Umsetzung des Rechtsanspruchs. Wir holen den Ganztag endlich aus dem Projektcharakter heraus, weil wir ihn als echte Chance für ganzheitliche Bildung sehen.

Wir erkennen die großen Herausforderungen im Offenen Ganztag an – Herausforderungen, die für die Träger aufgrund der hohen Tarifabschlüsse entstehen; Herausforderungen für Land und Kommunen, mehr OGS-Plätze schaffen zu müssen. Wir sehen vor allen Dingen auch die Eltern, die aktuell um einen OGS-Platz bangen. So wie bei den Kitas geht es nämlich auch hier um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zumindest um eine vielleicht bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Aus Sicht der Wirtschaft geht es auch um Fachkräfte; es geht auch darum, dass Eltern arbeiten gehen können. Wir sehen aber vor allem – und das ist wichtig – die große Chance für unsere Kinder, denn die OGS bietet Bildung, Erziehung und Betreuung.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Als Land sind wir verlässlicher Partner für die Kommunen. Wir werden die Kommunen selbstverständlich auch weiterhin bei der Umsetzung der Inklusion unterstützen und stellen deshalb 77 Millionen Euro für die Inklusionspauschale zur Verfügung. Schulische Inklusion

ist kein Nice-to-have; es ist ein Recht, es ist ein Menschenrecht, das Kinder mit einer Behinderung haben. Sie müssen die Freiheit haben, in der Regelschule mit ihren Nachbarskindern zu lernen. Inklusion ist ein Menschenrecht, und sie ist eine Bereicherung an unseren Schulen und in unserer gesamten Gesellschaft.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Uns allen ist klar – und das habe ich in meiner Rede ja auch schon gesagt –: Die Herausforderungen an unseren Schulen und in den Kitas sind groß. Deshalb klingt die Forderung der SPD-Fraktion nach einem Landessondervermögen „Schule“ und nach Investitionspaketen im ersten Moment sehr verlockend. In die Zukunft unserer Kinder investieren – dieses Ziel teilen wir.

Wer könnte etwas dagegen haben? Na ja, das Verfassungsgericht könnte etwas dagegen haben, wenn das Sondervermögen schuldenfinanziert wäre, denn die Schuldenbremse des Bundes im Grundgesetz gilt auch in Nordrhein-Westfalen. Trotz aller Diskussionen über eine Reform, für die ich große Sympathien habe: Bisher ist die Schuldenbremse nicht geändert, sie gilt – und das weiß auch Herr Ott, das weiß auch die SPD-Fraktion.

(Zuruf von der CDU: Die vergessen es aber immer!)

Deshalb schlagen Sie jetzt andere Finanzierungswege vor.

(Christian Dahm [SPD]: War nicht schlecht, oder?)

Zuerst haben Sie ein Landessondervermögen „Schule“ vorgeschlagen, finanziert über Steuermehreinnahmen bei der Erbschaftsteuer. Das ist wohlgehemmt eine Steuer, über deren Höhe auf Bundesebene entschieden wird und nicht hier im Landtag von Nordrhein-Westfalen.

Auch wenn Sie uns Grüne bei einer Reform durchaus an Ihrer Seite hätten – Fakt ist: Auf Bundesebene, im Deutschen Bundestag gibt es aktuell keine Mehrheit. Das wissen Sie auch. Das ist also eine Sackgasse. Mit Ihrer ersten Forderung kommen Sie nicht weiter.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU – Jochen Ott [SPD]: Das ist nur nicht Bestandteil der Haushaltsdebatte!)

Deshalb hat die SPD-Fraktion am Montag einen anderen Weg eingeschlagen – um damit direkt wieder in einer Sackgasse zu landen. Sie wollen jetzt Investitionspakete, finanziert über die Konjunkturkomponente der Schuldenbremse. Das klingt auf den ersten Blick gut, auf den zweiten Blick entpuppt sich aber leider auch das als haushaltspolitischer Rohrkrepierer. Sie stecken in der nächsten Sackgasse fest, denn anders als bei einem krisenbedingten Sonder-

vermögen müssten diese Kredite in einem relativ kurzen Zeitraum wieder ausgeglichen werden.

(Christian Dahm [SPD]: Das stimmt! Da hat sie recht!)

– Da habe ich recht. Vielen Dank für die Bestätigung, Christian Dahm. – Mit dieser Forderung lässt es sich also für den kurzen Moment sehr gut leben, aber eben nur kurz,

(Zurufe von Jochen Ott [SPD] und Christian Dahm [SPD])

denn danach sind die Handlungsspielräume noch viel, viel enger.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Dann können Sie keine Investitionen mehr in Kitas und in Schulen machen – und das ist genau das Problem.

(Zuruf von Jochen Ott [SPD])

Das ist nicht die Art, wie wir Haushaltspolitik machen. Wir setzen Prioritäten in einer schwierigen Haushaltssituation. Das bedeutet Einsparungen an anderen Stellen, die schmerzhaft sind.

(Jochen Ott [SPD]: Das bedeutet, dass die Träger pleitegehen, genau!)

Ja, das sind und das waren schmerzhaft und schwierige Diskussionen, die uns Abgeordnete in den Regierungsfractionen viel abverlangt haben. Aber wir agieren vorausschauend. Wir versprechen den Menschen eben nicht das Blaue vom Himmel. Als Oppositionsführer mag man sich die Dinge vielleicht einfach machen, getreu nach dem Motto: Ich mache mir die Welt, wie sie mir gefällt. – Aber das ist nicht unsere Art von Haushaltspolitik.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

In diesen Tagen diskutieren wir alle viel über die Auswirkungen der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Klima- und Transformationsfonds.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Ich will aber zunächst an eine andere Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus dem März 2021 erinnern. Das Bundesverfassungsgericht hat uns aufgegeben, das Klima zu schützen und natürliche Lebensgrundlagen zu erhalten, um die Freiheit für zukünftige Generationen zu sichern. Jede heute verpasste Maßnahme zur Eindämmung der Klimakrise bedeutet einen radikaleren Eingriff in die Freiheit künftiger Generationen. Klimaschutz ist kein Trend und kein Lifestyle. Wir investieren in den Klimaschutz, um die Lebensgrundlagen und die Freiheit unserer Kinder und Enkel zu schützen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Schon heute spüren wir die Auswirkungen der Klimakrise sehr deutlich: Hochwasser, Hitze, Waldbrände. Deshalb treiben wir als schwarz-grüne Koalition Klimaschutz und Energiewende voran. Deshalb machen wir Nordrhein-Westfalen zur ersten klimaneutralen Industrieregion Europas; denn die Transformation der Wirtschaft ist ein wesentlicher Baustein des Klimaschutzes.

Dazu arbeitet unsere Koalition am Energiesystem der Zukunft: Wir steigen 2030 aus der Kohle aus. Wir haben den pauschalen 1.000-m-Abstand abgeschafft. Wir beschleunigen den Ausbau der Windenergie, wir bauen die Solarenergie aus, und wir nehmen die Menschen dabei mit. Mit unserem Bürgerenergiegesetz beteiligen wir Menschen und Kommunen unmittelbar finanziell am Ausbau der erneuerbaren Energien. So schaffen wir Akzeptanz, und so sorgen wir für eine sichere, bezahlbare und zukünftig klimaneutrale Energieversorgung.

Durch die größte Einzelförderung in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen in Höhe von bis zu 700 Millionen Euro sorgen wir dafür, dass CO₂-armer Stahl ab 2026 aus Duisburg kommt. Es ist gut, dass diese Investition trotz des Urteils zum Klima- und Transformationsfonds gesichert ist.

Auch wenn es jetzt eine Lösung zum Bundeshaushalt gibt, befürchte ich weiterhin Auswirkungen auf wichtige Investitionen in die Zukunft unserer Wirtschaft aufgrund des Urteils zum Klima- und Transformationsfonds, gerade hier in unserem Industrieland Nordrhein-Westfalen. Deshalb gehört zu der Debatte in Berlin auch die Frage, woher der Staat in Zukunft die finanziellen Spielräume für Investitionen nehmen soll; denn wenn wir nicht investieren, dann wächst der Schuldenberg trotzdem.

Was könnten wir nachfolgenden Generationen Schlechteres hinterlassen als ein kaputtes Klima, als bröckelnde Brücken und eine marode Infrastruktur, als eine abgehangene Wirtschaft? Es braucht eine Lösung im Grundgesetz, um Investitionen in den Klimaschutz gerade in Krisenzeiten zu ermöglichen, um die Zukunft und Freiheit zukünftiger Generationen zu sichern.

(Beifall von den GRÜNEN)

Unsere schwarz-grüne Koalition sorgt dafür, dass Nordrhein-Westfalen Industrieland bleibt. Wir sichern Arbeitsplätze von Industrie bis Handwerk. Wir sichern Wohlstand für unsere Kinder und ihre Kinder. Dieser neue Wohlstand ist aus meiner Sicht ein anderer als der früherer Generationen; denn es kann nicht immer so weitergehen wie bisher, also: immer noch schneller, höher, weiter. Das hat uns erst dort hin gebracht, wo wir gerade stehen. Der neue Wohlstand darf nicht auf Kosten anderer Regionen dieser Welt oder zukünftiger Generationen gehen.

Der neue Wohlstand bedeutet für mich soziale Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt, öffentliche Daseinsvorsorge und den Schutz unserer natürlichen Ressourcen, eine starke und lebendige Demokratie und vor allem ein Leben in Freiheit und Frieden. Ich finde, dafür lohnt es sich zu kämpfen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Neben der Klimakrise bedroht der hohe Verlust an Artenvielfalt unsere Lebensgrundlagen auf diesem Planeten. Wir von der schwarz-grünen Koalition werden beide ökologischen Krisen entschieden bekämpfen. Wir erhöhen daher im Haushalt 2024 die Mittel für den Naturschutz.

Wir sichern die Biologischen Stationen ab, die vor Ort einen unverzichtbaren Beitrag zum Artenschutz leisten. Die Biologischen Stationen stehen exemplarisch für das großartige ehrenamtliche Engagement, das viele, viele Menschen in unserem Land täglich leisten. Bei den Biologischen Stationen kommen ehren- und hauptamtliche Kräfte zusammen, um sich für unser Gemeinwohl und für den Natur- und Artenschutz einzusetzen. Sie tun das auch durch ihren wichtigen Beitrag zur Naturschutzbildung, bei der große und kleine Menschen für den Naturschutz begeistert werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vor einigen Wochen waren wir mit einigen Abgeordneten von CDU und Grünen gemeinsam im Nationalpark Eifel wandern. Ich finde ja, dass der Nationalpark Eifel eines der schönsten Fleckchen Erde in Nordrhein-Westfalen ist.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Ich sehe schon, der Nationalpark Eifel hat noch mehr Fans. Ich kann nur sehr empfehlen, dort wandern zu gehen. Es ist einfach faszinierend, wie sich die Natur entwickelt, wenn wir Menschen sie einfach mal in Ruhe lassen. Dieser Ort zeigt, dass wir der Natur wieder mehr Raum geben müssen: Raum, sich zu entfalten, Raum wie im Nationalpark Eifel, der nicht nur für die Artenvielfalt, sondern auch für den Tourismus vor Ort eine Erfolgsgeschichte ist. Deshalb haben wir uns auf den Weg gemacht, diese Erfolgsgeschichte weiterzuschreiben und die Kommunen und die Menschen vor Ort für einen zweiten Nationalpark zu gewinnen.

(Christian Dahm [SPD]: Jetzt bin ich gespannt!)

Wir treten dem Verlust an Biodiversität entschlossen entgegen. Wir kämpfen entschlossen gegen das Artensterben an. Wir tragen nicht nur Verantwortung für unsere Mitmenschen und für zukünftige Generationen. Wir tragen auch Verantwortung für unsere Natur.

(Beifall von den GRÜNEN)

Unsere Natur wird auch durch kriminelles Handeln bedroht. Umweltkriminalität ist weltweit gesehen das drittgrößte Kriminalitätsfeld. Nur wenige Straftaten der Umweltkriminalität werden überhaupt aufgedeckt. Verschmutzte Flüsse oder illegal gehandelte Tiere können selbst keine Anzeige stellen. Es ist unsere Aufgabe, ihre Anwälte zu sein.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Deshalb haben wir die Zentralstelle für die Verfolgung der Umweltkriminalität eingerichtet. Selbstverständlich werden wir dafür auch zukünftig die Mittel zur Verfügung stellen. Uns ist die Bekämpfung der Umweltkriminalität wichtig, denn ein starker Rechtsstaat zeichnet sich dadurch aus, dass er diejenigen schützt, die sich selbst nicht schützen können. Die schwarz-grüne Koalition in Nordrhein-Westfalen steht genau für diesen starken Rechtsstaat.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Wir investieren in die Justiz, und wir investieren in die Polizei. Das sind gute Investitionen in die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Lieber Henning Höne, diesen plumpen Populismus zum Thema „Sicherheit“ – ganz ehrlich – nimmt Ihnen doch hier in Nordrhein-Westfalen wirklich niemand ab.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Widerspruch von der FDP)

Wir haben im Jahr 2023 so viele Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter eingestellt wie noch nie,

(Henning Höne [FDP]: Ohne Ausstattung!)

und wir werden die hohen Einstellungszahlen auch im nächsten Jahr fortsetzen. Die Anzahl der Polizeibeamtinnen und -beamten wächst im nächsten Jahr weiter auf, und zwar trotz der hohen Pensionierungswelle, die wir bei der Polizei haben.

(Henning Höne [FDP]: Was ist mit der Ausstattung?)

Der Personalkörper der Polizei wächst an, eben weil wir so viel einstellen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Wir sorgen gleichzeitig dafür, dass die Qualität der Aus- und Fortbildung hoch bleibt.

(Zuruf: Nein!)

– Doch, wir sorgen dafür, dass die Qualität der Aus- und Fortbildung bei der Polizei hoch bleibt, denn insbesondere unsere gut ausgebildete, bürgerorientierte, rechtsstaatliche und professionelle Polizei ist ein Garant für den Schutz unseres demokratischen Rechtsstaats.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Sehr viele Menschen vertrauen unserer Polizei, und auch ich habe ein sehr tiefes Vertrauen in das rechtsstaatliche Handeln unserer Polizei. Doch wir alle wissen: Wo Menschen arbeiten, wo oft in Sekundenschnelle folgenreiche Entscheidungen getroffen werden müssen, können auch Fehler passieren. Eine gesunde Fehlerkultur ist wichtig, um die Arbeit der Polizei weiter zu verbessern.

Die Bürgerinnen und Bürger müssen die Möglichkeit haben, sich bei Anliegen zur Arbeit der Polizei an eine unabhängige Stelle wenden zu können. Polizeibeamtinnen und -beamte sollen zugleich weiterhin die Möglichkeit haben, sich vertrauensvoll an die oder den Polizeibeauftragten zu wenden. Deshalb schaffen wir in diesem Haushalt die Voraussetzungen für die Einrichtung der Stelle eines oder einer Polizeibeauftragten, damit diese Person möglichst schnell loslegen kann, sobald das Gesetz beschlossen ist.

Ich bin überzeugt davon, dass die Polizei von dieser Stelle, von dieser oder diesem unabhängigen Polizeibeauftragten profitieren wird. Ich bin überzeugt davon, dass diese Stelle dazu beitragen wird, dass das Vertrauen in polizeiliches Handeln weiter gestärkt wird. Damit steigern wir auch das Vertrauen in staatliche Institutionen insgesamt, und das sollte unser gemeinsames Interesse als Demokratinnen und Demokraten sein.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Die Bekämpfung der Kriminalität ist immer auch eine Frage der Gerechtigkeit. Es ist nämlich die Frage, ob Straftaten aufgedeckt und verfolgt werden. Es ist insbesondere eine Frage der Gerechtigkeit, wenn Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen ihre Steuern zahlen und sich damit an der Finanzierung öffentlicher Leistungen beteiligen und andere vorsätzlich Steuern hinterziehen. Jedes Jahr entgehen dem Staat bundesweit durch organisierten Steuerbetrug rund 100 Milliarden Euro. Die Menschen müssen sich darauf verlassen können, dass der Staat alles dafür tut, Steuergerechtigkeit herzustellen, und das tun wir.

Im März dieses Jahres hat die schwarz-grüne Koalition eine neue Behörde im Kampf gegen Steuerkriminalität auf den Weg gebracht: das Landesamt zur Bekämpfung der Finanzkriminalität. Diese Behörde nimmt zum 01.01.2024 ihre Arbeit hier in Düsseldorf auf. Wir stärken mit diesem Landesamt den Kampf gegen das organisierte Verbrechen. Wir bauen die bundesweite Vorreiterrolle Nordrhein-Westfalens im Kampf gegen Finanzkriminalität weiter aus und sorgen auch damit für mehr Gerechtigkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Insbesondere unsere Kinder und Jugendlichen haben ein sehr gutes Gespür für Gerechtigkeit und auch dafür, wenn es nicht gerecht zugeht: wenn der Weihnachtsmann oder das Christkind unter den

einen Weihnachtsbaum mehr Geschenke legt als unter den anderen Weihnachtsbaum. Viele Mütter und Väter verzweifeln gerade, weil sie ihren Töchtern und Söhnen auch nicht nur einen Wunsch auf dem Wunschzettel erfüllen können, weil das Geld gerade so für die Miete reicht, weil ihnen schon die kalten Füße Sorgen machen, weil neue Winterstiefel gerade einfach nicht drin sind.

Deshalb brauchen wir in der aktuellen Zeit mehr Solidarität, um gemeinsam gut durch diese schwierige Lage zu kommen. Deshalb haben wir in diesem Jahr beim Sondervermögen zur Krisenbewältigung einen Schwerpunkt auf die Unterstützung der sozialen Infrastruktur gelegt. Wir haben die Kitas, die Tafeln, die Beratungsstellen und Frauenhäuser unterstützt, weil wir sehen, dass diese Einrichtungen gerade jetzt viel auffangen.

(Zuruf von Elisabeth Müller-Witt [SPD])

Wir wissen, dass das für die Träger nicht ausreichend ist, um alle gestiegenen Kosten abzufedern, insbesondere die Personalkosten. Wir alle hier wissen aber auch, wie angespannt die Haushaltslage des Landes aktuell ist und dass Umschichtungen bedeuten, dass wir an anderen Stellen kürzen müssen. Wer mehr fordert, muss auch sagen, wo dieses Mehr herkommen soll. Diese Ehrlichkeit habe ich in den letzten Wochen, ehrlich gesagt, bei den Debatten hier im Landtag oft vermisst.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Wir unterstützen auch in dieser schwierigen Haushaltslage dort, wo die Not besonders groß ist. Wir unterstützen Menschen, die keine eigene Wohnung haben und auf der Straße leben. In diesem Winter stellen wir insgesamt 900.000 Euro zum Schutz vor Kälte zur Verfügung.

(Zuruf von Lena Teschlade [SPD])

Wir schließen uns dem Ziel der Europäischen Union an, Wohnungslosigkeit bis spätestens 2030 zu beseitigen, und wir gehen deshalb mit Konzepten wie Housing First voran.

Doch Wohnen ist nicht nur für Menschen, die ihre Wohnung verloren haben, ein zentrales Problem; die Sorge vor hohen Mieten, die Befürchtung, bei einer Kündigung nicht mehr in der eigenen Nachbarschaft wohnen bleiben zu können, ist längst zu einer der sozialen Fragen unserer Zeit geworden. Wir brauchen mehr preisgebundenen, preiswerten Wohnraum. Deswegen investieren wir 1,7 Milliarden Euro in die Wohnraumförderung, und wir kaufen Belegungsrechte.

Auch Mobilität ist eine Frage der Teilhabe in unserer Gesellschaft. Das Deutschlandticket ist aus Klimagründen, aber auch aus sozialen Gründen ein Erfolgsmodell. Trotz der schwierigen Haushaltslage

haben wir den Landesanteil im Haushalt 2024 gesichert.

Mit dem DeutschlandTicket Sozial in NRW, dem Ticket für Schülerinnen und Schüler, und dem neuen Semesterticket schaffen wir kostengünstige Varianten gezielt für Menschen mit einem geringen oder mit gar keinem Einkommen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Damit stärken wir auch den sozialen Zusammenhalt in Nordrhein-Westfalen. Denn eine starke demokratische Gesellschaft muss insbesondere diejenigen im Blick haben, die nicht die größte Lobby und nicht die Kraft und die Ressourcen haben, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen.

Ein Leben in Selbstbestimmung und Würde muss für alle Menschen möglich sein. Das ist der Anspruch in einer Demokratie, und für die schwarz-grüne Koalition ist und bleibt das ein wichtiges Anliegen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Wie unschätzbar wertvoll Demokratie, Frieden und Freiheit sind, können uns viele Menschen berichten, die bei uns Schutz vor Krieg, Gewalt und Verfolgung suchen; Menschen aus der Ukraine, aus Syrien oder aus Afghanistan. Die Menschen begeben sich nicht leichtfertig auf zum Teil lebensgefährliche Fluchtwege. Niemand verlässt sein Zuhause ohne Grund. Wir können uns die Grausamkeiten und die Gefahren kaum vorstellen, denen diese Menschen zu entfliehen versuchen.

Wir können uns glücklich schätzen, dass wir in einem demokratischen Rechtsstaat und in Sicherheit leben dürfen. Das individuelle Grundrecht auf Asyl ist Teil unserer historischen Verantwortung aus den Verbrechen des Nationalsozialismus. Das Grundrecht auf Asyl ist deshalb unzertrennlich mit den im Grundgesetz verankerten demokratischen Werten verbunden, und wir werden dieses Grundrecht weiterhin verteidigen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir wissen um die großen Herausforderungen in den Kommunen. Die Kommunen leisten aktuell wieder Großartiges bei der Unterbringung und der Integration von Geflüchteten, und deshalb unterstützen wir sie. Wir bauen die Unterbringungskapazitäten des Landes weiter aus, und wir unterstützen die Kommunen allein in diesem Jahr mit rund 1 Milliarde Euro für den Aufbau kommunaler Unterbringungskapazitäten.

Mehr als die Hälfte der Geflüchteten, die zu uns kommen, haben eine gute Bleibeperspektive, und die Kompetenzen, die Geflüchtete mitbringen, brauchen wir dringend für unsere Gesellschaft. Deshalb bedarf es von Anfang der Integration und Teilhabe. Mit dem Haushalt 2024 unterstützen wir die Integrations-

infrastruktur in Nordrhein-Westfalen. Wir stehen für eine humanitäre Flüchtlingspolitik ein und leisten unseren Beitrag in der Verantwortungsgemeinschaft von Bund, Ländern und Kommunen.

Historisch gesehen ist die Geschichte der Migration in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen eine Erfolgsgeschichte. Polnische Arbeitskräfte haben einen großen Anteil an der Industrialisierung und an dem Aufstieg des Ruhrgebiets, und sie sind geblieben. Die sogenannten Gastarbeiter aus Südeuropa und der Türkei haben nach dem Zweiten Weltkrieg das Wirtschaftswunder mit ermöglicht, und sie sind geblieben.

Wir alle wissen um den Fachkräftemangel; wir erleben ihn vormittags im Gespräch mit Unternehmerinnen und abends im Restaurant. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, die aktuelle Situation auch als Chance für unsere Gesellschaft zu begreifen und daraus eine weitere Erfolgsgeschichte zu machen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Das Vertrauen in staatliche Institutionen hängt insbesondere auch mit der Handlungsfähigkeit des Staates zusammen. Unser Staat ist nur deshalb handlungsfähig, weil seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter engagiert sind. Das gilt für den Grundschullehrer ebenso wie für die Justizvollzugsbeamtin, für den Polizisten genauso wie für die Sekretärin im Ministerium. Die Tarifierhöhungen sind deshalb eine echte Anerkennung für ihre wichtige Arbeit.

Liebe SPD-Fraktion, ich kann daher nicht nachvollziehen, dass Sie Ihre Haushaltsänderungsanträge über den Personalverstärkungstitel im Landeshaushalt finanzieren wollen. Wir von der schwarz-grünen Koalition wollen, dass genug Personal da ist, und wir wollen eine angemessene Bezahlung. Die Eins-zu-eins-Übertragung des Tarifabschlusses auf die Beamtinnen und Beamten ist deshalb genau richtig.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Christian Dahm [SPD]: Das ist auch gut so!)

Wir wollen einen starken öffentlichen Dienst als wichtige Säule unseres Rechtsstaats.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben in Krisenzeiten einen soliden Landeshaushalt 2024 aufgestellt.

(Zuruf von der CDU – Christian Dahm [SPD]: Dem stimmen wir zu!)

Ja, wir hätten uns an vielen Stellen mehr gewünscht. Wir haben auch intensive Wochen hinter uns, in denen wir diskutiert haben, wie das wenige Geld verteilt wird, um die richtigen Prioritäten zu setzen.

Als Regierungsfraktion Politik zu machen, wenn man aus dem Vollen schöpfen kann, ist einfach. Als Oppositionsfraktion Politik zu machen, wenn man so tut,

als könnte man aus dem Vollen schöpfen, ist auch einfach.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU –
Hendrik Wüst, Ministerpräsident: Ja!)

Aber Verantwortung zu übernehmen, wenn die Haushaltslage schwierig ist, ist anstrengend; aber ich finde, dass sich das lohnt. Wir tun das mit einem klaren Kompass und mit klaren Prioritäten. Unser Kompass sind unsere demokratischen Werte. „Wehret den Anfängen“ – das wurde uns beigebracht. Die Anfänge liegen bereits hinter uns. Wir können den Kampf aber noch gewinnen. Davon bin ich überzeugt, denn wir Demokratinnen und Demokraten sind mehr.

Wir werden unsere Demokratie, unseren Rechtsstaat, die Menschenwürde und die Freiheit für uns und für künftige Generationen verteidigen, damit die Kinder der Yitzhak-Rabin-Grundschule und alle anderen Kinder und Jugendlichen ihre Träume verwirklichen können. – Danke.

(Anhaltender und lebhafter Beifall von den
GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank, Frau Schäffer. – Für die Fraktion der AfD spricht nun der Abgeordnete Herr Dr. Vincentz.

Dr. Martin Vincentz (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Was ist der Unterschied zwischen der Ampel und Schwarz-Grün in Nordrhein-Westfalen?

(Zurufe)

– Ich dachte, dass Sie mir das in irgendeiner Art und Weise beantworten könnten, denn ich kann um Himmels willen keinen wesentlichen Unterschied mehr finden. Es ist sozusagen dasselbe in Dunkelgrün.

Beide bauen trotz einer geradezu erdrückenden Steuerlast für die Menschen den jeweiligen Haushalt auf tönernen Füßen. Beide müssen schon auf allerlei Tricks und Kniffe zurückgreifen, um irgendwie die schwarze Null zu erreichen. Bei beiden, in Bund und Land, klaffen in Wahrheit, spärlich verdeckt, riesige Löcher und riesige Fragezeichen für die Zukunft in den Kassen, und zwar nicht etwa, weil die Einnahmen sinken würden. Nein, das Haushaltsvolumen beträgt im kommenden Jahr in Nordrhein-Westfalen satte 102 Milliarden Euro und damit noch einmal rund 7,2 Milliarden Euro mehr als 2023, nicht weniger. Das ist ein neuer Allzeitrekordwert.

Man hatte eben mit noch mehr Plus gerechnet und es bereits mit beiden Händen verplant, sodass man nun bei lediglich 150 Millionen Euro weniger als erwartet – noch einmal: bei einem Gesamtvolumen von

102 Milliarden Euro – nicht mehr mit dem Geld über die Runden kommt.

Beide Regierungen, Ampel und Schwarz-Grün, sehen dafür aber zahlreiche Krisen als hauptverantwortlich an und nicht ihre Ausgabensucht und den von ihnen vorangetriebenen gesellschaftlichen Totalumbau als Ursache, einen Umbau zulasten der Schlüsselbranchen des deutschen Wohlstands der letzten Dekaden.

Es käme niemand auf die Idee, ein abgerissenes Haus und dessen Trümmer als gelungene Transformation zu beschreiben. Niemand? Doch: Ampel und Schwarz-Grün – eine weitere Gemeinsamkeit.

Kaum etwas steht mehr dafür als die Sprengung des Kühlturms des Voerder Kraftwerkes dieser Tage, eines der größten und leistungsstärksten Kraftwerke des Betreibers STEAG. Nun soll er Platz machen für irgendwas mit Wasserstoff; was genau, weiß man noch nicht, wie teuer es wird, auch nicht. Wie lange es dauern wird, ist fast schon eine Frage, mit der man in den demokratischen Gremien verächtlich gemacht wird. Alles ist unklar. Man fragt besser nicht nach, um sich nicht irgendwie verdächtig zu machen. Gibt es dafür eigentlich schon eine Meldestelle?

Ich kann Ihnen nur eines sagen: Wer alte Zöpfe abschneidet, der muss sich vorher Gedanken machen, ob er mit den übrigen Haaren hinterher noch eine Frisur zusammenbekommt. Zumindest das, so hätte man meinen müssen, hätten Ihnen Ihre Stylisten und Fotografen auf Staatskosten mal verraten können.

(Beifall von der AfD)

Da wundert es dann auch kaum jemanden, dass beide Regierungen, Ampel und Schwarz-Grün, noch etwas gemeinsam haben: Sie werden von einer deutlichen Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt – zu Recht. Es gibt Rekordeinnahmen, und dennoch reicht das Geld hinten und vorne nicht. Immer mehr Bürger sehen: Die Zukunftscoalitionäre in Düsseldorf sind genauso wie die Fortschrittscoalitionäre in Berlin, nämlich nackt.

Fortschritt und Zukunft bedeuten mit Ihnen nur Realitätsverweigerung, Verdrängung und einen zunehmend schnelleren Zerfall all dessen, was unser Land einmal ausgemacht hat. Die sogenannte Transformation wird nicht scheitern, sie ist bereits gescheitert. Sie kaschieren das lediglich noch eine Weile mit Abermilliarden.

(Beifall von der AfD)

„Haushalt ist halt schwer in Zeiten der Krise“, sagen Sie. Aber welche Krise meinen Sie eigentlich genau? Ist es wieder der Russe, ein neues Virus, das Wetter, oder sind es die Rechtspopulisten? Sind es alle zusammen? Jedes Jahr wird von Ihnen zur neuen Krise verklärt, sodass man sich doch langsam fragen muss: Sind es wirklich die äußeren Umstände, oder

sind es in Wahrheit Sie, die die Dauerkrise verursachen und das Land belasten, und zwar offensichtlich so sehr, dass wir in Deutschland, aber insbesondere Nordrhein-Westfalen, was das Wachstum und die prognostizierten Wachstumschancen für 2024 und 2025 angeht, am Ende aller Wirtschaftsnationen stehen? Manche Länder befinden sich in aktiven Kriegen und wachsen trotzdem stärker! Was sagt das über Ihre politische Fähigkeit aus?

„Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet“, so heißt es bekanntlich bei Carl Schmitt. Wer also in einer Gesellschaft bestimmt, wann ein Ausnahmezustand herrscht und wie man ihn durchsetzen kann, der ist der eigentliche Souverän. Das Volk ist dann abgemeldet.

Wer in einer Krise Ausnahmen für sich schafft, der schafft vielleicht alsbald die Krise, um wieder zu seinen Ausnahmeregelungen zu kommen. Das scheint Ihnen im Dauerkrisenmodus zu gefallen. Sie scheinen Schmitt mehr als Handlungsleitfaden denn als Warnung zu lesen.

Wie gefährlich das ist, zeigten nicht zuletzt die Coronajahre. Nicht umsonst sprachen viele hinter vorgehaltener Hand von „COVID-1984“. Funfact: Erst vor Kurzem mussten Sie Schutzmaterial im Wert von 33,3 Millionen Euro verbrennen lassen, weil die Haltbarkeit überschritten war. Das allein entspricht bereits einem Fünftel der Mindereinnahmen, die für Sie jetzt die Notsituation ausmachen.

Wozu das Ganze? Oh, Wunder! Nach Art. 115 Grundgesetz kann in Notsituationen die Schuldenbremse außer Kraft gesetzt werden. Aber sind es in der aktuellen Lage der Bundesrepublik und Nordrhein-Westfalens wirklich Zustände, die zu einer Notsituation gereichen? Die Antwort ist so einfach wie eindeutig: natürlich nicht. Zwar gibt es diverse Krisen, aber die gibt es immer. Eine Notsituation ist im Ansatz nicht erkennbar.

Man beachte die genaue Formulierung im Gesetzestext – Zitat –: „[...] Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen.“ Die aktuelle Haushaltskrise entzieht sich doch weiß Gott nicht der Kontrolle des Staates. Im Gegenteil! Sie ist doch durch ihn verursacht, genauer: durch das fatale Krisenmanagement der Regierungen in Berlin und Düsseldorf bei vorangegangenen Herausforderungen. Das verhunzte Krisenmanagement war teuer und hat große Löcher in die Kassen gerissen. Damals wollte nur niemand hören, dass man nicht einfach so die gesamte Wirtschaft in einen Lockdown herunterfahren kann, ohne dass das Folgen haben muss, und dass man nicht einfach alle Verbindungen zu unserem wichtigsten Energielieferanten kappen kann, ohne dass das Folgen haben wird.

Krisen sind erst einmal ein produktiver Zustand. Man muss ihnen nur den Beigeschmack der Katastrophe nehmen. Das wusste schon Max Frisch. Dafür wäre

doch Politik eigentlich da. Aber man hat die Krisen eben nicht zur Chance werden lassen, sondern zur Begründung des eigenen grünen Umbruchs der Gesellschaft genutzt und damit erst in eine Katastrophe verwandelt, und das alles, obwohl eigentlich jedem klar sein müsste, dass wir bei einem Haushaltsvolumen von über 100 Milliarden Euro eben kein krisenhaftes plötzliches Einnahmeproblem, sondern Sie ein massives Ausgabenproblem haben.

(Beifall von der AfD)

Deutschland und Nordrhein-Westfalen befinden sich in keiner konjunkturellen, sondern in einer schweren strukturellen hausgemachten Wachstumskrise. Nötig wären jetzt Reformen für mehr Investitionen zur Steigerung der Produktivität und zur Attraktivierung des Standorts. Nur fehlen Ihnen dafür der Mut, der Gestaltungswille, vielleicht sogar die Fähigkeit.

Sie betreiben das Gegenteil: hohe konsumtive Anteile und Investitionen nur ins Klima, die damit Werten im Spielcasino ähneln. Aus Ihrer Sicht ist das vielleicht verständlich. Wenn morgen die Welt untergeht, dann setzt man eben alles auf eine Karte. Aber jeder, der ein bisschen mehr als nur die Überschriften der „tagesschau“ liest und sich tatsächlich mit den Studien zur Klimaforschung beschäftigt, weiß: Das Ende aller Tage steht selbst in den dunkelsten Szenarien nicht bevor. Es ist daher wirtschaftlich geradezu verrückt, solche riesigen Ausgaben in so ineffizienter Weise für so wenig Output zu tätigen. Sie gehen wirklich All In. Ein Porträt neben dem Wort „Klumpenrisiko“ im Lexikon scheint Ihnen dafür wenigstens gewiss.

(Beifall von der AfD)

So erzeugt man niemals Wachstum, auch kein grünes, auch und erst recht nicht mit neuen Schulden. Das ist allenfalls ein Strohfeuer, dessen erwartbare Kostenlawine bereits jetzt beginnt, die Bürger regelrecht zu erdrücken – und das, noch bevor sie mit Ihnen richtig ins Rutschen gerät. Es ist kein Zufall, dass es in diesem Jahr so viele Großinsolvenzen in Nordrhein-Westfalen gab wie seit 15 Jahren nicht.

Der Rechnungshof fordert Sie daher völlig zu Recht auf, strukturell und konsequent alle Ausgaben zu überprüfen und auf dringende Notwendigkeit zu hinterfragen, genauso wie es jeder private Haushalt machen würde. Aber Sie denken erst gar nicht daran, ernsthaft zu sparen oder sogar substanziell Schulden abzubauen. Stattdessen greifen Sie jetzt sogar auf die Pensionsfonds zu bzw. gehen an den BLB heran, obwohl Sie bereits auf einem Rekordschuldenstand von mehr als 160 Milliarden Euro sitzen.

Es geht mit Ihnen wirklich ans Eingemachte. Dabei wissen Sie, dass sich die Ausgaben für Personal und Zinsen in den nächsten Jahren noch weiter steigern werden. Alleine die Zinszahlungen klettern von 2,8 Milliarden Euro im Jahr 2023 auf 4,4 Milliarden Euro im

Jahr 2027. Gegenfinanzierung? Fehlanzeige! Spielräume für Investitionen? Fehlanzeige! Echte Wachstumsanreize und Impulse? Fehlanzeige! Demut? Fehlanzeige!

Sie bauen im Hochsommer einen Schneemann und nennen das dann: mittelfristig erst einmal solide. Vielleicht kommt daher Ihre Selbstbeschreibung der „Zukunftskoalition“: Zukünftige Koalitionen sollen die Probleme lösen. Sie geben lieber Geld aus und machen schöne Fotos – auf Steuerzahlerkosten natürlich.

(Beifall von der AfD)

Ihre zugestanden immer noch passablen Umfragewerte sind eigentlich nur noch mit PISA zu erklären – ein weiterer Bereich, bei dem Sie die Axt direkt an die Wurzel des deutschen Erfolgs legen. Jeder Hobbyökonom weiß, dass wir als rohstoffarmes Land auf unsere klugen Köpfe angewiesen sind. Doch jedes Jahr, mit jedem Bildungsmonitor und jeder Lernstandserhebung trudeln neue Hiobsbotschaften ein, erst in der vergangenen Woche wieder mit der aktuellen PISA-Erhebung. Fazit: Deutsche Schüler schneiden so schlecht ab wie noch nie.

Wurde seinerzeit bereits viel über die erste PISA-Studie diskutiert, die eigentlich ein Weckruf sein sollte, machen Sie die deutschen Schüler nun zum Apex einer inversen Pyramide. Ich kann das durchaus so drastisch formulieren, weil dank Ihnen eh nur noch 10 % der Schüler den vorangegangenen Satz erfassen können.

(Zuruf von Thorsten Schick [CDU])

Laut IQB-Bildungstrend scheitert im Lesen mittlerweile jeder dritte Neuntklässler an den Mindeststandards für einen Realschulabschluss.

Zuwanderungspolitik und linke Bildungsfantasien haben das Schulsystem an den Rand des Zusammenbruchs gebracht. „Wenn du die Zukunft sehen willst, so schau dir die Jugend an“, sagt man. Wie soll die Zukunft denn bitte aussehen, wenn ein großer Teil der Schüler beim Lesen eines Supermarktprospektes nicht einmal mehr erfassen kann, ob sich ein Angebot lohnt? So fassen Bildungsexperten die aktuellen Erhebungen im Bereich „Mathematik und Sprachverständnis“ zusammen.

Es wundert auch niemanden, dass laut einer Studie des ifo Instituts weniger als 20 % der NRW-Schüler ihrer Schule die Note 1 oder 2 geben. Das Bildungsklima an Schulen ist so schlecht geworden ist, dass viele Schüler nach Selbstangabe nicht einmal mehr dem Lehrer akustisch folgen können, weil eine sehr hohe Unruhe im Raum herrscht.

Gewalterfahrungen gehören zum Alltag. Alleine etwa 24.500 Straftaten wurden im Jahr 2022 gezählt, die entweder auf einem Schulgelände oder in unmittelbarer Umgebung begangen wurden.

Erst im vergangenen Monat ist Ihre Studie zum Thema „Einsamkeit“ erschienen. Es ist ein brennendes Thema unserer Zeit, das im Land überhaupt erst präsent wurde, nachdem wir von der AfD es in der vergangenen Legislatur auf die politische Agenda gesetzt haben. Fazit der Befragung von rund 1.000 Jugendlichen und jungen Erwachsenen: 18,5 % fühlen sich einsam. Fast ein Fünftel sitzt im Klassenzimmer zwischen Alterskollegen und ist trotzdem alleine. Das ist die inklusive schöne neue Gesellschaft, die Sie hier in bunten Lettern bewerben: einsam.

(Beifall von der AfD)

Hier gerät etwas massiv ins Rutschen, was man längst hätte einfangen müssen. Aber Sie schlafen weiter. Wir sagen: Schluss mit linken längst gescheiterten Bildungsexperimenten! Schluss mit Hyperheterogenität in den Klassenzimmern!

(Beifall von der AfD)

Es ist ja schön, dass Sie sich dafür rühmen, im Bereich „Bildung“ nicht zu sparen, obschon Sie bei den vorangegangenen Haushalten doch immer diejenigen waren, die am wenigsten pro Kopf für Schüler ausgegeben haben. Es wäre nach all dem, was Sie den Kindern unter Corona abverlangt haben, und angesichts des Schadens, den Sie mit Ihrer Politik angerichtet haben, allerdings auch wirklich die Krönung, wenn Sie dort noch weiter sparen würden.

Sie müssen die Schulfinanzierung grundlegend angehen, damit es irgendwie bergauf geht. Sie geben lediglich 8 Millionen Euro für die Stärkung der Basiskompetenz aus – bei mehr als 5.400 Schulen in NRW. Hierbei bauen Sie vielleicht auf die schlechten Mathefähigkeiten, aber bei runtergebrochen rund 1.500 Euro pro Schule und Jahr ist wirklich nicht davon auszugehen, dass sich daran jemals etwas ändern wird.

Wir haben Ihnen in unserem Gegenentwurf – zu 100 % gegenfinanziert – unter anderem eine deutliche Erhöhung, eine Verdoppelung, vorgeschlagen. Bislang wurde das von Ihnen allerdings jeweils in den verschiedenen Lesungen strikt zurückgewiesen.

Sie geben jedes Jahr mehr Geld aus, und jedes Jahr werden die Ergebnisse schlechter. Sie wollen es offensichtlich nicht anders. Sie verschleudern die Zukunft unserer Kinder und damit die gesamte Zukunft unseres Landes.

(Beifall von der AfD)

Es fängt ja leider oftmals nicht erst in den Schulen an. Viele Bildungswege werden Ihretwegen bereits auf den ersten Metern zur Sackgasse. In Nordrhein-Westfalen fehlen laut Ländermonitor Frühkindliche Bildungssysteme der Bertelsmann Stiftung trotz eines Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz rund 110.000 Kita-Plätze.

Da muss man doch fragen: Welchen Sinn hat es gemacht, 2013 einen Rechtsanspruch für Einjährige auf den Weg zu bringen, obwohl Sie strukturell weder in der Lage noch nachweisbar willens sind, dem auch nachzukommen? Sie könnten genauso gut jedem einen Gutschein für eine 200-m-Jacht auf den Xantener Seen in die Hand drücken. Die gibt es zwar nicht, aber zumindest hat man einen Gutschein. Super!

Was wollen Sie denn damit ausdrücken? Das ist offener Hohn für die Bevölkerung, die auf einen Kita-Platz wartet. Erst im März wurde in NRW wegen fehlenden Personals ein Negativrekord bei Kita-Schließungen aufgestellt. 2.600 Kitas meldeten Personal-mangel, 2.200 mussten teilweise schließen oder ihre Zeiten einschränken. Die Überbrückungshilfen reichen nach Aussage der Träger vorne und hinten nicht aus, und das wissen Sie.

Es fehlen noch immer 25.000 Erzieher in Nordrhein-Westfalen. Doch statt hier zusätzlich zu investieren, werden die Mittel für eine Ausbildungs-offensive sogar noch um 3 Millionen Euro gekürzt. Sie wollen, dass beide Eltern arbeiten, aber einen Betreuungsplatz für die Kinder können Sie nicht bereitstellen. Sie wollen, dass Kinder aus Migrantenfamilien Deutsch lernen. Gut. Die Möglichkeit, in den Kitas mit der Sprache in Kontakt zu kommen, können Sie aber gar nicht gewährleisten.

Was Sie hingegen garantieren können, ist, dass unter den vorherrschenden Bedingungen die Gewalt gegen Kinder selbst in Kitas immer weiter zunimmt. Doch anstatt sich konsequent für den Kinderschutz starkzumachen, streicht die Landesregierung im Haushalt weitere 3 Millionen Euro für Maßnahmen genau im Bereich des Kinderschutzes.

Wir hingegen würden viel lieber die 8,2 Millionen Euro zur Förderung parteinaher Jugendorganisationen und Jugendorganisationen von Sozialverbänden streichen. Die DIDF-Jugend beispielsweise wurde in der Vergangenheit schon als linksextremistisch eingeschätzt. Das kann man sich wirklich sparen, den Kinderschutz nicht.

(Beifall von der AfD – Zuruf von Christian Dahm [SPD])

Derweil hat leider auch die Kinderarmut erneut zugenommen. Laut dem Statistischen Bundesamt leben deutschlandweit mehr als 3 Millionen Kinder in Armut. Hier, im bevölkerungsreichsten Bundesland NRW, sind mittlerweile fast 30 % der Kinder und Jugendlichen armutsgefährdet. Dennoch streicht die Landesregierung 414.000 Euro für Maßnahmen zur Kinder- und Jugendarmutsprävention. Wie soll man das verstehen?

Es geht noch weiter: Der Chef der Deutschen Krankenhausgesellschaft, Gerald Gaß, schlägt Alarm. Viele Krankenhäuser könnten selbst das Weihnachtsgeld nicht mehr alleine aufbringen, so schwierig

ist die Situation für Kliniken. Besonders hart betroffen sind – oh Wunder, oh Wunder – Kinderkliniken, Geburtsstationen sowie Kinder- und Jugendpsychiatrien. Wir fordern hier – natürlich alles gegenfinanziert – 100 Millionen Euro Soforthilfe. Wenn schwerkranke Kinder in einem Land nicht mehr versorgt werden können, ist der Staat nicht nur finanziell, sondern vor allen Dingen auch moralisch am Abgrund.

(Beifall von der AfD)

Wie viel ist dem Staat unsere Gesundheit und die unserer Kinder wert, wenn er die Sportförderung um glatte zwei Drittel zusammenstreicht? Dabei wäre nach den Coronajahren das Gegenteil richtig: mehr Sport.

Was wurde eigentlich aus dem Versprechen des Ministerpräsidenten, dass jedes Kind schwimmen lernen soll? Geplant ist die Streichung von 1 Million Euro für die Qualifizierung von Übungsleitern. Heißt im Klartext: wieder kein Schwimmlehrer.

Wer Kindern in den Schulen eine Maske aufzwingt, ohne dass der Nutzen jemals belegt wäre, wer Menschen aus dem Beruf vertreibt, nur weil sie sich nicht impfen lassen – trotz Personalmangels an vielen Stellen und obwohl von Anfang an klar war, dass die Impfung allenfalls einen Selbstschutz bietet, aber nie dafür zugelassen war, die Übertragung zu verhindern, wie die EMA in diesem Monat noch einmal bekräftigt hat –, für den zählen die Menschen und die Familien in diesem Land offensichtlich weniger als die eigene Karriere.

(Beifall von der AfD)

Dabei gilt immer und grundsätzlich: Was für Familien gut ist, ist gut für alle. Was Familien schadet, schadet allen. – Aber von vernünftiger Familienpolitik sind Sie weiter entfernt als die Regierung von einer umfassenden neutralen Coronaaufarbeitung.

Schlüsselt man die Ausgaben für das Familienministerium genauer auf, stellt man fest, dass sage und schreibe 25 % der Zuwächse in den Bereich „Queerpolitik“ fließen. Frauenpolitische Leistungen steigen lediglich um 7 %. Das heißt – nur, um es einmal klipp und klar nebeneinanderzustellen, weil es im Haushalt immer um Geld geht –: 3 Millionen Euro gegen Menschenhandel, Zwangsheirat und Genitalverstümmelung, 7,7 Millionen Euro für Queerpolitik.

Kinder kommen aus armen Familien in überlastete Kitas, in völlig überforderte Schulen, in marode Universitäten, aber immerhin weht vor der Tür die Regenbogenfahne. Was sind das denn bitte für Prioritäten?

(Beifall von der AfD)

Apropos marode Unis: Das trifft mittlerweile leider allzu oft sowohl auf die Gebäude als auch auf die vertretenen Ansichten zu. Wenn dieser Tage Cancel

Culture offen an Universitäten grassiert – außer beim Thema „Antisemitismus und Antizionismus“ –, dann steuern wir erneut auf voraufklärerische Zeiten zu. Bei aller Freiheit der Hochschulen hat das Land dennoch dafür zu sorgen, dass der freie Meinungs- und Austausch und die Grundprinzipien der Wissenschaft Bestand haben. Es kann nicht sein, dass „Follow the Science“ heute heißt, blind dem aktuellen Wissensstand hinterherzulaufen, statt ihn immer wieder infrage zu stellen und mit neuen Theorien und Forschungsansätzen herauszufordern.

Es kann nicht sein, dass kritische Fragen und Themen schlicht niedergebrüllt werden und überhaupt nicht mehr stattfinden können. Natürlich darf es immer Einspruch und Widerworte geben, muss es sogar, aber das heißt nicht Unterdrückung, Verdrängung und Bedrohung.

Es kann nicht sein, dass mehr Lehrstühle die Anzahl menschlicher Geschlechter erforschen als Kernkraft, Kernfusion und künstliche Intelligenz in Nordrhein-Westfalen zusammen.

(Beifall von der AfD)

NRW lebt von seinem Mittelstand, der Mittelstand von seinen Patenten. Ein neues Geschlecht kann ich mir schwer patentieren lassen, insbesondere wenn es nur gefühlt ist, eine Maschine, einen Reaktor, einen Code schon. Deutschland braucht Innovation, und Innovation braucht eine starke Forschung. Forschung, die den Anspruch hat, Weltspitze zu sein, benötigt gute Universitäten – gut ausgestattet und finanziert mit einer guten, sprich: wissenschafts-freundlichen, inneren Verfasstheit.

Nichts davon können Sie heute noch garantieren. Im Gegenteil, Ihr eigenes angespanntes Verhältnis zur Meinungsfreiheit wird selten so deutlich wie bei Ihren heißgeliebten Meldestellen für nicht strafbares Verhalten. Aber wie sagte Panizza? Der Wahnsinn, wenn er epidemisch wird, heißt Vernunft.

Seit die CDU im Jahr 2017 wieder in die Regierung kam, wurden rund 1.400 neue Stellen in der Ministerialbürokratie geschaffen, was alleine 60 Millionen Euro Gehalt pro Haushaltsjahr entspricht. Weitere 16 Millionen Euro werden im kommenden Jahr für den geplanten Ausbau des Landtags verausgabt, wobei die kommenden Jahre noch einmal deutlich höher zu Buche schlagen werden. Sie scheinen mittlerweile gänzlich damit zufrieden sein, den Niedergang und sich selbst – in Teilen durchaus synonym zu verwenden – zu verwalten.

8.690 Wohnungen wurden 2022 in NRW zwangsgeräumt. Im Schnitt waren das mehr als 23 pro Tag. Wenn es solche Zustände im Land gibt, dann haben wir andere Probleme als zu wenig Platz für eine Anhörung im Landtag.

Bevor Sie jetzt wieder irgendetwas vom Angriff auf die Demokratie schwadronieren: Das niederlän-

dische Nationalparlament kommt gut mit 150 Sitzen aus. Soweit ich das bei Stippvisiten an die Grachten und beim Fleischrolle-spezial-Verzehr überblicken kann, ist die Demokratie dort sehr lebendig. Wir könnten also ruhig ein bisschen mehr Niederlande wagen und unser Parlament, wie im Übrigen von uns gefordert, mit einer Wahlrechtsreform deutlich verkleinern. Zuerst bei uns sparen und dann beim Bürger, nicht andersherum!

(Beifall von der AfD)

Da wir gerade bei unserem Nachbarland sind, fällt mir noch eine kleine Anekdote als Überleitung zum nächsten Thema ein. Als ich in den Coronajahren mit der Familie aus Frankreich kommend über die Autobahn durch die Niederlande zurück nach Deutschland einreiste, bildete sich vor der NRW-Grenze ein Stau. Meine Frau war seinerzeit davon überzeugt, dass es sich dabei sicherlich um die angekündigten Einreisekontrollen zur Infektionsbekämpfung handele. Einmal die Grenze passiert, stellte sich allerdings heraus, dass es sich lediglich um eine der vielen leeren Baustellen auf NRW-Straßen handelte.

(Heiterkeit von Christian Loose [AfD])

Schlagloch, Baustelle, Stau, natürlich keine Polizei an den Grenzen – wo kämen wir denn da hin? –, da wussten wir: wieder zu Hause.

NRW ist, wo ich leichter über die Grenze und an die Sozialleistungen als auf den Weihnachtsmarkt und zum Glühwein komme. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber ich kann mich noch an Zeiten erinnern, in denen es andersherum war und man seinen Glühwein nicht im Schatten einer Betonbarrikade trinken musste.

(Beifall von der AfD)

Aber auch das passt ins Bild in einem Bundesland, in dem der Innenminister vorgibt, alles gegen Antisemitismus, Clans und Kriminalität zu tun, aber dann resigniert vor den Kameras feststellt, dass es halt keine Gesetze dagegen gibt, wenn die Taliban mitten in NRW auftreten. Ganz offensichtlich muss man Herrn Reul an dieser Stelle noch einmal daran erinnern, dass die Politik Gesetze machen kann.

Sie können diejenigen, die 59 Bundeswehrsoldaten in Afghanistan getötet haben, als es damals hieß, die Sicherheit Deutschlands werde am Hindukusch verteidigt, durchaus daran hindern, einzureisen. Es bräuchte nur ein paar neue Gesetze. Vielleicht fangen Sie also erst einmal an, die Sicherheit in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen zu verteidigen, statt irgendwo am Hindukusch.

(Beifall von der AfD)

Feinde unseres Staates und Israels marschieren auf deutschen Straßen. Im November forderten Terrorfans bei einer Demo in Essen das Kalifat. Eine Studie gab bekannt, dass sich antisemitische

Attacken versiebenfacht haben. Ein Terroranschlag auf den Weihnachtsmarkt in Leverkusen wurde vereitelt. All das sind Nachrichten, die innerhalb von 27 Tagen erschienen – Alltag in NRW, könnte man sagen.

Irgendwo in einem Paralleluniversum geht die Regierung jetzt so hart gegen Terrorbefürworter vor wie vor Kurzem gegen Rentner auf Coronademos. Wir haben stattdessen eine Regierung, die für den Infektionsschutz Kindergeburtstage auflösen konnte, aber angeblich nichts gegen Taliban tun kann. Dabei sagte bereits Goethe: „Wer sich den Gesetzen nicht fügen lernt, muss die Gegend verlassen, wo sie gelten.“ Sie sind dafür verantwortlich, dass das auch geschieht.

(Beifall von der AfD)

Derweil schießen die Zahlen der allgemein registrierten Straftaten in NRW insgesamt raketenartig durch die Decke und liegen nun sogar über den Zahlen aus 2017. Dabei waren es doch gerade Sie von der CDU, die damals der SPD immer vorgeworfen haben, zu wenig für die innere Sicherheit zu tun. Jetzt liegen Ihre Zahlen über denen der SPD. Das ist kein Arbeitsauftrag, Herr Minister Reul, wie Sie das zu sagen pflegen. Das ist ein Offenbarungseid. Das ist eine krachende Niederlage.

(Beifall von der AfD)

142.000 Fälle von Körperverletzung, 11.270 Raubdelikte, 479.000 Diebstähle, 380 Mord- und Totschlagsdelikte, 246 Gruppenvergewaltigungen: Das ist Ihre Bilanz.

Da hilft es nichts, wenn Sie immer wieder mit dem Finger auf uns zeigen. Wir haben damit nichts zu tun. Wir haben dieses Land noch nie regiert.

(Thorsten Schick [CDU]: Das bleibt auch so!)

Wir sind nicht schuld, nur weil wir auf unangenehme Probleme hinweisen, die Sie lieber nicht sehen wollen.

Sage und schreibe 13 % beträgt der Straftatenzuwachs in einem Jahr. Dagegen wirken die 72,5 Millionen Euro oder 1,03 % mehr in Ihrem Haushalt für die innere Sicherheit geradezu lächerlich. Die Menschen wollen Antworten. Sie wollen sich in NRW und in ihrer Heimatstadt beim Einkaufen oder auf dem Weihnachtsmarkt wieder sicher fühlen.

Und was sagen Sie dazu? Sie kündigen an, die Zahl der eingestellten Kommissaranwärter pro Jahr auf 3.000 zu erhöhen – obwohl Sie bereits jetzt wissen, dass Sie diese Zahl eh nicht erreichen werden.

Sie müssen mehr für unsere Polizei tun. Wer für uns an vorderster Front steht – täglich konfrontiert mit den Konfliktlinien, die Sie in unserer Gesellschaft schaffen, egal ob durch gesellschaftliche Spaltung,

Armut oder übermäßige Migration –, der hat unser aller Wertschätzung verdient.

(Beifall von der AfD)

Nicht zuletzt deshalb setzen wir uns auch für die Wiedereinführung der Sonderzuwendungen wie des Urlaubsgeldes sowie Erhöhungen bei allgemeinen Dienst-, aber auch Wechselschicht- und Erschwerungszulagen ein. Die Wiedereinführung würde zu Mehrausgaben von etwa 70 Millionen Euro führen – Geld, das man an dieser Stelle dringend bräuchte, das Sie aber lieber an anderen Stellen verplanen. Aber wir brauchen es, weil es hier um unsere NRW-Polizei geht. Wir brauchen es, wenn es mit der Polizei in NRW irgendwie weitergehen soll und Sie dieser Gesetzesbrüche, die ich Ihnen gerade aufgezählt habe, irgendwie wieder Herr werden wollen.

Und ja, wenn man ein sicheres NRW will, dann muss man Deutschlands Grenzen schützen. Solange die Europäische Union versagt, wie ja in so vielen Bereichen, helfen auch keine 140.000 Euro in Ihrem Haushalt für mehr Europafähigkeit oder 1,45 Millionen Euro für Entwicklungshilfe, sondern dann muss Deutschland, muss NRW tätig werden.

Seit Mitte Oktober werden die Grenzen zu Polen, Tschechien, der Schweiz und Österreich überwacht. Angeblich sei das ja überhaupt nicht möglich, hieß es damals. Aber unter dem Druck der Öffentlichkeit und den erdrückenden Zahlen weiterer Zuwanderung ging es dann plötzlich doch. Bilanz bislang: 4.790 illegale Einreisen gestoppt, 3.528 Fahndungserfolge, 670 Haftbefehle vollstreckt, 329 Drogenschmuggler überführt, 266 Schleuser festgenommen.

Die Zunahme der Kriminalität – so gibt es der Minister im WDR ja selbst zu – ist auch mit durch eine völlig verfehlte Migrationspolitik verursacht. Nicht umsonst sind Migranten überproportional zu ihrem Bevölkerungsanteil an Verbrechen beteiligt und damit in den Gefängnissen vertreten. Bei der schieren Zahl derer, die jedes Jahr zu uns kommen, können Sie schlicht nicht mehr gewährleisten, dass nur diejenigen kommen, die zu Recht und mit Recht fliehen, dass nur diejenigen kommen, die ein besseres Leben suchen und dafür hier hart arbeiten wollen, dass nur diejenigen zu uns kommen, die von Terror bedroht sind, aber nicht diejenigen, die diesen dann offen auf unseren Straßen austragen, und dass auch nur so viele zu uns kommen, wie wir irgendwie untergebracht bekommen, zu versorgen sind, im Gesundheitssystem behandelt werden können und irgendwie zu integrieren wären.

Alle Ihre Parteien zusammen haben zu verantworten, dass aus falsch verstandener Toleranz, Naivität und teilweise auch manifestem Hass auf das Eigene Migration völlig aus dem Ruder läuft und allenfalls noch notdürftig gemanagt werden kann.

So entstehen der Landesregierung im Haushaltsjahr 2023 Kosten in Höhe von 591 Millionen Euro wegen Miet- und Versorgungsaufwendungen für Flüchtlinge. 2024 sollen die Ausgaben noch einmal auf dann 613 Millionen Euro steigen. Halten Sie sich bei all den abstrakten Zahlen doch für einen Moment vor Augen, wie viel Geld das ist. Überlegen Sie einmal, was Sie damit alles in unseren Kommunen machen könnten und wie viele soziale Probleme – Obdachlosigkeit, Armut, Drogensucht; für uns alle auf unseren Straßen sichtbar, mittlerweile Teil der täglichen Realität – man damit bekämpfen könnte.

„Wenn du mehr hast, als du brauchst, dann bau einen längeren Tisch“, sagt man. Aber was ist, wenn du selbst kaum mehr satt wirst?

Die Anzahl der Asylanträge in Europa ist allein im ersten Halbjahr 2023 noch einmal um 28 % angestiegen. Sie prognostizieren noch einmal weitere 70.000 Flüchtlinge für Nordrhein-Westfalen im Jahr 2024. Dabei sind die Kommunen bereits jetzt am absoluten Limit.

Gleichzeitig befinden sich rund 75.000 ausreisepflichtige Personen im Land. Die Chance, diese zurückzuführen und wieder Platz für tatsächliche Flüchtlinge zu machen, ist unter Ihnen allenfalls noch als sehr gering einzustufen.

Die Verwaltungsrichtervereinigung NRW warnt, dass die Verfahrensbelastung im Asylbereich aufgrund steigender Eingangszahlen noch einmal deutlich zunehmen wird. Bereits seit 2015 ächzen die Gerichte unter einer wahren Klagewelle von Asylbewerbern, die teilweise juristisch gegen ihre Abschiebung vorgehen. Wenn Sie jetzt nicht die Verwaltungsgerichte besser ausstatten, wird das absehbar zur Hängepartie.

Aber vielleicht ist das ja genau das, was Sie eigentlich wollen. Als in Essen 169 Clankriminelle mit Macheten aufeinander einhackten, wurde in der Folge kein Einziger verurteilt, geschweige denn abgeschoben. Ein islamischer Friedensrichter schlichtete seinerzeit den Konflikt. Das ist doch ein absolutes Armutszeugnis für unseren Rechtsstaat!

(Beifall von der AfD)

Im Durchschnitt werden jeden Tag drei neue Vorschriften irgendwo in der Republik erlassen. Aber vielleicht fangen Sie einfach mal wieder damit an, die Vorschriften umzusetzen, die es bereits gibt, anstatt unsere Justiz immer weiter mit neuen Vorschriften zu gängeln. Statten Sie unsere Justiz mit den nötigen Mitteln aus. Anstatt lediglich 20 zusätzlichen Staatsanwälten wollen wir die 376 zusätzlichen Stellen, die der Bund der Richter und Staatsanwälte fordert, damit das Rechtssystem nicht an sich selbst respektive an Ihnen scheitert.

Auf der anderen Seite müssen natürlich die Mittel für Rückführungen deutlich erhöht werden. Man

integriert Ausländer nicht in den Arbeitsmarkt, indem man sie einbürgert und die Sozialleistungen erhöht, sondern indem man alle, die nicht wollen, die nicht zu uns wollen, die nicht uns wollen, die lediglich ein angenehmes Leben hier schätzen, wieder nach Hause schickt. Zuwanderung muss sich endlich wieder nach unserem Interesse richten. Dann kann sie ein klarer Erfolg sein. Solange es aber leichter ist, ohne Qualifikation nach Deutschland zu kommen als mit, werden auch eher diejenigen ohne Qualifikation ihren Weg zu uns suchen und diejenigen mit das Weite.

Das ist aber augenscheinlich so gewünscht. Solange sich linke Parteien weiterhin für ein Weiter-so aussprechen – die CDU Berlin hat dieser Tage bereits einen Abschiebestopp für den Winter angekündigt – und solange NGOs teilweise mit Staatsmitteln den Migranten dabei helfen, sich auf allen möglichen und unmöglichen Wegen gegen den Rechtsstaat zu wehren, wird es wohl weiter so gehen, zumindest bis genügend Menschen genug davon haben und ihr Kreuz bei der AfD setzen.

Kleine Zwischenfrage: Ab wie viel Euro Steuergeld wird eigentlich eine Nichtregierungsorganisation zur Regierungsorganisation? Oder konkreter gefragt: Sind Organisationen, deren Haupteinnahmequelle der Staat ist, wirklich noch von ihm unabhängig?

Zivilgesellschaft wird so unter Ihnen zu einem Treppenwitz, wenn Gesellschaft unter Ihnen immer mehr zu Parteien und deren Vorfeld degradiert wird. Derlei Staatswirtschaft ist immer gescheitert und wird scheitern; sie kann nur scheitern. Alles, was Demokratie ausmacht, wird so ausgehebelt und ins Gegenteil verkehrt. Bürgerschaftliches Engagement ist wichtig und gehört gefördert, aber eben nicht in eine einseitige Abhängigkeit getrieben. Sonst stehen am Ende Workshops wie „Die Dekonstruktion von Maskulinität“ an der Academy of International Affairs, die vom Land gefördert wird, es ist dann aber eben kein Geld mehr für das Frauenhaus übrig.

Zusammenfassend: Die Landesregierung muss anerkennen, dass es so nicht weitergehen kann. Ewiges Wachstum in Haushaltsposten funktioniert nicht mit einer Wirtschaftspolitik, die auf Abbruch ausgelegt ist, die Arbeitsplätze vernichtet oder ins Ausland drängt und Wohlstand geradezu ablehnt, ja ihn bekämpft. Der Haushalt muss – so, wie wir es in unserem Gegenentwurf getan haben – in jeder Position auf seine dringenden Notwendigkeiten überprüft werden. Sie verzetteln sich, übernehmen sich mit Projekten, die so weder finanzierbar noch überhaupt unter den physikalischen Grundlagen auf diesem Planeten praktikabel wären. Mit Ihnen verkommen wir zum internationalen Gespött und abschreckendem Beispiel, wie nicht zuletzt die Atomkonferenz in der vorletzten Woche wieder einmal gezeigt hat.

Die gesamte Heizwende des Bundes würde bis 2030 39 Millionen t CO₂ sparen. Der AKW-Betrieb alleine

könnte pro Jahr 30 Millionen t sparen. Man muss gar nicht – übrigens an dieser Stelle Grüße an Annalena Baerbock – in Länder gehen, die Hunderttausende von Kilometern weit entfernt sind, wie sie sagt. Deutsche Physiker bauen einen Kernreaktor in Ruanda, also frei nach Habeck, die Kernkraft ist nicht weg, sie wird jetzt einfach nur woanders gebaut. Sie könnte hier sein. Sie müssten es einfach nur zulassen. Allein China, Indien und Russland planen den Bau von 82 neuen Atomkraftwerken. Selbst das arme Armenien hat mit einem Atomkraftwerk immerhin eins mehr als wir.

Aber das einzig Erneuerbare bei den Grünen sind und bleiben ihre falschen Versprechen, Versprechen, die den Steuerzahlern und unseren Firmen teuer zu stehen kommen. Während Sie sich nur auf das Klima fokussieren, verlieren Sie die wesentlichen Dingen dabei aus den Augen. Die Menschen wollen saubere und sichere Städte, ein funktionierendes Bildungssystem von der Kita bis zur Universität und einen sicheren Arbeitsplatz mit guten Arbeitsbedingungen. Aber dazu bedarf es attraktiver Standortbedingungen mit funktionierender Infrastruktur, günstige und versorgungssichere Energie und vor allen Dingen niedrige Steuern, nicht mehr, sondern weniger Abgaben.

Der Staat muss Bürgern und Unternehmern nicht unter die Arme greifen, sondern lediglich die Hände aus ihren Taschen nehmen. Weniger Steuern und weniger Staat führen zu mehr Wohlstand und mehr Freiheit für alle.

(Beifall von der AfD)

Aber wie heißt es so schön? Freiheit ist die Dividende der Mutigen. Wer wie Sie in den vergangenen Tagen und Wochen einen so mutlosen Haushalt vorlegt, für den ist Freiheit kein Wert mehr, sondern für den ist Freiheit ein Hindernis.

Sie haben immer gesagt, der Strom wird nicht knapp, das Essen wird nicht teurer, die Flüchtlinge wären die Lösung für all unsere Fachkräfteprobleme. Jetzt sagen Sie, die AfD wird niemals regieren. Ganz ehrlich: Bei dieser Zusammenstellung macht mir das Hoffnung. Wer uns wählt, gibt seine Stimme nicht ab, sondern er behält sie. Blau zu wählen, ist die einzige Chance, nicht mehr Grün zu wählen. Mit uns gibt es hemdsärmelige Vernunft statt verbohrter Ideologie, Wohlstand statt Deindustrialisierung, Freiheit statt Verbotspolitik, Deutschland statt fremde Interessen.

Kleben Sie ruhig weiter an den Regierungen wie die Klimakleber an der Straße. Nichts hält ewig, weder Pattex, erst recht aber nicht ihre falschen Versprechen. Malum est consilium, quod mutari non potest. Es ist Zeit für Veränderungen. Es wird Zeit für die AfD. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall von der AfD)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die Landesregierung hat nun Ministerpräsident Hendrik Wüst das Wort.

Hendrik Wüst, Ministerpräsident: Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Raz Ben Ami wohnt im Kibbuz Be'eri. Sie hat Wurzeln hier bei uns in Nordrhein-Westfalen. Ihre Großmutter war Düsseldorferin und ist in der Klosterstraße – kaum 2 km von hier – aufgewachsen. Sie flüchtete vor den Nazis nach Israel. Ihre Enkelin Raz Ben Ami flüchtete am 7. Oktober 2023 vor den Terroristen der Hamas.

Raz flüchtete mit ihrem Mann in ihren Schutzraum. Von dort aus hat sie mit ihrer Tochter SMS ausgetauscht, ein verzweifelter Dialog. Tochter Ella fragt, ob die Terroristen in der Nähe sind. Die Antwort aus dem Schutzraum beginnt mit den ersten zwei Worten des jüdischen Glaubensbekenntnisses: Sch'ma Jisrael! Höre, Israel! Ja, sie haben mich gesehen, und sie sind weggelaufen. Jetzt kommen sie zurück. – Kurz danach bricht der Kontakt ab. Es bleibt Fürchten, Beten, Hoffen.

Raz wird von der Hamas in den Gazastreifen verschleppt. 90 Jahre nachdem ihre Großmutter aus Deutschland fliehen musste, hat der Wahn des Antisemitismus, haben Hass und Gewalt die Familie wieder eingeholt.

Raz wird nur aus einem Grund mit dem Leben bedroht: weil sie jüdischen Glaubens ist. Raz Ben Ami wurde Ende November von der Hamas freigelassen.

Ich habe mit ihrer Tochter Ella telefoniert und ihr versichert, in Deutschland, in Nordrhein-Westfalen, in der Heimat ihrer Vorfahren sind wir in Gedanken bei ihrer Familie. Das gilt für alle Geiseln und sonstigen Opfer. 137 Geiseln befinden sich noch in den Händen der Hamas. 137 Familien fürchten, beten, hoffen. Alle Geiseln müssen unverzüglich in die Freiheit entlassen werden!

(Beifall von allen Fraktionen)

Jüdische Menschen sind auch fast 80 Jahre nach dem Holocaust Zielscheibe von unerbittlichem und unversöhnlichem Hass in Israel, dort in aller mörderischen Konsequenz, der ein ganzes Land, ein ganzes Volk traumatisiert hat, aber eben auch hier bei uns in Deutschland, auch bei uns in Nordrhein-Westfalen. Das tut weh. Das fordert uns. Unser Rechtsstaat ist wehrhaft. Wir stellen die demokratische Wehrhaftigkeit der Gewalt und dem Hass entgegen.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Wir haben die Schutzmaßnahmen für jüdische Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen noch einmal verstärkt und die Mittel dafür erhöht. Mit unserem Zehnpunkteplan gegen Antisemitismus haben wir schon viele wichtige Maßnahmen umgesetzt und ange-

stoßen. Die von uns zeitgleich gestartete Kampagne „Nie wieder ist jetzt“ hat überwältigende Unterstützung erfahren. Sie hat Initiativen auch anderswo in Deutschland inspiriert.

Aber wir bleiben hier nicht stehen. Unsere Verantwortung gegenüber dem jüdischen Leben in Deutschland verpflichtet uns, dass den Worten der Solidarität weitere Taten folgen. Unser Rechtsstaat muss stark sein, gerade für Jüdinnen und Juden.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Niemand wird als Antisemit geboren. Um Antisemitismus an der Wurzel zu bekämpfen, müssen wir früh ansetzen. Wer als Jugendlicher ein Konzentrationslager besucht hat, ist danach nicht mehr derselbe Mensch.

Ich möchte heute einen Anspruch formulieren, den wir jetzt angehen: Jede Schülerin und jeder Schüler in Nordrhein-Westfalen soll mindestens einmal im Laufe seiner Schulzeit die Gelegenheit bekommen, ein Konzentrationslager oder eine NS-Gedenkstätte zu besuchen. Das ist unser Anspruch, und das gehen wir auf meine Bitte in der Landesregierung mit ganzer Kraft an.

Ich bin dem Schulministerium dankbar, dass da schon an der Umsetzung dieses klaren Ziels gearbeitet wird. Wir stärken bestehende Projekte und weiten sie, wo möglich, aus.

(Marcel Hafke [FDP]: Da müssen Sie die Mittel erhöhen!)

Wir beziehen neue Partner ein, die mit Expertise, Strukturen und Finanzmitteln helfen können – Vereine, Stiftungen und Netzwerke. Den Worten Taten folgen lassen: wann, wenn nicht jetzt?

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Im Kinder- und Jugendförderplan des Landes Nordrhein-Westfalen stehen jedes Jahr weit über 100 Millionen Euro für Projekte zur Verfügung. Wir priorisieren dort jetzt Projekte, die sich gezielt dem Antisemitismus entgegenstellen.

Meine herzliche Bitte an alle, die in der Jugendarbeit so wichtige Arbeit leisten: Mit Ihrer Nähe zu den Jugendlichen können Sie einen großen Beitrag im Kampf gegen Antisemitismus leisten. Wir stellen die Mittel bereit. Bitte machen Sie dieses Thema zu Ihrem Thema. Der Kampf gegen Antisemitismus, der Kampf für eine friedliche Gesellschaft wird in den Herzen der jungen Menschen gewonnen!

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Die Herzen der jungen Menschen erreichen: Prävention ist die eine Seite des Kampfs gegen Judenhass, konsequente Grundwerte, Grundregeln für unser Zusammenleben in Deutschland ist die andere. Es ist meine feste Überzeugung: Deutscher Staatsbürger

kann nur werden, wer sich zum Existenzrecht Israels bekennt.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Diejenigen, die bei Reden auf Demonstrationen oder in Hetzvideos die Auslöschung des Staates Israels fordern, müssen die ganze Konsequenz des Rechtsstaats spüren. Die Leugnung des Existenzrechts Israels ist genauso menschenverachtend wie die Leugnung des Holocaust.

Deswegen sollte sie auch genauso strafbar sein. Wir haben deshalb gestern im Kabinett eine Bundesratsinitiative beschlossen, die wir noch in dieser Woche in den Bundesrat einbringen, und zwar zu diesen zwei Punkten: erstens die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts, die das Bekenntnis zum Existenzrecht Israels zur Voraussetzung der Einbürgerung macht, und zweitens eine Reform des § 130 Strafgesetzbuch, die die Leugnung des Existenzrechts Israels als Volksverhetzung unter Strafe stellen soll. Das Bekenntnis zum Existenzrecht des Staates Israel gehört für mich zum Deutschsein dazu. Wir lassen den Worten Taten folgen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Wir müssen unsere Solidarität mit Israel und unsere Verbundenheit mit den Menschen jüdischen Glaubens immer wieder sichtbar machen. Ich werde deshalb heute Nachmittag nach Berlin fahren und auf Einladung des israelischen Botschafters auf einer großen Solidaritätsveranstaltung sprechen und dort auch die Solidarität dieses Hauses zum Ausdruck bringen. Die Chanukka-Kerze, die dort entzündet werden wird, bringt Helligkeit und schenkt Zuversicht und Hoffnung. Es ist auch unsere Aufgabe, dieses Licht in die Welt zu tragen.

Der Terrorangriff auf Israel, der schlimme Krieg in der Ukraine, Energiekrise, Inflation, Rezession, Klimawandel, demografischer Wandel, Flucht und Migration – Die meisten Menschen empfinden die aktuelle Situation als Dauerkrise. Kein Wunder, dass „Krisenmodus“ das Wort des Jahres 2023 ist!

Wir haben die Aufgabe, den Menschen Antworten zu geben – wir, damit meine ich alle Demokraten, wir, damit meine ich auch alle staatlichen Ebenen, Bund, Länder und Kommunen. Deutschland braucht eine Allianz der Mitte, die die Probleme wirklich löst. Führen heißt in solchen Zeiten zusammenführen, das heißt auch Bündnisse schmieden über das ganze demokratische Spektrum hinweg. Führen heißt, handlungsfähig zu sein, heißt auch, tragfähige Kompromisse zu erarbeiten, hinter denen sich möglichst viele versammeln können. Das ist die große Stärke der Demokratie. Nutzen wir diese Stärke!

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Unsere Demokratie wird seit fast zwei Jahren auch in der Ukraine verteidigt. Wir dürfen und wir werden nicht nachlassen in unserer Unterstützung für die Ukraine.

(Zuruf von Andreas Keith [AfD])

Es geht um nicht weniger als Sicherheit, Demokratie und Freiheit in der Ukraine und in Europa. Unsere Solidarität bewährt sich gerade in den schweren Stunden.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Wir wollen auch in Zukunft für Menschen da sein, die vor Krieg und Vertreibung fliehen, die unseren Schutz brauchen. Das gebietet unser christliches Menschenbild. In diesem und im vergangenen Jahr sind mehr als 340.000 Menschen aus der Ukraine und anderen Teilen der Welt nach Nordrhein-Westfalen gekommen. 340.000 Menschen – so viele Einwohner hat Bielefeld.

Es ist ein riesiger Kraftakt, alle diese Menschen ordentlich unterzubringen und zu versorgen. Diesem Anspruch wollen wir weiter gerecht werden.

Aber wir müssen auch an die Menschen denken, die diesen Kraftakt leisten – die Ehrenamtlichen in der Flüchtlingshilfe, die sich für Spracherwerb und Integration einsetzen, die Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer. Wir haben in Nordrhein-Westfalen rund 100.000 Kinder und Jugendliche allein in der Erstförderung. Alle Kinder und Jugendliche, die zu uns gekommen sind, in Kitas und Schulen zu betreuen, ihnen Deutsch beizubringen, sie zu unterrichten, auch das ist eine gigantische Aufgabe.

Ich denke auch an die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Sie alle sorgen für Unterbringung und Versorgung der vielen Geflüchteten.

Der Einsatz all dieser Menschen ist unbeschreiblich. Ich bin sicher, Herr Präsident, ich darf das auch im Namen des ganzen Hauses sagen: Von Herzen danke für diese großartige Leistung!

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Der Einsatz zur Unterstützung von Flüchtlingen in Nordrhein-Westfalen ist riesengroß. Umso wichtiger ist, dass wir die Alarmsignale ernst nehmen. Flüchtlingshelfer, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Landrätinnen und Landräte aller Parteien sagen seit Monaten, sie sind am Limit. Als Landesregierung verstehen wir uns als Teil einer Verantwortungsgemeinschaft aller politischen Ebenen. Ja, auch die Haushaltslage des Landes ist herausfordernd. Wir tun dennoch auch im kommenden Jahr alles, was möglich ist, um unsere Kommunen bei dieser großen Aufgabe zu unterstützen. Wir geben dreimal mehr Geld an die Kommunen, als wir selbst vom Bund für die Flüchtlingshilfe bekommen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Wir stärken die Zentralen Ausländerbehörden für mehr Rückführungen und mehr freiwillige Rückkehr, wir stocken die Unterbringungskapazitäten des Landes Anfang 2024 um weitere 3.000 Plätze auf, und wir rechnen den Kommunen die vom Land geschaffenen Plätze bei ihnen eins zu eins an. Land und Kommunen in Nordrhein-Westfalen stehen in dieser Frage Seite an Seite. Gemeinsam haben Land und Kommunen Ende September eine weitgehende Verständigung getroffen. Land und Kommunen teilen die Auffassung, dass auch die letzten Zusagen des Bundes nicht ausreichen, um für echte Entlastung zu sorgen.

Für die Versorgung eines geflüchteten Menschen werden rund 20.000 Euro im Jahr benötigt. Der Bund gibt 7.500 Euro. Die Mittel geben wir komplett in die Flüchtlingsfinanzierung der Kommunen und aktivieren zusätzlich so viel Landesmittel wie möglich. Verantwortung übernehmen in diesen Zeiten heißt, gemeinsam Verantwortung zu tragen. Wir werden deshalb die Flüchtlingspauschale im FlüAG erhöhen und die Kommunen bei den Kostensteigerungen, die durch die hohe Inflation in den beiden letzten Jahren entstanden ist, verlässlich unterstützen. Wir werden unserer Verantwortung gerecht: Gemeinden, Städte und Kreise mit dem Land Hand in Hand.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Die Menschen bei uns in Nordrhein-Westfalen haben ein großes Herz. Sie wollen auch in Zukunft Menschen helfen, die Schutz brauchen. Das kann nur dann gelingen, wenn wir uns nicht selbst überfordern. Das kann nur dann gelingen, wenn weniger Menschen in unser Land kommen, die zwar alle gute Gründe haben, für sich und ihre Familien eine bessere Perspektive zu suchen, die aber kein Recht auf Asyl haben. Deshalb muss Migration besser gesteuert und geordnet werden.

Die Bundesregierung kann beeinflussen, wer nach Deutschland kommt, und die Bundesregierung kann für eine gemeinsame Asyl- und Flüchtlingspolitik in Europa eintreten. Auch sie muss ihrer Verantwortung gerecht werden. Die bisherigen Maßnahmen und Beschlüsse alleine werden nicht ausreichen, um irreguläre Migration zu beenden. Eben kam die Nachricht, dass selbst das Verabredete schon wieder auf der Kippe steht. Bringen wir es deshalb doch einmal auf den Punkt: Worum geht es? Es geht darum, dass wir auch in Zukunft den Menschen helfen können, den Menschen gerecht werden können, die wirklich unseren Schutz brauchen. Es geht darum, dass wir auch in Zukunft gut helfen können.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Es wird immer Krisen auf der Welt geben, vermutlich auch in unserer geografischen Nähe. Der Migrationsdruck auf Europa und Deutschland wird hoch bleiben. Umso wichtiger sind strukturelle Lösungen in der Asyl- und Migrationspolitik, die Revitalisierung

des EU-Türkei-Abkommens, Rückführungsmöglichkeiten auch aus Einrichtungen des Bundes und die Beschleunigung von Asylverfahren, vor allem für Menschen aus Staaten mit sehr geringer Anerkennungsquote, am besten per Gesetz.

Wichtig ist, das individuelle Recht auf Asyl wird mit dieser Lösung nicht angetastet. Am besten wäre es, wenn klar wäre, ob jemand unseren Schutz wirklich zu Recht beansprucht, bevor er sich auf den gefährlichen Weg nach Deutschland macht. Die Lehre aus den Wahlen in den Niederlanden und auch aus anderen europäischen Ländern und meine feste Überzeugung ist: Die politische Mitte muss echte Lösungen schaffen. Wir brauchen eine Allianz der Mitte für tragfähige Lösungen in der Asyl- und Migrationspolitik.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Dabei müssen drei zentrale Ziele leitend sein:

Erstens. Wir wollen weiter Menschen helfen, die Schutz brauchen.

Zweitens. Wir dürfen diejenigen im Land nicht überfordern, die mit ihrem Engagement diese umfassende Hilfe erst möglich machen.

Drittens. Das Sterben im Mittelmeer muss aufhören. Das ist ein Gebot der Menschlichkeit. Darum geht es.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes des Landes haben in den Krisen der letzten Jahre die Handlungsfähigkeit des Staates garantiert. Da wurde viel geleistet für das Land und für die Menschen. Deshalb ist es für diese Landesregierung selbstverständlich, dass wir den Tarifabschluss vom vergangenen Wochenende auf die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfänger übertragen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes Nordrhein-Westfalen können sich auf uns verlassen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Bei der Aufstellung des Landeshaushalts im vergangenen Jahr haben wir die Hinweise und die Kritik des Landesrechnungshofs aufgenommen und Änderungen umgesetzt. Es ist Ausdruck einer funktionierenden Demokratie, wenn Politik Ratschläge für Verbesserungen aufnimmt, statt sie zu ignorieren. Zuhören, abwägen, bereit sein, Dinge zu verändern – das gehört für mich ganz wesentlich zu guter Politik dazu. Ich bin dankbar, dass dieser Weg mit der Mehrheit dieses Hauses im vergangenen Jahr möglich war.

Wir beenden zum Jahresende die Haushaltsnotlage. Wir sind sparsam, so wie viele Menschen in dieser Zeit sparsam sein müssen. Und wir priorisieren. Wir unterscheiden zwischen dem, was besonders wichtig ist, und dem, was in diesem Moment eben nicht geht. Wir setzen klare Prioritäten bei Kindern und Bildung, bei Investitionen in die klimaneutrale Wirtschaft,

bei Sicherheit und Zusammenhalt, bei der Unterstützung der Kommunen. Klare Schwerpunkte in schwieriger Zeit – das ist unser Weg in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

100.000 Kinder befinden sich in der Erstförderung in Nordrhein-Westfalen. Es sind Kinder, die besondere Unterstützung brauchen und die kein Schulentwicklungsplan und keine Lehrerbedarfsplanung berücksichtigen konnte. Das ist eine riesige Herausforderung für unsere Schulen. Alle Kinder haben gute und faire Bildungschancen verdient. Mir ist völlig gleich, woher ein Kind kommt, welche Muttersprache es spricht und welcher Religion es angehört. Auch diese Kinder sind die Zukunft unseres Landes. Es sind alle unsere Kinder.

(Beifall von der CDU, den GRÜNEN und Christian Obrok [SPD])

Es ist zentrale Voraussetzung für gute Bildung, dass Unterricht stattfindet und genügend Lehrerinnen und Lehrer da sind. Die Ausbildung einer Lehrerin bzw. eines Lehrers dauert sieben Jahre. Da ist es klar, dass man nicht von jetzt auf gleich die Lücke an fehlenden Lehrerinnen und Lehrern schließen kann. Umso besser, dass unser Handlungskonzept für eine bessere Unterrichtsversorgung erste Erfolge zeigt: Innerhalb eines Jahres haben wir fast 4.000 zusätzliche Lehrkräfte, Sozialarbeiterinnen, Sozialarbeiter, Schulpsychologinnen, Schulpsychologen an unsere Schulen geholt. Ihnen allen sage ich: Herzlich willkommen! Danke für die Verstärkung. Sie machen einen der wichtigsten Berufe der Welt. Schön, dass Sie da sind!

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

An den Grundschulen wird der Grundstein für die weitere Schullaufbahn, für Berufs- und Lebensperspektiven gelegt. Gerade da ist der Bedarf besonders groß. Ein Grund: Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer werden bisher schlechter bezahlt als ihre Kolleginnen und Kollegen in der Sekundarstufe II. Das ändern wir. Wir investieren in dieser Legislaturperiode 900 Millionen Euro dafür, die wichtige Arbeit mit den Jüngsten an unseren Grundschulen attraktiver zu machen. Es ist eines der größten und finanziell aufwendigsten Projekte dieser Landesregierung, mehr junge Menschen für das Grundschullehramt zu gewinnen und an unsere Schulen zu bringen. Das ist der Schlüssel für bessere Bildung, für bessere Förderung und für bessere Chancen für unsere Kinder. Das heißt „Prioritäten setzen“: auch in schwierigen Zeiten und bei knappen Kassen das Wichtige und das Richtige tun.

Diese und weitere Maßnahmen werden mittelfristig wirken. Die Kinder sind aber jetzt da und müssen jetzt unterrichtet werden. Deshalb haben wir mit dem Handlungskonzept Unterrichtsversorgung auch kurzfristige Maßnahmen ergriffen. Wir haben Lehrerinnen und Lehrer in Teilzeit gebeten, ihre Stundenzahl

aufzustocken, und Lehrerinnen und Lehrer aus Regionen mit besserer Unterrichtsversorgung in Regionen mit Unterversorgung abgeordnet. Mit diesen Entscheidungen verlangen wir vielen Lehrerinnen und Lehrern einiges ab. Ich weiß das. Das ist uns auch nicht leichtgefallen, aber es geht um die Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen überall im Land. Ich danke von Herzen allen, die Mehraufwand, Belastungen und Beschwerden auf sich nehmen. Danke für Ihren Einsatz für unsere Kinder!

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Eltern bzw. Familien sind darauf angewiesen, dass ihre Kinder gut betreut werden. Deshalb liegt einer unserer Schwerpunkte auf der frühkindlichen Bildung. Wir fördern den Ausbau von Kita-Plätzen und führen das Alltagshelferprogramm fort: 140 Millionen Euro jährlich. Das entlastet Erzieherinnen und Erziehern, sodass Betreuung besser werden kann.

Der zentrale Schlüssel für Bildung ist Sprache. In den Sprach-Kitas fördern Fachkräfte gezielt die Sprachentwicklung von Kindern, deren Muttersprache nicht Deutsch ist. Ich bin dankbar, dass sich SPD und FDP zumindest hier in Nordrhein-Westfalen unserer Position anschließen konnten und die Streichung der Finanzierung durch die Bundesregierung kritisiert haben. Leider haben unsere gemeinsamen Worte in Berlin kein Gehör gefunden. Als Land springen wir jetzt ein und erhalten die Sprach-Kitas für Kinder, die es schwer haben. Was der Bund da macht, ist nicht in Ordnung,

(Sarah Philipp [SPD]: Das ist ja wirklich ganz kleines Karo!)

aber wir lassen nicht zu, dass das zulasten dieser Kinder geht.

(Beifall von der CDU)

Die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen haben für uns oberste Priorität. Deshalb wird da nicht gespart – im Gegenteil. Gucken wir uns mal die Ausgaben für Bildung an. 2017, im letzten Haushalt einer SPD-geführten Landesregierung, waren es 29 Milliarden Euro für Bildung. Im kommenden Jahr werden wir mehr als 38 Milliarden Euro für Bildung bereitstellen.

(Sarah Philipp [SPD]: Das zu vergleichen, ist ja absurd!)

Das ist neuer Rekord, und das ist gut so. Jeder einzelne Euro für Bildung, für Kinder, für junge Leute ist gut angelegtes Geld für die Zukunft dieses Landes.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Bei allen akuten Krisen bleibt der Kampf gegen den Klimawandel die große Daueraufgabe unserer Generation. Auch hier gilt es, echte Antworten zu geben. Echte Antworten sind die, die breite Akzeptanz finden, die das Klima schützen und zugleich unsere wirtschaftliche Basis sichern. Die Aufgabe

Deutschlands als entwickeltes Industrieland im globalen Klimaschutz ist es, vorzumachen, dass es geht. Das Klima zu schützen und gleichzeitig wirtschaftlich stark und wettbewerbsfähig zu bleiben sowie Arbeitsplätze, Wohlstand, soziale Sicherheit und gesellschaftliche Stabilität zu sichern, das ist unsere Aufgabe. Wenn uns das gelingt, dann werden andere folgen. Dann tragen wir wirklich wirksam zum globalen Klimaschutz bei.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Auch hier gilt: Keine politische Ebene kann diese Antworten alleine geben. Wir brauchen auch hier eine Allianz der Mitte. Nordrhein-Westfalen geht schon jetzt voran. Wir sind bereit, einen großen Beitrag zu leisten und durch den Braunkohleausstieg 2030 die Grundlage für das Erreichen der klimapolitischen Ziele Deutschlands zu legen. Die wichtigste Voraussetzung für den Ausstieg ist, dass eine steuerbare, grundlastfähige und sichere Energieversorgung gewährleistet ist. Dazu muss die Bundesregierung ihre Hausarbeiten machen.

Für die Energieversorgung der Zukunft brauchen wir jetzt schnell die angekündigte Kraftwerksstrategie. Auf die warten wir – auch die Unternehmen – seit Monaten vergebens. Das Gleiche gilt für den Netzentwicklungsplan. Auch den brauchen wir jetzt dringend, weil die neuen Kraftwerke ohne zusätzliche Pipelines nicht versorgt werden können. Die neuen Gaskraftwerke müssen verlässlich erst mit Gas und dann mit Wasserstoff versorgt werden. Beides wird insbesondere aus Zeebrügge und Rotterdam kommen.

Die Netzbetreiber, auch die in unseren westlichen Nachbarländern, stehen in den Startlöchern. Alle warten auf die Rahmenbedingungen, warten auf die Möglichkeit, endlich zu bauen. Wir brauchen jetzt Klarheit und Tempo.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Für uns in Nordrhein-Westfalen ist klar: Es kann keinen Ausstieg ohne Einstieg geben. Deswegen drängen wir die Bundesregierung, die Voraussetzungen zu schaffen, damit rechtzeitig ausreichend steuerbare und grundlastfähige Leistung aufgebaut wird.

Gleichzeitig beschleunigen wir den Ausbau der erneuerbaren Energien durch die Ausweisung von Vorranggebieten für Windenergie, durch mehr Photovoltaik und durch mehr Akzeptanz mit dem Bürgerenergiegesetz. In diesem Jahr haben wir – Stand: heute – bereits 297 Windkraftanlagen genehmigt. Das sind zwanzigmal so viele wie im flächengrößeren Bayern. Damit sind wir beim Ausbau der Windkraft bereits jetzt die Spitze in Deutschland. Nirgendwo entstehen derzeit mehr neue Windkraftanlagen als bei uns.

Ganz wichtig ist: Ein beschleunigter Ausbau der Erneuerbaren senkt nicht nur die Emissionen, sondern in Zukunft auch die Preise.

(Zuruf von Wolfgang Jörg [SPD])

Bezahlbarkeit, Versorgungssicherheit und Klimaneutralität – daran muss eine Allianz der Mitte jetzt mit Tempo arbeiten.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Wir wollen Nordrhein-Westfalen zur ersten klimaneutralen Industrieregion Europas machen. Die Umstellung der Energieerzeugung auf klimaneutrale Quellen ist die eine große Herausforderung, die Umstellung der energieintensiven Industrie die andere.

In Duisburg wird in Zukunft mit Wasserstoff statt mit Koks kohle grüner Stahl produziert – mit einer Innovation made in Nordrhein-Westfalen. Das Land fördert diese Innovation mit bis zu 700 Millionen Euro. Das ist die größte Einzelförderung in der Geschichte des Landes. Das Beispiel aus Duisburg ist eines von vielen aus dem ganzen Land.

Unsere Wirtschaft, insbesondere auch die mittelständische Industrie, will klimaneutral arbeiten. Dabei braucht sie Unterstützung und vor allem Planungssicherheit und Verlässlichkeit. Es geht um die Zukunft unserer ökonomischen und sozialen Grundlage. Die Bundesregierung hat zugesagt, dass trotz Haushaltskrise alle Förderzusagen eingehalten werden. Sie muss dazu stehen, dieses Wort muss gelten.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

In Berlin hat es im Haushaltsstreit heute Nacht offenbar ein Ergebnis gegeben. Gut so – besser spät als nie. Es geht mehr denn je um das Wohl des Landes. Die Ampelkrise darf keine Deutschlandkrise werden. Auch wenn die genauen Folgen dieser nächtlichen Einigung für das Land und für Nordrhein-Westfalen noch ausgewertet werden müssen und weiter Fragen bestehen, gilt mehr denn je: Es geht um unser Land, es geht um Vertrauen und es geht um Verlässlichkeit. Alle Demokraten haben eine staatspolitische Verantwortung.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Wir brauchen mehr Tempo; Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen schneller werden. Auch das ist eine der zentralen Aufgaben auf allen politischen Ebenen. Deshalb bin ich froh, dass Bund und Länder Anfang November einen wirklichen Durchbruch erzielt haben. Mit dem Pakt für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung soll es ganz entscheidend möglich sein, zu beschleunigen und zu vereinfachen – durch Verschlinkungen und durch die Digitalisierung von Verfahren, durch weniger Prüfschritte im Genehmigungsverfahren und durch viele weitere detaillierte Regelungen.

Das zeigt: Eine partei- und ebenenübergreifende Allianz der Mitte kann starke Antworten auf die Herausforderungen dieser Zeit finden.

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

Zu den wichtigsten Aufgaben des Landes zählt die innere Sicherheit. Freiheit und Sicherheit bedingen einander. Nur wenn sich die Menschen sicher fühlen, haben sie echte Freiheit, und nur dann haben sie das Vertrauen in den Staat. Zugleich werden Fragen der Sicherheit immer komplexer. Kriminelle nutzen alle digitalen Möglichkeiten, und der Konflikt im Nahen Osten wird auch in unsere Gesellschaft getragen.

Die Anforderungen wachsen. Deshalb stärken wir unsere Polizei, die Sicherheitsbehörden und die Justiz weiter personell und technisch. Wir werden wieder 3.000 Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter einstellen sowie 40 zusätzliche Staatsanwältinnen und Staatsanwälte insbesondere zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität, der Wirtschaftskriminalität und des Kindesmissbrauchs. Wir verbessern die IT-Ausstattung und treiben die Digitalisierung von Polizei und Justiz voran. Mit dem neuen Landesamt zur Bekämpfung der Finanzkriminalität verstärken wir den Kampf gegen organisierte Geldwäsche und Steuerhinterziehung. Es bleibt dabei: In Nordrhein-Westfalen gilt Nulltoleranz gegenüber jeder Form der Kriminalität.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Unter „Sicherheit“ verstehen wir Nordrhein-Westfalen immer auch soziale Sicherheit. Deshalb erfolgen bei uns keine Kürzungen im Sozialbereich. Das unterscheidet uns von der SPD-geführten Bundesregierung. Sprach-Kitas, Elterngeld, Wiedereingliederungsmaßnahmen für Arbeitslose – das sind Beispiele, wo der Bund im Sozialen kürzt. Und aufgrund der Ergebnisse der Nacht erfolgen noch einmal Kürzungen in Höhe von 3 Milliarden Euro im Sozialbereich.

Die Krankenhäuser ächzen unter den gestiegenen Betriebskosten. Allein die Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen haben in diesem Jahr eine Lücke von rund 2 Milliarden Euro. Wir helfen den Krankenhäusern mit dem Ausbau der Pflegeschulen und Investitionen über die Krankenhausplanung. Wir stellen in den nächsten Jahren 2,5 Milliarden Euro bereit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Die steigenden Betriebskosten machen auch den freien Kita-Trägern zu schaffen. Deshalb hat das Land ein Kita-Hilfspaket von über 550 Millionen Euro auf den Weg gebracht.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Wir unterstützen die Kita-Träger mit einer Anhebung der KiBiz-Pauschale um rund 10 % zum kommenden Kita-Jahr im August,

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

und den freien Trägern bauen wir bis dahin mit zusätzlichen 100 Millionen Euro eine Brücke. Wir machen das freiwillig als eines von ganz wenigen deutschen Ländern. Wir machen es, weil wir die Not der Träger sehen. Wir übernehmen Verantwortung.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Zuvor von Marcel Hafke [FDP])

Wir haben die Landesinitiative „Endlich ein ZUHAUSE!“ gestartet. Damit unterstützen wir Städte und Gemeinden im Kampf gegen Wohnungslosigkeit und verbessern die Lebenssituation von wohnungslosen Menschen.

Wir setzen zusätzliche Schwerpunkte da, wo die Not am größten ist, mit unserem Aktionsplan gegen Armut und unserem Pakt gegen Kinderarmut. Gerade in schwierigen Zeiten, gerade angesichts knapper Kassen gilt: Nordrhein-Westfalen bleibt sozial. Wir in Nordrhein-Westfalen passen aufeinander auf. Wir in Nordrhein-Westfalen bleiben zusammen. Wir schützen die Schwachen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Für viele große Fragen der Zeit werden Wissenschaft und Forschung Antworten liefern. Bahnbrechende Technologien werden dabei helfen, große Probleme zu lösen. Nordrhein-Westfalen verbindet zwei Stärken: Wir haben exzellente Universitäten und Forschungseinrichtungen, geballte Wissenschaftspower, und wir haben überall im Land eine große Wirtschaftskraft. Unser Ziel ist es, bei den Technologien der Zukunft Spitze in der Welt zu sein, Innovationen zu entwickeln und zur Anwendung zu bringen.

Ein Beispiel: Quantencomputing ist eine Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts. Quantencomputer sind in der Lage, riesige Datenmengen zu verarbeiten. Damit wird ein großer Sprung für den Einsatz künstlicher Intelligenz möglich. Quantencomputing wird die Entwicklung von Medikamenten und Impfstoffen erheblich beschleunigen.

Nordrhein-Westfalen ist im Quantencomputing schon heute führend. Die hohe Dichte an Universitäten und Forschungseinrichtungen, Start-ups, Groß- und Mittelstandsunternehmen im Bereich „Quantencomputing“ ist deutschlandweit einmalig. Das erzeugt eine kritische Masse, die auch international sichtbar ist und schnellen Transfer verspricht. Die Landesregierung stärkt den Ausbau der technologischen Infrastruktur und die Zusammenarbeit der Forscherinnen und Forscher. Nordrhein-Westfalen ist Spitze in dieser Schlüsseltechnologie, und wir wollen, dass das auch in Zukunft so bleibt.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Ein zweites Beispiel: Die medizinische Diagnose, die jeder Mensch fürchtet, lautet Krebs. 100.000 Menschen in Nordrhein-Westfalen bekommen diese Diagnose jedes Jahr. Fast 5 Millionen Menschen in

Deutschland leiden an Krebs. Jeder hat in seiner Familie, in seinem Freundeskreis Menschen, die betroffen sind. Das ist jedes Mal ein Schicksalsschlag, auch für die Angehörigen.

Hier bei uns in Nordrhein-Westfalen wird daran geforscht, die Menschheit von dieser Geißel zu befreien: im Cancer Research Center Cologne Essen und bald auch im Nationalen Centrum für Tumorerkrankungen. Das große Know-how in unserem Land ermöglicht Krebsforschung auf Weltniveau.

In Nordrhein-Westfalen gibt es unglaubliches Wissen, enorme Innovationskraft. Deshalb sorgen wir dafür, dass sich Wissenschaft und Forschung in Nordrhein-Westfalen frei entfalten können. Nordrhein-Westfalen bleibt das Land der Ideen und Innovationen. Wir sind stolz auf unsere Forscherinnen und Forscher. Sie geben Antworten auf die großen Fragen der Zeit. Ich sage: Danke für diese wertvolle Arbeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ja, die Zeiten sind herausfordernd. Wir in Nordrhein-Westfalen wissen mit diesen Herausforderungen umzugehen. Wir wissen: In schwierigen Zeiten muss das Gemeinsame immer größer sein als das Trennende. Das gilt auch in der Politik. Deshalb brauchen wir eine Allianz der Mitte, eine Allianz der Demokraten, die gemeinsam an echten Lösungen arbeitet.

(Sven Wolf [SPD]: Wir haben drei Vorschläge gemacht!)

Dazu muss sich Politik der Realität stellen und priorisieren. Diese politische Arbeit ist jetzt notwendig. Unserem Land ist nichts in den Schoß gefallen. Wir in Nordrhein-Westfalen wissen sehr, sehr genau, was harte Arbeit ist. Hier ist alles hart erarbeitet worden, und darauf können wir aufbauen. Nordrhein-Westfalen hat alles, um aus dieser schwierigen Situation erfolgreich herauszukommen. Wir haben das Wissen, die Fähigkeiten, die Solidarität, viele kluge Köpfe und fleißige Hände.

(Sven Wolf [SPD]: Nur leider nicht die Regierung!)

Das sind unsere Stärken – jetzt und in Zukunft.

(Langanhaltender Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Wir setzen die Aussprache fort. Als nächster Redner hat sich der Fraktionsvorsitzende der SPD, Jochen Ott, gemeldet.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Jochen Ott (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir verzeichnen Unruhe bei der CDU-Fraktion – und das zu Recht.

(Lachen von der CDU – Zuruf von Serdar Yüksel [SPD])

Herr Wüst, Herr Ministerpräsident, ich teile eine Passage am Schluss Ihrer Rede, in der Sie sagten, dass wir in Nordrhein-Westfalen das Wissen, die Fähigkeiten, die Solidarität hätten, um diese Herausforderungen zu meistern. Was wir nicht haben, ist eine Regierung, die das auch hinbekommt.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Diese Rede hat auf dem Olymp des Staatsmannes begonnen und hat dann zu genau dem beigetragen, was ich angekündigt hatte, nämlich diesen Raum mit inhaltsleeren Floskeln zu füllen. Das war ein Offenbarungseid, weil die Probleme der Menschen in diesem Land bei Ihnen überhaupt keine Rolle spielen.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Weil Sie so schön darauf hingewiesen haben, ergänze ich Ihre Rede zum Thema „Krankenhäuser“: Der Investitionsstau der Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen ist so groß, dass das, was Sie vorgeschlagen haben, von vorne bis hinten nicht ausreicht. Das wissen auch alle in den Krankenhäusern.

(Zurufe von der CDU – Gegenruf Elisabeth Müller-Witt [SPD]: Treffer! Treffer!)

Unsere Kommunen in unserem Land sind in der Situation, dass sich viele Menschen fragen: Kandidiere ich überhaupt noch für ein kommunales Ehrenamt,

(Zurufe von der CDU)

wenn ich angesichts der Verschuldung meinem Nachbarn, nachdem ich gewählt worden bin,

(Weitere Zurufe von der CDU)

nur Kürzungen und Steuererhöhungen zumuten muss? – Das hat doch nichts mit Förderung der Demokratie zu tun.

(Beifall von der SPD – Fortgesetzt Zurufe von der CDU)

Dass das Thema „Wohnen“ – viele, viele Tausend Menschen erleben jeden Tag in diesem Land, dass sie keine bezahlbare Wohnung finden – überhaupt ein Problem ist, findet bei Ihnen nicht mal in einem Satz Erwähnung.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Lustig wird es bei Bildung. Da wird es wirklich lustig. Ich greife noch mal auf, was der Ministerpräsident gerade gesagt hat. 2017: 29 Milliarden Euro bei einem Gesamthaushalt von 72 Milliarden Euro. – 2023: 38 Milliarden Euro bei 101 Milliarden Euro. – Wenn ich das schnell überschlage, dann waren das

40 % 2017 und 37 % jetzt. Da zeigt sich, wo das Problem der Bildungskatastrophe ist: Auch der Ministerpräsident kann nicht rechnen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der FDP – Zuruf von Sven Wolf [SPD])

Jeder, der Ahnung vom Thema „Sprach-Kita“ hat, weiß, dass es immer eine Anschubfinanzierung aus Berlin gab. Das Problem in Nordrhein-Westfalen bei den Kitas ist, dass sie schlicht gar nicht öffnen und die Mutlosigkeit dazu führen wird, dass wir nächstes Jahr ein Sterben vieler Kita-Träger erleben werden. Das ist eine bildungspolitische Katastrophe.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Ein ernstes Thema will ich auch noch mal ansprechen. Ich möchte Sie ausdrücklich bestärken. Sie haben gesagt, das seien alles unsere Kinder, um die wir uns kümmern müssten. Das sieht die SPD-Fraktion genauso. Dann wäre es aber hilfreich, wenn die Begründungszusammenhänge im Schulausschuss sich nicht in erster Linie darauf konzentrieren würden, bei PISA das Migrationsthema in den Mittelpunkt der Debatte zu stellen.

(Beifall von der SPD)

Dann wäre es sehr sinnvoll – und das sage ich insbesondere an die Adresse der Christdemokratinnen und Christdemokraten hier im Hause –, dass wir das machen, was der Ministerpräsident gerade gesagt hat, nämlich in einer Allianz der Mitte die Kitas und die Schulen, insbesondere im Ruhrgebiet, aber auch in anderen Teilen unseres Landes, in denen der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund besonders hoch ist und in denen besonders viele geflüchtete Kinder unterrichtet werden, endlich besonders zu fördern und sie nicht liegenzulassen.

(Beifall von der SPD)

60 % Versorgungsquote in Grundschulen – es kann nicht wahr sein, dass die Schulen, die vor den größten Herausforderungen stehen, am wenigsten ausgebildetes Personal in unserem Land haben.

(Beifall von der SPD)

Aber ich komme auf die Allianz der Mitte zurück. Sie haben das mehrfach angesprochen, und ich teile das ausdrücklich. Sie sagen, das sei für die Lösung wichtig. Sie haben den Deutschlandpakt angesprochen. Ich will noch mal darauf hinweisen: Sarah Philipp, Achim Post und ich haben Ihnen einen NRW-Pakt bei den Dingen angeboten, die zu klären sind, um zu zeigen, dass die Demokratie die besseren Antworten hat. Das haben wir Ihnen angeboten. Wir erleben aber, dass das Interesse im Land gar nicht da ist. Mir fällt genau ein Thema ein – da schaue ich den Chef der Staatskanzlei an –, bei dem wir zusammenarbeiten, und das finde ich auch richtig. Ich denke allein an so Kleinigkeiten wie die Frage nach den Schul-

und Semesterferien. Da bringen wir einen Antrag ein. SPD und FDP gehen auf Sie zu. Sie lehnen mit großen Reden ab, um das gleiche Thema dann zwei Wochen später wieder einzubringen. Ist das die Art der Zusammenarbeit der Demokraten, die Sie meinen?

(Beifall von der SPD und der FDP)

Ist es die Art der Zusammenarbeit, die Sie meinen, dass wir zu dem nächsten Tagesordnungspunkt zum Thema „Bürgerenergiegesetz“ über Nacht Änderungsvorschläge bekommen, die zum 01.01. greifen und hier durchgepeitscht werden sollen? Ist das die Form der Zusammenarbeit, die Sie sich vorstellen?

(Beifall von der SPD und der FDP – Zuruf von Matthias Kerkhoff [CDU])

Herr Ministerpräsident, Sie haben gesagt: Zuhören, abwägen, Dinge verändern. – Ich stimme dem ausdrücklich zu. Lassen Sie uns das gemeinsam tun. Ich will Ihnen noch mal ein Angebot machen, um es konkret zu machen. Sie haben nämlich gesagt, man müsse priorisieren. Da stimme ich zu. Aber man muss es faktenbasiert tun. Deshalb komme ich auf den Vorschlag zurück, den die Grünenfraktion, die SPD-Fraktion, die gesamte kommunale Familie – Städtetag, Städte- und Gemeindebund, Landkreistag – und die FDP-Fraktion hier im Haus und in vielen Gesprächen diskutiert haben und zu dem sie das klare Angebot gemacht haben, ihn nach einer Wahl durchzuführen. Es war der Vorschlag der kommunalen Spitzenverbände, endlich ein bildungsökonomisches Gutachten in Auftrag zu geben, das die Finanzierungsströme öffentlich macht, um die Faktenlage zu klären und um die Bildungsfinanzierung auf eine vernünftige Grundlage zu stellen, Herr Ministerpräsident.

Dieser Vorschlag liegt seit drei Jahren auf dem Tisch. Ihre Antwort und die Antwort der Schulministerin ist: Wir legen ein Rechtsgutachten vor. – Wahrscheinlich, um uns zum x-ten Mal zu erklären, wer eigentlich woran schuld ist und warum wir immer noch keine Lösungen erarbeiten können. Deshalb mache ich Ihnen heute noch einmal das Angebot. Das dürfte auch dem Finanzminister gefallen, weil es nämlich dazu führen würde, dass wir transparent machen, welche Leistung das Land durchaus erbringt. Es ist ja nicht so, als würde der Landeshaushalt keine Leistung für Bildung erbringen. Das wissen wir ja. Aber dann wird einmal auf den Tisch gelegt: Was finanzieren die Kommunen? Was finanziert das Land? Wie sortieren wir das neu?

Den Menschen da draußen ist vollkommen egal, wer schuld ist, dass es nicht funktioniert. Sie merken nur: „Das Bildungssystem liegt im Argen“, und: „Wir müssen was tun“.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Das Angebot steht. Ein solches bildungsökonomisches Gutachten könnte sehr schnell Klarheit schaffen. Dann müssen Sie immer noch nicht alle Vorschläge gut finden, die wir zur Neuregelung eines New Deals gemacht haben, aber Sie hätten das, was Sie wollen. Sie können aufgrund von Fakten priorisieren, die gemeinsam erarbeitet worden sind, und können zu Verabredungen der großen Allianz der Mitte kommen, die gemeinsam versucht, die Probleme und Herausforderungen zu lösen.

Nach Ihrer Rede ist meine große Sorge: Die nachhaltigen Krisen in unserem Land Nordrhein-Westfalen werden sich verschärfen. Ein Ansatz, um wirklich einen Neuanfang für unser Land zu schaffen, konnten wir nicht sehen und werden wir auch in Zukunft nicht sehen, weil Sie weiter taktieren und nicht regieren werden.

(Anhaltender Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Jetzt folgt der Fraktionsvorsitzende der FDP-Fraktion Henning Höne.

Henning Höne (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich ursprünglich noch einmal zu Wort gemeldet, weil der Ministerpräsident eben zu den KZ-Gedenkstätten und zu dem Ziel gesprochen hat, dass jeder Schüler in seiner Schullaufbahn in Nordrhein-Westfalen eine solche besucht haben sollte. Ich teile dieses Ziel ausdrücklich. Das wird Sie allerdings nicht überraschen, denn Sie haben sich ja eine Forderung der Freien Demokraten zu eigen gemacht.

(Beifall von der FDP – Widerspruch von Olaf Lehne [CDU] – Klaus Vossemer [CDU]: Das war peinlich!)

Aber darum geht es hier gar nicht. Der Ministerpräsident hat sich hier in landesväterlicher Manier hingestellt und anhand dieses Themas zur Allianz der Mitte aufgerufen: Den Worten müssten jetzt Taten folgen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Allen Worten von Ihnen!)

Herr Ministerpräsident, dann will ich Ihnen mal etwas verraten, das Sie vielleicht nicht wissen: Die FDP-Fraktion ist mit dem Vorschlag, mehr Geld für diese Gedenkstättenfahrten zur Verfügung zu stellen, mehrfach auf die Koalitionsfraktionen zugegangen. Die FDP-Fraktion hat den Vorschlag gemacht: Lasst uns gemeinsam irgendwo in dem 100-Milliarden-Euro-Haushalt etwas mehr Geld finden, um einen konkreten Einstieg in dieses Ziel zu schaffen, um den Worten Taten folgen zu lassen.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

Die Koalitionsfraktionen haben uns die Tür vor der Nase zugeschlagen, und darum waren Ihre Äußerungen zynisch.

(Beifall von der FDP – Lebhafter Beifall von der SPD)

Wo wir bei Stilfragen sind, will ich noch mal kurz auf den Polizeibeauftragten eingehen; Kollegin Schäffer hat ihn angesprochen. Im Wahlprogramm der FDP stand die Forderung, der Polizeibeauftragte sollte ein weiteres Aufgabenfeld bekommen, sollte beim Landtag angesiedelt werden. Ich habe inhaltlich also überhaupt gar keine Differenz.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wir auch nicht!)

Man muss allerdings über das Verfahren sprechen,

(Elisabeth Müller-Witt [SPD]: Genau! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Ja!)

denn der Weg, den die Regierung gewählt hat, wird bleibenden Schaden an der demokratischen Kultur in diesem Lande hinterlassen.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Solange man in diesem Hause zurückblicken kann, ist der Einzelplan 01, in dem es – für die Zuschauerinnen und Zuschauer – um den Landtag als solchen geht, immer im demokratischen Konsens verabschiedet worden. Ganz egal, wer in der Geschichte des Landes regiert hat, egal, welche Farbe in der Staatskanzlei war, egal, welche Farbenlehre die Koalition gestellt hat: Immer gab es die Gewissheit,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ja!)

dass der Einzelplan Landtag, dass der Einzelplan Landesrechnungshof, dass der Einzelplan Verfassungsgerichtshof im demokratischen Konsens miteinander verabschiedet werden.

(Sven Wolf [SPD]: Ganz genau!)

Das war ganz oft nicht einfach, und das hat ganz oft vielen vieles abverlangt, aber gerade an dieser Frage zeigt sich, wie ernst es eine aktuelle Mehrheit eigentlich mit den Rechten der Minderheit meint.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Ich erinnere mich zu gut daran, wie wir in der letzten Legislaturperiode bei unterschiedlichsten Themen Schleife um Schleife um Schleife gedreht haben, um irgendwie einen solchen Konsens zu bauen. Irgendwie haben wir es dann immer geschafft, mit Abstrichen auf allen Seiten, aber egal welche Farbenlehre es war: Es hat immer geklappt.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Seit 1946!)

1,5 Jahre Schwarz-Grün in Nordrhein-Westfalen reichen, um diesen Konsens, um diese Tradition einzureißen.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Das wird dazu führen, dass die gute Idee eines Polizeibeauftragten beim Landtag von Anfang an mit einem schweren Malus starten wird.

Nur damit, dass alle noch einmal klar haben: Sie haben die Änderungsanträge eingereicht und wollten das in der zweiten Lesung beraten. Dann haben wir auf diese langjährige Tradition hingewiesen, und Sie haben gesagt: Okay, wir ziehen das zurück; wir können darüber sprechen. – Das Angebot der aktuellen Mehrheit im Landtag, darüber zu sprechen, lautete: Hier sind die Anträge, unverändert. Ihr könnt sie mit uns gemeinsam stellen. Über Änderungen können wir nicht sprechen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Friss oder stirb!)

Das ist kein Gesprächsangebot, und so geht Demokratie nicht.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Insofern, Herr Ministerpräsident, ist es schlicht und ergreifend nicht glaubwürdig, sich hier hinzustellen und von einer großen Allianz der Mitte zu sprechen mit dem Ziel, als Ministerpräsident über der Politik zu schweben, nur für sich alleine, als hätten Sie mit dem politischen Alltag und mit dem Regierungshandwerk gar nichts zu tun,

(Stefan Zimkeit [SPD]: Hat er ja auch nicht!)

denn Voraussetzung für eine Allianz der Mitte – mindestens bei den Themen, die uns als Demokraten alle verbinden – ist, dass die Arroganz der Macht nicht im Wege steht, wie das bei dieser Koalition der Fall.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die Fraktion der CDU hat nun der Fraktionsvorsitzende Thorsten Schick das Wort, bitte sehr.

(Beifall von der CDU)

Thorsten Schick (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Ott, Sie haben gesagt, der Ministerpräsident wäre in seiner Rede im Olymp des Staatsmannes eingestiegen. Ich habe seine Rede sehr aufmerksam verfolgt: Er hat beim Einstieg über die Situation in Israel geredet. Er hat bei seinem Einstieg über die Personen geredet, die noch in den Fängen der Hamas sind.

(Zuruf von Sven Wolf [SPD] – Weitere Zurufe von der SPD)

Wer das als einen Einstieg im Olymp des Staatsmannes abtut, meine sehr geehrten Damen und Herren, der hat den Boden der Tatsachen verloren und weiß nicht, was die Menschen in diesem Land im Augenblick bewegt.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Jochen Ott [SPD]: Ich habe sogar geklatscht! – Weitere Zurufe von der SPD)

Ich kann nur dringend davor warnen, gerade beim Thema „Solidarität mit Israel“ so zu tun, als gäbe es hier einen Dissens.

(Sarah Philipp [SPD]: Unfassbar! – Stefan Zimkeit [SPD]: Das hat keiner gesagt!)

Ich habe in der Vergangenheit das Gegenteil erlebt: dass wir hier nämlich zusammenstehen.

Die Landesregierung hat angekündigt, es allen Schülerinnen und Schülern zu ermöglichen, Gedenkstätten zu besuchen, nach Auschwitz und an andere Orte zu fahren, um vor Ort zu erleben, welche schrecklichen Auswirkungen das NS-Regime hatte. Das können wir doch alle nur unterstützen.

Ich bin mir sicher, dass wir dafür nicht diese Haushaltsanträge brauchen. Wenn man sich den Abfluss der Mittel in der Vergangenheit anschaut, ist es gelungen, immer genügend Geld bereitzustellen,

(Beifall von Hedwig Tarnar [GRÜNE])

um diese wichtige Aufgabe im Sinne der Kinder umzusetzen. Das wird auch in Zukunft so sein. Tun Sie also bitte nicht so, als gäbe es einen Dissens!

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Sie greifen das Thema „Bildung“ noch einmal auf und tun so, als wäre hier nichts passiert ist. Sie wissen aber, dass das Gegenteil der Fall ist.

Die Situation der freien Kita-Träger ist natürlich herausfordernd. Wir haben jedoch eine Brücke gebaut.

(Sven Wolf [SPD]: Brücke? Eine bröckelige Brücke!)

Bis zur regulären Erhöhung haben wir einen Rettungsteg mit über 100 Millionen Euro gebaut. Schauen Sie einmal, was in anderen Bundesländern passiert ist. Haben sich Landesregierungen und Koalitionsfraktionen dort in gleichem Maße engagiert? Ich glaube, wir müssen uns bundesweit nicht verstecken, denn was wir gemacht haben, haben nur ganz wenige gemacht und zeigt unsere Bereitschaft, gerade für die Jüngsten tief in die Tasche zu greifen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Es wird so getan, als gäbe es für die Problemschulen bzw. die Schulen in schwierigen Randbezirken, wo die Herausforderungen besonders groß sind, keine Unterstützung. Warum ist das Handlungskonzept zur Unterrichtsversorgung auf den Weg gebracht worden? Es wurde gerade deshalb auf den Weg gebracht, um die dortige Situation zu verbessern. Das einfach vom Pult zu wischen, ist nicht der Umgang, den ich mir vorstelle, sondern das ist etwas, was in

Richtung „Populismus“ geht und womit man vorbei an den Tatsachen Stimmung macht.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es bleibt dabei: Wir sind die Koalition, die mehr Lehrerinnen und Lehrer, Sozialpädagogen und Schulpsychologen an die Schulen und in die Klassen bringt.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Umso schlimmer, dass Sie dabei bleiben!)

In diesem Schuljahr sind es 3.900 zusätzliche Personen. Ich finde, Sie hätten auch das lobend erwähnen und nicht nur kritisieren sollen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Was wir gerade bei Herrn Höne und Herrn Ott erlebt haben, war der Versuch eines Rundumschlags, der regelmäßig ins Leere rauscht.

(Sarah Philipp [SPD]: Das finde ich eigentlich nicht!)

Wer CDU und Grünen über die Schulter schaut, sieht, wie eine treffsichere Politik gemacht wird. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Zurufe von der SPD: Wow! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das war ein Feuerwerk der Erwidernung!)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege Schick. – Für Bündnis 90/Die Grünen spricht noch einmal ihre Fraktionsvorsitzende Frau Schäffer.

Verena Schäffer* (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin froh, dass wir bei dem Thema „Antisemitismus“ eng zusammenarbeiten und das Anliegen teilen; es ist ein wichtiger Wert dieses Parlaments, dass man sich darauf verlassen kann. Ich will auch gerne betonen, dass wir diese gute Zusammenarbeit in der Vergangenheit hatten und in der Zukunft haben werden.

Noch einmal zur Erinnerung: Wir haben im letzten Jahr diskutiert, und die Mitglieder des Hauptausschusses haben gemeinsam einen Antrag zur Unterstützung, zur Instandhaltung der verwaisten jüdischen Friedhöfe erarbeitet. Dieses Thema findet sich eins zu eins im Haushaltsplan 2024 wieder.

Das heißt, wir arbeiten zusammen und finden gemeinsam gute Lösungen. Wir gehen voran und sorgen gemeinsam dafür, dass wir Antisemitismus bekämpfen und jüdisches Leben in Nordrhein-Westfalen stärken. Ich bin mir sehr sicher, Herr Höne, liebe FDP-Fraktion und liebe SPD-Fraktion, dass wir diese

gute Zusammenarbeit in diesem wichtigen Themenfeld in Zukunft fortsetzen werden.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ich möchte ebenfalls betonen, dass uns die gute Zusammenarbeit selbstverständlich auch dann wichtig ist, wenn es um gemeinsame Anliegen des Parlamentes geht; wenn es etwa um den Einzelplan 01 des Landtags geht.

(Marcel Hafke [FDP]: Das haben wir ja gesehen!)

Zu einer guten Zusammenarbeit gehören aber alle; das will ich hier auch sagen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Eben! – Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Wir alle haben sicherlich allen Grund, das noch einmal zu reflektieren. Dabei nehme ich uns als Regierungsfraktion überhaupt nicht aus; reflektieren ist immer gut. Ich sage das aber nicht nur in unsere Richtung, sondern ich finde, dass dazu auch andere Fraktionen gehören.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Die CDU!)

Ich denke, dass wir alle gut daran tun, noch einmal darüber zu diskutieren und dafür zu sorgen, dass die Zusammenarbeit in den nächsten Jahren unter den demokratischen Fraktionen weiterhin gut ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zur SPD möchte ich gerne sagen, dass Sie – das ist heute in den Reden noch einmal sehr deutlich geworden – Probleme und Herausforderungen aufzeigen. Das ist richtig, und viele dieser Probleme und Herausforderungen sehen auch wir. Allerdings zeigen Sie keine Lösungen auf. Sie bestaunen das Problem, ohne Lösungen zu benennen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Haben Sie die Haushaltsanträge gelesen? – Rainer Schmeltzer [SPD]: Lesen bildet!)

Zu den Lösungen gehört, dass man auch benennen muss, wie man die Finanzierung sichert. Das tun Sie aber nicht. Ihre Vorschläge zur Gegenfinanzierung fallen alle wie ein Kartenhaus in sich zusammen. Das haben wir hier gesehen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Lieber Herr Ott, Sie haben die Situation der Kommunen angesprochen. Diese Landesregierung, diese Koalition versteht sich als Anwalt der Kommunen. Deshalb verhandeln wir sehr hart, wenn es im Bund zum Beispiel um die Flüchtlingsfinanzierung geht. Deshalb wollen wir auch den Kommunen helfen, wenn wir über die Altschulden sprechen. Wir wollen

eine Lösung finden. Dafür brauchen wir aber den Bund.

Wir warten allerdings immer noch darauf,

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

dass eine Unterstützung vonseiten der SPD kommt. Ich vermisse diese Unterstützung, ehrlich gesagt, in der ganzen Debatte um die Altschulden gerade sehr. Denn auch da geht es um eine Priorisierung und Prioritäten. Leider ist die SPD da aber nicht mit dabei.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Ich will es noch einmal deutlich sagen: Wir priorisieren. Wir priorisieren aufgrund von Fakten. Wir priorisieren aufgrund der Haushaltsituation, die schwierig ist.

Es muss in den letzten Wochen und Monaten jedem hier im Hause deutlich geworden sein, dass die Haushaltsituation schwierig ist. Sie treten hier aber auf wie ein kleines Kind, das auf den Boden stampft und Wünsche auf einen Wunschzettel schreibt.

(Marcel Hafke [FDP]: Unverschämt!)

Aber nur, weil man es sich wünscht, haben wir ja nicht mehr Geld zur Verfügung. Ja, das ist hart, und es war auch für uns hart in den vergangenen Wochen.

(Henning Höne [FDP]: Mein Gott, habt ihr es schwer!)

Ich habe das vorhin gesagt, und ich kann es auch noch einmal sagen. Ich sage das nicht, weil ich uns bemitleiden will. Darum geht es überhaupt nicht. Wir machen Politik, weil wir gestalten wollen, weil wir den Anspruch haben, zu gestalten; gerade dann, wenn die Haushaltsituation schwierig ist.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Marcel Hafke [FDP]: Dann macht doch mal! – André Stinka [SPD]: Wo?)

Wir gestalten, weil wir Verantwortung übernehmen. Deshalb priorisieren wir. Wir haben gesagt: Mit diesem Haushalt sind die Kleinsten in unserem Land unsere größte Priorität. Ich finde nach wie vor, dass das die richtige Entscheidung war.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Schäfer. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Daher schließe ich die Aussprache.

Wir kommen nun zu ca. 70 Abstimmungen in der dritten Lesung der Gesetzentwürfe zum Haushaltsgesetz 2024 und zum GFG 2024. Die Beratungsverfahren werden hiermit abgeschlossen. Es handelt sich somit jeweils um Schlussabstimmungen gemäß § 78 Abs. 3 der Geschäftsordnung.

Wir stimmen erstens ab über den **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 18/7383**. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das sind SPD, AfD und der fraktionslose Abgeordnete. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Damit kann es keine Enthaltung mehr geben. Der Änderungsantrag ist daher wie gerade festgestellt **abgelehnt**.

Wir stimmen zweitens ab über das Gemeindefinanzierungsgesetz 2024. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 18/7201, den **Gesetzentwurf** der Landesregierung in den **Drucksachen 18/5000 und 18/6500 – Ergänzung** – in der Fassung nach der zweiten Lesung unverändert anzunehmen. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Gesetzentwurf selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer stimmt dem Gesetzentwurf zu? – Das sind CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD, FDP, AfD und der fraktionslose Abgeordnete. Enthaltungen gibt es nicht. Damit ist der Gesetzentwurf in dritter Lesung **angenommen und verabschiedet**.

Wir kommen nun zu den Abstimmungen über das Haushaltsgesetz 2024 und die hierzu gestellten Änderungsanträge. Jetzt geht die Abstimmarbeit los.

Ich rufe die Abstimmung zu **Drucksache 18/7330** auf, Antragstellerin ist die FDP. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind FDP, AfD und der fraktionslose Abgeordnete. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen gibt es nicht. Damit ist der **Antrag abgelehnt**.

Ich rufe auf: Drucksache 18/7331 von der FDP. Wer stimmt hier zu? – Das sind FDP, AfD und der fraktionslose Abgeordnete. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen gibt es nicht. Der Antrag ist abgelehnt.

Ich rufe **Drucksache 18/7332** auf, Antragstellerin ist die FDP. Wer stimmt hier zu? – Das sind SPD, FDP, AfD und der fraktionslose Abgeordnete. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen gibt es nicht. Damit ist der **Antrag abgelehnt**.

Wir stimmen ab über **Drucksache 18/7333** von der FDP. Wer stimmt dieser Drucksache zu? – Das sind SPD, FDP, AfD und der fraktionslose Abgeordnete. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen gibt es nicht. Der **Antrag ist abgelehnt**.

Wir stimmen ab über **Drucksache 18/7334** von der FDP. Wer stimmt hier zu? – Das sind FDP, AfD und der fraktionslose Abgeordnete. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? – Das ist die SPD. Wie gerade festgestellt ist der **Antrag abgelehnt**.

Wir stimmen ab über **Drucksache 18/7335** von der FDP. Wer stimmt hier zu? – Das sind FDP und SPD.

Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, Bündnis 90/Die Grünen, AfD und der fraktionslose Abgeordnete. Enthaltungen gibt es demnach nicht. Der **Antrag ist abgelehnt**.

Wir stimmen ab über **Drucksache 18/7336** von der FDP. Wer stimmt hier zu? – Das sind die FDP, die AfD und der fraktionslose Abgeordnete. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? – Die SPD. Damit ist der **Antrag** wie gerade festgestellt **abgelehnt**.

Wir stimmen ab über **Drucksache 18/7337** von der FDP. Wer stimmt hier zu? – Das sind FDP, AfD und der fraktionslose Abgeordnete. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? – Das ist die SPD. Damit ist der **Antrag** wie gerade festgestellt **abgelehnt**.

Wir stimmen ab über **Drucksache 18/7338** von der FDP. Wer stimmt hier zu? – Das sind FDP, AfD und der fraktionslose Abgeordnete. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? – Das ist die SPD. Damit ist dieser **Antrag** wie gerade festgestellt **abgelehnt**.

Wir stimmen ab über **Drucksache 18/7339** von der FDP. Wer stimmt hier zu? – Das sind FDP, AfD und der fraktionslose Abgeordnete. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? – Das ist die SPD. Der **Antrag** ist wie gerade festgestellt **abgelehnt**.

Wir stimmen ab über **Drucksache 18/7340** von der FDP. Wer stimmt hier dafür? – Das sind FDP, AfD und der fraktionslose Abgeordnete. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? – Das ist die SPD. Damit ist der **Antrag** wie gerade festgestellt **abgelehnt**.

Wir stimmen ab über **Drucksache 18/7341** von der FDP. Wer stimmt hier zu? – Das sind FDP, AfD und der fraktionslose Abgeordnete. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? – Das ist die SPD. Damit ist der **Antrag abgelehnt**.

Wir stimmen ab über **Drucksache 18/7342** von der FDP. Wer stimmt hier zu? – FDP, AfD und der fraktionslose Abgeordnete. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? – Das ist die SPD. Damit ist der **Antrag** wie gerade festgestellt **abgelehnt**.

Wir stimmen ab über **Drucksache 18/7343** von der FDP. Wer stimmt hier zu? – Das sind FDP, AfD und der fraktionslose Abgeordnete. Wer stimmt dagegen? – CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? – Das ist die SPD. Damit ist der **Antrag** wie gerade festgestellt **abgelehnt**.

Wir stimmen ab über **Drucksache 18/7344** von der FDP. Wer stimmt hier zu? – Das sind FDP, AfD und der fraktionslose Abgeordnete. Wer stimmt dagegen? –